

Stadt Isny im Allgäu

Lärmaktionsplanung Stufe 4

Bericht zur Beschlussfassung

31. Oktober 2025

Bericht Nr. 2051.056

Änderungsnachweis

Version	Datum	Status/Änderung/Bemerkung	Name
1.0	03. April 2025	Entwurf Qualitätssicherung	Carina Schulz Wolfgang Wahl
1.1	29. April 2025	Ergänzung nach OR Großholzleute und Rohrdorf vom 17. April 2025 in Kapitel 2.6 und 2.9	Carina Schulz
2.0	31. Oktober 2025	Ergänzung nach Beteiligungsverfahren um Kapitel 2.8 und 2.9	Carina Schulz

Verteiler dieser Version

Firma	Name	Anzahl/Form
Stadt Isny im Allgäu	Frau Andrea Käser	1/PDF

Projektleitung und Sachbearbeitung

Name	E-Mail	Telefon
Wolfgang Wahl	wolfgang.wahl@rapp.ch	+49 761 217 717 31
Carina Schulz	carina.schulz@rapp.ch	+49 761 217 717 35
Nils Scheffler	nils.scheffler@rapp.ch	+49 761 217 717 382

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung Lärmaktionsplanung	6
1.1	Lärm und Lärmquellen	6
1.2	Wahrnehmung von Lärm	7
1.3	Was ist dB(A)?	7
1.4	Auswirkungen auf die Gesundheit und die Gesellschaft	8
1.5	Rechtliche Grundlagen der Lärmaktionsplanung	8
1.6	Hinweise des Ministeriums für Verkehr Baden-Württemberg	10
1.7	Grundlagen zur Berechnung des Straßenverkehrslärm	13
1.8	Grundsätzlich mögliche Maßnahmen zur Lärminderung	13
1.8.1	Baulicher Lärmschutz	14
1.8.2	Steuerung des Verkehrs	16
1.8.3	Einsatz und Förderung lärmarmen Verkehrsmittel	16
1.8.4	Stadt- und Verkehrsplanung	16
1.9	Bewertungsgrundsätze	17
1.9.1	Lärmschutzkonzept	18
1.9.2	Bewertung der Maßnahmen im Hinblick auf das Planungsziel	18
1.9.3	Bewertung der Maßnahmen im Hinblick auf weitere Belange	18
1.10	Abwägungsgrundsätze	20
1.10.1	Allgemeine Abwägungsgrundsätze	20
1.10.2	Geschwindigkeitsbeschränkungen	21
1.11	Verfahrensablauf zur Aufstellung von Lärmaktionsplänen	22
2	Lärmaktionsplanung Stadt Isny im Allgäu	23
2.1	Kartierungsumfang und verkehrliche Grundlagen	23
2.2	Ergebnisse der Lärmkartierung	24
2.3	Untersuchte Rechengebiete und Betroffenheitsanalyse	25
2.3.1	Rechengebiet B 12 – Schweinebach/Dorenwaid	28
2.3.2	Belastungsbereich B 12 – Großholzleute	29
2.3.3	Rechengebiet B 12 - Ziegelstadel	30
2.3.4	Rechengebiet L 318 Isny	31
2.3.5	Belastungsbereich L 318 Rengers	34
2.3.6	Belastungsbereich L 318 Aigeltshofen	34
2.4	Bereits durchgeführte Lärmschutzmaßnahmen	36
2.5	Wirkungsanalyse und Abwägung der Geschwindigkeitsbeschränkungen	37
2.5.1	Lärminderung / Reduktion der Betroffenheiten	38
2.5.2	Fahrzeitverlust motorisierter Individualverkehr (MIV)	40
2.5.3	Fahrzeitverlust ÖPNV	41
2.5.4	Verkehrssicherheit	43
2.5.5	Aufenthaltsqualität	43
2.5.6	Verträglichkeit zwischen Kfz- und Rad-/Fußverkehr	43
2.5.7	Akzeptanz der Maßnahme bei den Verkehrsteilnehmenden	44
2.5.8	Verlagerungseffekte	44
2.5.9	Verkehrsfluss	44
2.5.10	Luftreinhaltung / Luftschadstoffe	45
2.5.11	Anpassung Lichtsignalanlagen	45
2.5.12	Lückenschlüsse	45
2.5.13	Alternative Geschwindigkeitsreduzierungen	45
2.5.14	Fazit und Zusammenfassung der Geschwindigkeitsbeschränkungen	45

2.6	Weitere Lärminderungsmaßnahmen	47
2.7	Maßnahmen zur Minderung der Lärmbelastung, vor Offenlage	48
2.8	Stellungnahmen aus dem Beteiligungsverfahren	49
2.9	Maßnahmen zur Minderung der Lärmbelastung, nach Offenlage	51

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Korrekturwerte für Straßenoberflächen, nach RLS-19	15
Tabelle 2:	Verfahrensschritte Lärmaktionsplanung Isny im Allgäu	22
Tabelle 3:	Betroffenheiten RLS-19 nach Rechengebieten	26
Tabelle 4:	Anzahl betroffener Einwohner:innen nach Pegelklassen – B 12 Schweinebach/Dorenwaid	28
Tabelle 5:	Anzahl betroffener Einwohner:innen nach Pegelklassen – B 12 Großholzleute	29
Tabelle 6:	Anzahl betroffener Einwohner:innen nach Pegelklassen – B 12 Ziegelstadel	30
Tabelle 7:	Anzahl betroffener Einwohner:innen nach Pegelklassen – L 318 Isny im Allgäu	31
Tabelle 8:	Anzahl betroffener Einwohner:innen nach Pegelklassen – L 318 Rengers	34
Tabelle 9:	Anzahl betroffener Einwohner:innen nach Pegelklassen – L 318 Aigeltshofen	35
Tabelle 10:	Lärminderungsmaßnahmen aus Lärmaktionsplanung Stufe 2 / 3	36
Tabelle 11:	Vergleich betroffene Einwohner:innen mit/ohne Tempo 30/50	38
Tabelle 12:	Theoretischer Fahrzeitverlust für den MIV (Tempo 50)	41
Tabelle 13:	Theoretischer Fahrzeitverlust für den MIV (Tempo 30)	41
Tabelle 14:	Auslösewerte für die Lärmsanierung in der Baulast des Bundes/Landes	48

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Ermessensausübung straßenverkehrsrechtliche Maßnahmen	12
Abbildung 2:	LUBW-Lärmkartierung Stufe 4	23
Abbildung 3:	Temporäre Zählstellen B 12 und L 318 Isny im Allgäu SVZ-BW	24
Abbildung 4:	Auszug Gebäudelärmkarte Tag	25
Abbildung 5:	Übersicht Betroffenheiten Isny im Allgäu, Tageszeitraum	26
Abbildung 6:	Übersicht Betroffenheiten Isny im Allgäu, Nachtzeitraum	27
Abbildung 7:	Gebäudelärmkarte Tag, B 12 Schweinebach/Dorenwaid	28
Abbildung 8:	Flächennutzungsplan B 12 Schweinebach/Dorenwaid	28
Abbildung 9:	Gebäudelärmkarte Tag, B 12 Großholzleute	29
Abbildung 10:	Flächennutzungsplan B 12 Großholzleute	30
Abbildung 11:	Gebäudelärmkarte Tag, B 12 Ziegelstadel	31
Abbildung 12:	Flächennutzungsplan B 12 Ziegelstadel	31
Abbildung 13:	Gebäudelärmkarte Tag, L 318 Isny im Allgäu (Ausschnitt)	32
Abbildung 14:	Flächennutzungsplan L 318 Isny im Allgäu (Auszug)	33
Abbildung 15:	Ausschnitt Gebäudelärmkarte L 318 Rengers (Tageszeitraum)	34
Abbildung 16:	Gebäudelärmkarte Tag, L 318 Aigeltshofen	35
Abbildung 17:	Zu untersuchende Geschwindigkeitsreduzierungen Isny im Allgäu	37
Abbildung 18:	Vergleich Lärmbetroffenheiten L 318 Rengers, mit/ohne Tempo 50	39
Abbildung 19:	Vergleich Lärmbetroffenheiten L 318 Aigeltshofen, mit/ohne Tempo 50	39
Abbildung 20:	Vergleich Lärmbetroffenheiten B 12 Großholzleute, mit/ohne Tempo 30 ganztags	40
Abbildung 21:	ÖPNV-Netz Isny im Allgäu (Quelle: öpnvkarte.de)	42
Abbildung 22:	Brems- und Anhalteweg bei unterschiedlichen Geschwindigkeiten	43
Abbildung 23:	Geschwindigkeitsreduzierungen nach Abwägung, vor Offenlage	46
Abbildung 24:	L 318 Bebauung Rengers, Änderungsbereich vor / nach Offenlage (links/rechts)	50
Abbildung 25:	Geschwindigkeitsreduzierungen nach Abwägung, nach Offenlage	50

Beilagenverzeichnis

Beilage 1	Karte mit Einwohnerzahl und Geschwindigkeiten
Beilage 2	Gebäudelärmkarte Lärmkartierung für den Zeitbereich Tag
Beilage 3	Gebäudelärmkarte Lärmkartierung für den Zeitbereich Nacht
Beilage 4	Differenzenkarte ohne/mit 30 km/h für den Zeitbereich Tag/Nacht und Gebäudelärmkarte mit 30 km/h für den Zeitbereich Tag/Nacht, B 12 Großholzleute
Beilage 5	Differenzenkarte ohne/mit 50 km/h für den Zeitbereich Tag/Nacht und Gebäudelärmkarte mit 50 km/h für den Zeitbereich Tag/Nacht, L 318 Rengers / Aigeltshofen
Beilage 6	Synopse Stellungnahmen inkl. Wertungsvorschlag

1 Einleitung Lärmaktionsplanung

Lärm zählt zu den größten Umweltproblemen in unserer Gesellschaft, wobei der Straßenverkehr die bedeutendste Belastungsquelle darstellt. Lärm ist auch ein Gesundheitsrisiko – Lärm kann krank machen! Lärm mindert die Arbeitsleistung und das Wohlbefinden von Menschen, entwertet Immobilien, reduziert die Einnahmen von Kommunen und verursacht allein in Deutschland jährlich mehrere Milliarden Euro Folgekosten.

Die Lärmaktionsplanung ist ein in §§ 47a ff. Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) normiertes Instrument zur Regelung von Lärmproblemen und Lärmauswirkungen. Dieses Instrument geht auf die EG-Umgebungslärmrichtlinie¹ zurück. Die Bürger:innen und die Verwaltung sollen über Lärmprobleme und Lärmauswirkungen in der jeweiligen Gemeinde oder Stadt unterrichtet und für die daraus folgenden Konflikte sensibilisiert werden. Zugleich muss die für die Planaufstellung zuständige Kommune ein Konzept vorlegen, wie sie die Lärmprobleme und -konflikte bewältigen und lösen will.

Eine Voraussetzung, um diese Aufgaben zielführend bewältigen zu können, ist das Grundwissen über das Alltagsphänomen „Lärm“. Diese Informationen sind gerade in der Öffentlichkeitsbeteiligung besonders wichtig, um den Bürger:innen das Mitwirken an der Lärmaktionsplanung zu erleichtern.

1.1 Lärm und Lärmquellen

Lärm sind Schallereignisse, die durch ihre Lautstärke und Struktur für den Menschen und die Umwelt gesundheitsschädigend, störend oder belastend wirken. Lärm entsteht also dort, wo physikalische Schallwellen auf einen Betroffenen einwirken und bei ihm negative Folgen auslösen.

Der Lärm zählt zu den sog. Umwelteinwirkungen. Wichtig für das Verständnis der Lärmwirkungen ist die Unterscheidung zwischen „Emission“ und „Immission“.

- Die Emission bezeichnet den von einer Schallquelle ausgehenden Schall.
- Die Immission bezeichnet den Schall, der den Menschen erreicht und von ihm als Lärm wahrgenommen und empfunden wird.

Die Lärmaktionsplanung hat den sog. Umgebungslärm zum Gegenstand. Umgebungslärm wird definiert als „unerwünschte oder gesundheitsschädliche Geräusche im Freien, die durch Aktivitäten von Menschen verursacht werden, einschließlich des Lärms, der von Verkehrsmitteln, Straßenverkehr, Eisenbahnverkehr, Flugverkehr sowie Geländen für industrielle Tätigkeiten (...) ausgeht“ (Art. 3 lit. a UmgebungslärmRL).

Der motorisierte Straßenverkehr ist in Deutschland die Hauptlärmquelle. Dort wo es Schienen- oder Flugverkehrslärm gibt, können diese Lärmquellen den Straßenverkehr zwar häufig überlagern. Die sehr vernetzte Straßeninfrastruktur und die hohe motorisierte Mobilität des Einzelnen führen aber dazu, dass sich die meisten Lärmbetroffenen von Straßenverkehrslärm belästigt oder gestört fühlen.

Der Straßenverkehr ist keine homogene Schallquelle. Es gibt verschiedene Schallquellen, deren Einfluss auf das Gesamtgeräusch von den gefahrenen Geschwindigkeiten abhängt.

- Die Motor- und Getriebegeräusche sind vor allem im innerörtlichen „stop-and-go“ Verkehr im unteren Geschwindigkeitsbereich dominierend. Dabei kommt es natürlich auf die Besonderheiten des einzelnen Fahrzeugs an (Motorisierung, Abschirmung des Motorblocks, Alter des Kfz usw.).
- Die Abrollgeräusche der Reifen auf dem Fahrbahnbelag dominieren ungefähr ab 30 km/h den wahrgenommenen Fahrzeuglärm.

¹ Richtlinie 2002/49/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Juni 2002 über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm (ABl. L 189 vom 28.07.2002, S. 12); zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 1137/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 (ABl. L 311 vom 21.11.2008, S. 1).

- Aerodynamische Geräusche („Rauschen“ der Autobahn oder der Schnellstraße) entstehen durch die Verwirbelung abreißender Luftströme. Sie dominieren den Fahrzeuginnenraum bei Geschwindigkeiten von über 100 km/h.

Wesentliche Verursacher des Straßenlärms sind Lkw und Motorräder. Lkw verursachen bei 50 km/h etwa so viel Lärm wie zwanzig Pkw. Der Lärm von Motorrädern wird belastender als die Geräusche schwerer Lkw empfunden.

1.2 Wahrnehmung von Lärm

Bei der Wahrnehmung von Schall ist zwischen physikalischen Faktoren der Schallquelle und der Schallausbreitung einerseits und den subjektiven Faktoren der Wahrnehmung durch den jeweiligen Betroffenen zu differenzieren. Als Lärm werden Schallereignisse bezeichnet, die subjektiv als störend empfunden werden. Lärm ist also unerwünschter Schall, der das physische, psychische und soziale Wohlbefinden der Menschen erheblich beeinträchtigen kann.

Physikalische Wirkfaktoren der Lärmwahrnehmung sind:

- der Schalldruck,
- die Tonhöhe (hohe Töne werden in der Regel als unangenehmer empfunden als tiefe Töne),
- die Tonhaltigkeit (einzelne tonale Komponenten des Schalls erhöhen die wahrgenommene Lautstärke) und
- die Impulshaltigkeit (Geräusche mit starken Schwankungen werden als unangenehmer empfunden als Geräusche mit konstanter oder gleichmäßiger Lautstärke).

Subjektive Wirkfaktoren der Lärmwahrnehmung und der Bewertung als störend oder belästigend sind u.a.:

- die Sichtbarkeit der Lärmquelle (eine nicht sichtbare Lärmquelle wird als weniger störend empfunden als eine sichtbare Lärmquelle, obwohl der Lärmpegel identisch ist),
- die Beziehung zur Lärmquelle (hat der Betroffene – warum auch immer – ein positives Verhältnis zur Schallquelle, empfindet er den Schall als weniger störend) und
- das Gefühl der Ohnmacht (die Empfindung als störend steigt mit dem Maß, wie der Betroffene das Gefühl hat, ohnehin nichts gegen den Lärm ausrichten zu können).

1.3 Was ist dB(A)?

Die Wahrnehmung von Lärm hängt zudem maßgeblich von der Leistungsfähigkeit des menschlichen Hörempfindens ab. Das menschliche Hörempfinden folgt eigenen Gesetzmäßigkeiten und ist begrenzt. Die lineare Zunahme der menschlichen Hörempfindung entspricht am besten dem logarithmischen Anstieg des Schalldrucks. Zur Beschreibung des Maßes des menschlich wahrnehmbaren Schalls wird daher in der Akustik regelmäßig ein sog. logarithmisches Relativmaß herangezogen: der Schalldruckpegel. Er wird in der Einheit Dezibel = dB(A) angegeben. Der Zusatz (A) bringt zum Ausdruck, dass es sich um eine dem menschlichen Hörempfinden angepasste Bewertung handelt.

Das logarithmische Maß des Schalldrucks zwingt bei der Untersuchung und Bewertung von Lärmbelastungen eine sog. energetische Addition bzw. Subtraktion vorzunehmen, die eigenen „Rechenregeln“ folgt. Die Verdopplung der Anzahl der Schallquellen von gleicher Intensität führt immer zu einer Steigerung des Schalldruckpegels um 3 dB(A). Eine Halbierung der Anzahl gleich intensiver Schallquellen führt stets nur zu einer Reduzierung um 3 dB(A). Zwei Beispiele:

Wirken zwei Schallquellen von je 50 dB(A) auf einen Immissionsort ein, so steigt der Schalldruckpegel am Immissionsort um 3 dB(A) auf 53 dB(A).

Gelingt es, die Verkehrsmenge auf einer Durchgangsstraße zu halbieren, wird die Lärmbelastung um 3 dB(A) sinken.

Die Wahrnehmung des Lärms verdoppelt bzw. halbiert sich jedoch nicht mit einem Anstieg bzw. mit einem Absinken der Lärmbelastung um 3 dB(A). Eine Schallpegeldifferenz von 3 dB(A) ist für den Menschen als Unterschied in der Lautstärke gut wahrnehmbar. Eine Verdoppelung bzw. Halbierung der wahrgenommenen Lautstärke erfolgt erst bei einer Pegeldifferenz von 10 dB(A). Dies entspricht z.B. einer Verzehnfachung des Verkehrsaufkommens oder einer Verringerung des Verkehrs auf 1/10 der ursprünglichen Verkehrsbelastung. Diese Wirkeffekte sind von verkehrsplanerischen Maßnahmen in der Lärmaktionsplanung nur selten zu erwarten. Nur bauliche Lärmschutzmaßnahmen an der Lärmquelle oder auf dem Schallausbreitungsweg sind in der Lage, solche Pegelminderungen zu erreichen.

1.4 Auswirkungen auf die Gesundheit und die Gesellschaft

Schall, der als Lärm empfunden wird, kann nicht nur belästigend wirken. Er kann auch konkrete gesundheitsschädliche Folgen haben. Lärm erschwert oder unterbindet die zwischenmenschliche Kommunikation. Lärm kann die Konzentration beeinträchtigen. Und Lärm kann vor allem Ärger, Stress sowie Schlafstörungen und -losigkeit bei den Betroffenen auslösen. Dabei kann Lärm aber auch auf den menschlichen Organismus einwirken, ohne dass dies dem Betroffenen bewusst wird. Das vegetative Nervensystem reagiert immer auf Lärm, gleichgültig, ob die betroffene Person schläft oder sich subjektiv an die Lärmkulisse gewöhnt hat. Eine organische Gewöhnung an Lärm tritt nicht ein.

Die Hauptlärmquelle, der Straßenverkehr, ist ein gesamtgesellschaftliches Phänomen und Problem. Die Flächen für entlastende Infrastrukturmaßnahmen (Umgehungsstraßen) sind begrenzt, die finanziellen Mittel sind beschränkt. Zugleich ist die individuelle motorisierte Mobilität zur wirtschaftlichen Existenzvoraussetzung und zum Ausdruck persönlicher Freiheit geworden. Die Mobilität ist gestiegen und mit ihr die Anzahl der zugelassenen Kraftfahrzeuge. Wer sich dem Lärm einer Stadt durch einen Umzug in ländliche Gegenden entziehen will, wird unmittelbar selbst Teil des Lärmproblems, wenn er den Weg in die Stadt (zum Arbeitsplatz) mit dem eigenen Kfz zurücklegen muss. Erforderlich ist daher ein intelligenter, nachhaltiger und verantwortungsbewusster Umgang mit der bestehenden Infrastruktur unter dem Gesichtspunkt „Lärm“.

Nach dem Kooperationserlass vom 8. Februar 2023 liegen Lärmbelastungen ab 65 dB(A) am Tag und ab 55 dB(A) in der Nacht im gesundheitskritischen Bereich. Die qualifizierte Lärmaktionsplanung sollte darauf hinwirken, diese Lärmwerte nach Möglichkeit zu unterschreiten.

1.5 Rechtliche Grundlagen der Lärmaktionsplanung

Die Lärmaktionsplanung ist in den §§ 47a ff. BImSchG geregelt, die auf die EG-Umgebungslärmrichtlinie zurückgehen.

Aufgrund der europaweiten Lärmproblematik und der davon ausgehenden, großen Gesundheitsbelastung vieler Menschen verabschiedete die Europäische Gemeinschaft (seit dem Vertrag von Lissabon: Europäische Union) im Jahr 2002 die Umgebungslärmrichtlinie (UmgebungslärmRL). Als Richtlinie hat sie unmittelbare Bindungswirkung nur gegenüber den einzelnen Mitgliedstaaten, die ihrerseits die Richtlinie zielkonform in eigenes Recht umsetzen müssen. Deutsche Rechtsvorschriften, die eine Richtlinie umsetzen oder im Zusammenhang mit der Anwendung des deutschen Umsetzungsrechts stehen, sind so auszulegen und anzuwenden, dass die Ziele der Richtlinie möglichst erreicht werden. Stehen nationale Umsetzungsgesetze im Widerspruch zu ihrer Richtlinie, kann es sogar zu einem Anwendungsverbot kommen.

Die Europäische Kommission kontrolliert die Umsetzung der UmgebungslärmRL. Gegenstand der Kontrolle ist, ob überhaupt Lärmaktionspläne aufgestellt werden und ob diese auch effektiv sind - insbesondere, ob sie umgesetzt werden.

Der Geltungsbereich der EU-Richtlinie umfasst den Umgebungslärm.

Umgebungslärm sind „unerwünschte oder gesundheitsschädliche Geräusche im Freien, die durch Aktivitäten von Menschen verursacht werden, einschließlich des Lärms, der von Verkehrsmitteln, Straßenverkehr, Eisenbahnverkehr, Flugverkehr sowie Geländen für industrielle Tätigkeiten (...) ausgeht“;

so Art. 3 lit. a UmgebungslärmRL. Im Zentrum der Richtlinie steht der Mensch, auf den der Lärm einwirkt (akzeptorbezogener Ansatz).

Die Lärmaktionsplanung soll schädliche Auswirkungen und Belästigungen durch Umgebungslärm verhindern, ihnen vorbeugen oder sie mindern (Art. 1 Abs. 1 UmgebungslärmRL). Hierzu sollen schrittweise folgende Maßnahmen durchgeführt werden:

- Ermittlung der örtlichen Belastung durch Umgebungslärm anhand von Lärmkarten,
- Sicherstellung der Information der Öffentlichkeit über Umgebungslärm und seine Auswirkungen,
- Aufstellung von Lärmaktionsplänen mit dem Ziel, den Umgebungslärm so weit erforderlich zu verhindern und zu mindern und eine zufrieden stellende Umweltqualität zu erhalten.

Darüber hinaus sollen auch „ruhige Gebiete“ festgelegt und vor der Zunahme der Belastung durch Umgebungslärm geschützt werden (Art. 2 Abs. 1 UmgebungslärmRL).

Die Lärmaktionsplanung soll Planungsziele formulieren und Maßnahmen festlegen, mit denen die Ziele zukünftig kurz-, mittel- oder langfristig erreicht werden können.

Nach Art. 8 Abs. 5 UmgebungslärmRL muss der Lärmaktionsplan spätestens alle fünf Jahre nach dem Planungsbeschluss fortgeschrieben werden. Eine Fortschreibung kann aber auch schon früher erforderlich werden, wenn sich eine bedeutsame Entwicklung abzeichnet, die sich auf die bestehende Lärmsituation auswirkt.

Die Vorgaben der UmgebungslärmRL werden in Deutschland durch die §§ 47a ff. BImSchG in nationales Recht umgesetzt. Sie sind grundsätzlich für die Aufstellung und Umsetzung der Lärmaktionspläne maßgeblich. Die Lärmaktionsplanung ist ausführlich in § 47d BImSchG geregelt.

Die Lärmaktionsplanung ist Teil der Lärminderungsplanung. Die Lärminderungsplanung umfasst die Lärmkartierung (§ 47c BImSchG) und die auf den Lärmkarten aufbauende Lärmaktionsplanung (§ 47d BImSchG).

Die Lärmkartierung soll die tatsächlichen Lärmverhältnisse vor Ort aufarbeiten und darstellen. Zuständig für die Lärmkartierung ist in Baden-Württemberg grundsätzlich die Landesanstalt für Umwelt (LUBW). Sie kartiert Hauptverkehrsstraßen, nicht-bundeseigene Haupteisenbahnstrecken und den Flughafen Stuttgart als einzigen Großflughafen im Land. Die neun Ballungsräume kartieren ihr Stadtgebiet selbst, die Haupteisenbahnstrecken des Bundes werden vom Eisenbahn-Bundesamt erfasst. Die Kartierungsergebnisse der LUBW können auf der Homepage der Landesanstalt² abgerufen werden. Auf der Informationsgrundlage der Lärmkartierung sind die Lärmaktionspläne aufzustellen. In Baden-Württemberg sind hierfür – nach dem Leitbild des § 47e Abs. 1 BImSchG – die Kommunen zuständig. Die Lärmaktionsplanung ist Teil der durch Art. 28 Abs. 2 GG geschützten gemeindlichen Planungshoheit.³

Der gesetzliche Auftrag der Lärmaktionsplanung ist nach § 47d Abs. 1 S. 1 BImSchG die Regelung von Lärmproblemen und Lärmauswirkungen vor Ort. Das Lärmmanagement steht auf zwei Säulen:

- Information und Einbindung der Öffentlichkeit und
- konkreten Lärminderungsmaßnahmen.

² <https://www.lubw.baden-wuerttemberg.de/laerm-und-erschuetterungen/laermkarten>

³ Scheidler/Tegeder, in: Feldhaus (Hrsg.), Bundesimmissionsschutzrecht, Bd. 1 – Teil II, BImSchG §§ 22 – 74, 2. Aufl., § 47e Rn. 8, Stand: Mai 2007.

Bei der Aufstellung des Lärmaktionsplans wird die Bevölkerung auf der Grundlage der Lärmkartierung umfassend über die Lärmsituation in ihrer Umgebung informiert. Die Bevölkerung wird in das Verfahren der Planaufstellung eingebunden. Ein zentrales Anliegen der UmgebungslärmRL ist es, die Öffentlichkeit und den einzelnen Betroffenen in die Regelung der Lärmprobleme und –auswirkungen mit einzubeziehen. Art. 8 Abs. 7 UAbs. 1 UmgebungslärmRL bestimmt:

„Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass die Öffentlichkeit zu Vorschlägen für Aktionspläne gehört wird, dass sie rechtzeitig und effektiv die Möglichkeit erhält, an der Ausarbeitung und der Überprüfung der Aktionspläne mitzuwirken, dass die Ergebnisse dieser Mitwirkung berücksichtigt werden und dass die Öffentlichkeit über die getroffenen Entscheidungen unterrichtet wird. Es sind angemessene Fristen mit einer ausreichenden Zeitspanne für jede Phase der Mitwirkung der Öffentlichkeit vorzusehen.“

Die umfassende Beteiligung der „Öffentlichkeit“ dient dazu, es zu ermöglichen, dass die planaufstellende Kommune über die Lärmbelastung vor Ort unterrichtet wird. Niemand kennt die Lärmbelastung so gut, wie die Menschen vor Ort selbst. Die Öffentlichkeitsbeteiligung kann die Erfassung von Lärmschwerpunkten und mögliche Maßnahmen zur Lärminderung zum Gegenstand haben. Die Betroffenen können häufig Lärmquellen und -ursachen mitteilen, die bei der Lärmkartierung und der Lärmpegelberechnung nicht ermittelt werden können (punktuell gesteigerte Geschwindigkeitsverstöße, lockere oder abgesenkte Kanaldeckel, Schleichwege usw.).

Ein effektives Lärmmanagement setzt die Festlegung von Lärminderungsmaßnahmen voraus. Der Lärmaktionsplan muss „Aktionen“ zur Regelung der Lärmprobleme und Lärmauswirkungen vorsehen: die sog. Planungsinstrumente.

1.6 Hinweise des Ministeriums für Verkehr Baden-Württemberg

Das VM weist für den Umgang mit der Kartierung der LUBW (Hauptverkehrsstraßen und nicht-bundeseigene Haupteisenbahnstrecken) darauf hin, dass die Kartierung bei der Lärmaktionsplanung zu berücksichtigen ist. Den Kommunen wird jedoch mit dem Kooperationserlass vom 8. Februar 2023 empfohlen, die Kartierung zu ergänzen und zu verfeinern:

„Für eine zielgerichtete Lärmaktionsplanung wird den Gemeinden empfohlen, die Lärmkartierung zu ergänzen und beispielsweise durch eine räumlich differenzierte Betroffenheitsanalyse zu verfeinern. Dabei ist es zweckmäßig, über den gesetzlichen Kartierungsumfang hinaus weitere lärmrelevante Straßen einzubeziehen, bspw. um Gebiete mit Mehrfachbelastungen besser beurteilen zu können und die Grundlage zur Identifizierung potenzieller ruhiger Gebiete zu verbessern.“

Zur Reichweite der gesetzlichen Planungspflicht und zum erforderlichen Planungsumfang vertritt das Verkehrsministerium Baden-Württemberg eine modifizierte Auffassung zu der der EU-Kommission. Das Ministerium für Verkehr weist im Kooperationserlass auf Folgendes hin:

„Lärmaktionspläne sind daher grundsätzlich für alle von der Umgebungslärmkartierung erfassten Gebiete aufzustellen, unabhängig davon, ob Lärmprobleme vorhanden sind oder auf dem kartierten Gemeindegebiet Lärmbetroffene ermittelt wurden.“

In einfach gelagerten Fällen, wenn beispielsweise keine Betroffenen ab 65 dB(A) L_{DEN} und 55 dB(A) L_{Night} ausgewiesen sind, kann der Lärmaktionsplan mit vermindertem Aufwand erstellt werden. Solche Pläne müssen nicht zwangsläufig Maßnahmen zur Minderung des Lärms des kartierten Verkehrswegs enthalten. In bestimmten Fällen kann die Lärmaktionsplanung sogar mit der Bewertung der Lärmsituation abgeschlossen werden.“

Aus diesen Hinweisen ergibt sich für die Planungspflicht und den empfohlenen Planungsinhalt die folgende Übersicht:

Kartierte Lärmbelastung	Planungspflicht / Empfohlener Inhalt der Planung
keine Betroffenheiten $\geq 65 \text{ dB(A) } L_{\text{DEN}} / \geq 55 \text{ dB(A) } L_{\text{Night}}$	Einfache Planungspflicht , ggf. lediglich Darstellung und Bewertung der Lärmsituation
Betroffenheiten $\geq 65 \text{ dB(A) } L_{\text{DEN}} / \geq 55 \text{ dB(A) } L_{\text{Night}}$	Qualifizierte Planung. Lärmaktionsplanung soll darauf hinwirken diese Werte zu unterschreiten

Im Kooperationserlass vom 08.02.2023 weist das VM darauf hin, dass bei Lärmpegeln ab 70 dB(A) tags und 60 dB(A) nachts die Lärmbelastung die grundrechtliche Schwelle zur Gesundheitsgefährdung überschreitet und solche Lärmsituationen abwägungsgerecht gelöst werden müssen.

Straßenverkehrsrechtliche Maßnahmen

Der Kooperationserlass 2023 konkretisiert die Voraussetzungen für straßenverkehrsrechtliche Maßnahmen wie folgt:

Die Anordnung von Maßnahmen zur Beschränkung und zum Verbot des fließenden Verkehrs mit dem Ziel der Lärminderung setzt voraus, dass die Tatbestandsvoraussetzungen des § 45 Abs. 9 Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) vorliegen. Danach dürfen entsprechende Maßnahmen „nur angeordnet werden, wenn auf Grund der besonderen örtlichen Verhältnisse eine **Gefahrenlage** besteht, die das allgemeine Risiko einer Beeinträchtigung ... erheblich übersteigt“

Die Rechtsprechung orientiert sich hinsichtlich der Frage, ob gemäß § 45 Abs. 9 Satz 3 StVO eine Gefahrenlage gegeben ist, an den Grenzwerten der Verkehrslärmschutzverordnung (16. BImSchV). Werden die in § 2 Abs. 1 der 16. BImSchV geregelten Immissionsgrenzwerte überschritten, haben die Lärmbetroffenen regelmäßig einen Anspruch auf ermessensfehlerfreie Entscheidung über eine verkehrsbeschränkende Maßnahme (VGH Baden-Württemberg, Urteil vom 17. Juli 2018, Az. 10 S 2449/17, Rn. 33).

Für die Prüfung, ob verkehrsbeschränkende Maßnahmen aus Gründen des Lärmschutzes in Betracht kommen, stellen die Richtlinien für straßenverkehrsrechtliche Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor Lärm (Lärmschutz-Richtlinien-StV) eine **Orientierungshilfe** dar. Die Lärmschutz-Richtlinien-StV enthalten grundsätzliche Wertungen, lassen aber auch andere Wertungen zu, sofern sie fachlich begründet sind. Bei der Festlegung verkehrsbeschränkender Maßnahmen in Lärmaktionsplänen sind die in den Richtlinien genannten Kriterien in den Abwägungsprozess einzubeziehen und entsprechend zu bewerten.

Die für die Maßnahmenabwägung maßgeblichen Aspekte sind vom Einzelfall abhängig. Relevante Gesichtspunkte sind u. A.: Bewertung von Verdrängungseffekten, die Belange des fließenden Verkehrs, Auswirkungen auf den ÖPNV, Auswirkungen auf den Fuß- und den Radverkehr, konkret anstehende straßenbauliche Maßnahmen zur Lärminderung, mildere Mittel wie eine geänderte Verkehrsführung, Anpassungsbedarf bei Lichtsignalanlagen (Grüne Welle), in Bereichen mit Überschreitungen von Grenzwerten für Luftschadstoffe Auswirkungen auf die Luftreinhaltung.

Der Aspekt der Leichtigkeit des Verkehrs ist nicht pauschal in die Abwägung einzustellen, sondern muss hinreichend quantifiziert und konkretisiert werden. Eine mögliche Fahrzeitverlängerung infolge einer straßenverkehrsrechtlichen Lärmschutzmaßnahme wird in der Regel als nicht ausschlaggebend erachtet, wenn diese nicht mehr als 30 Sekunden beträgt. Zur Beurteilung der Auswirkungen auf den ÖPNV, insbesondere den

Linienbusverkehr, kann bei einer Herabsetzung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h auf 30 km/h überschlüssig von einer Fahrzeitverlängerung von 20 Sekunden pro 1.000 Meter ausgegangen werden.⁴

Bei der Ermessensausübung zu straßenverkehrsrechtlichen Lärmschutzmaßnahmen ist in Bereichen, die dem Wohnen dienen, zu beachten, dass nach der Lärmwirkungsforschung Werte ab 65 dB(A) tags und 55 dB(A) nachts im gesundheitskritischen Bereich liegen (vgl. VGH Baden-Württemberg, Urteil vom 17. Juli 2018, Az. 10 S 2449/17, Rn. 36).

Bestehen deutliche Betroffenheiten mit Lärmpegeln über den genannten Werten, verdichtet sich das Ermessen zum Einschreiten. Bei einer Überschreitung dieser Werte um 2 dB(A) reduziert sich das Ermessen hin zur grundsätzlichen Pflicht zur Anordnung bzw. Durchführung von Maßnahmen auf den betroffenen Straßenabschnitten.

Spätestens bei Lärmpegeln ab 70 dB(A) tags und 60 dB(A) nachts überschreitet die Lärmbelastung die grundsätzliche Schwelle zur Gesundheitsgefährdung (BVerwG 9 A 16.16, Beschluss vom 25. April 2018, Rn. 86f). Solche Lärmsituationen müssen dann abwägungsgerecht gelöst werden.

Bei der Ermessensausübung zu straßenverkehrsrechtlichen Lärmschutzmaßnahmen ist in Bereichen, die dem Wohnen dienen, zu beachten, dass nach der Lärmwirkungsforschung Werte ab 65 dB(A) tags und 55 dB(A) nachts im gesundheitskritischen Bereich liegen (vgl. VGH Baden-Württemberg, Urteil vom 17. Juli 2018, Az. 10 S 2449/17, Rn. 36).

Je höher der Lärmpegel, desto einfacher ist die Einführung eines Tempolimits:	
Ab Geräuschpegel von 59 dB(A) (tagsüber) / 49 dB(A) (nachts)	↗
Ab diesen Geräuschpegeln können Städte und Gemeinden abwägen, ob ein geringeres Tempolimit eingeführt werden soll.	
Ab Geräuschpegel von 65 dB(A) (tagsüber) / 55 dB(A) (nachts)	↗
Ab diesen Geräuschpegeln beginnt der gesundheitskritische Bereich. Ab hier werden in der Regel verkehrsbeschränkende Maßnahmen wie zum Beispiel geringere Tempolimits eingeführt.	
Ab Geräuschpegel von 67 dB(A) (tagsüber) / 57 dB(A) (nachts)	↗
Ab diesen Geräuschpegeln besteht die Pflicht zur Einführung von verkehrsbeschränkenden Maßnahmen wie zum Beispiel geringere Tempolimits.	
Spätestens ab Geräuschpegel von 70 dB(A) (tagsüber) / 60 dB(A) (nachts)	↗
Ab diesen Geräuschpegeln besteht eine Gesundheitsgefährdung. Die Lärmbelastung muss dann durch Schutzmaßnahmen wie Umplanungen von Straßen oder Betriebsbeschränkungen beseitigt werden.	

Abbildung 1: Ermessensausübung straßenverkehrsrechtliche Maßnahmen

Für die Anordnung von straßenverkehrsrechtlichen Maßnahmen ist es nicht zwingend erforderlich, dass die Lärmbelastung in einem gesundheitskritischen Bereich liegt. Vielmehr können auch unterhalb der genannten Werte straßenverkehrsrechtliche Maßnahmen festgelegt werden, wenn der Lärm Beeinträchtigungen mit sich

⁴ Eckart J., Richard J., Schmidt A. (2018): ÖPNV im Spannungsfeld zwischen kurzer Beförderungszeit und stadtverträglicher Geschwindigkeit. In: Bracher et al.: Handbuch der kommunalen Verkehrsplanung - Für die Praxis in Stadt und Region.

bringt, die jenseits dessen liegen, was unter Berücksichtigung der Belange des Verkehrs im konkreten Fall als ortsüblich hingenommen werden muss und damit den Anwohnern zugemutet werden kann.

1.7 Grundlagen zur Berechnung des Straßenverkehrslärm

In der Lärmaktionsplanung wird der Umgebungslärm berechnet, nicht gemessen. Messungen führen häufig zu nicht repräsentativen Ergebnissen. Die Messgenauigkeit wird durch die Unwägbarkeit der Messbedingungen aufgehoben. Wind- und Wetterlagen (z.B. ist Verkehr bei nasser Fahrbahn lauter als Verkehr auf trockener Fahrbahn) können die Aussagekraft der Messergebnisse ebenso verfälschen wie Tages- und Jahreszeit (z.B. Messungen zur Urlaubszeit). Nur eine ganzjährige, flächendeckende Messung mit einheitlichen Messgeräten könnte vergleichbare und repräsentative Daten erzeugen. Dies kann aufgrund der Kosten und des Aufwandes nicht geleistet werden.

Die Berechnung der Lärmbelastung geht allgemein nicht zu Lasten der Betroffenen. Die gesetzlich vorgesehenen Berechnungsmethoden führen regelmäßig dazu, dass die berechneten Lärmimmissionen die gemessenen Werte übersteigen. Für die Berechnung der Beurteilungspegels des Straßenverkehrslärms ist seit dem 1. März 2021 die Richtlinien für Lärmschutz an Straßen – Ausgabe 2019 (RLS-19) anzuwenden. Die Berechnung erfolgt mithilfe eines schalltechnischen Modells. In das Modell fließen u.a. die durchschnittliche tägliche Verkehrsstärke (DTV), die Tag- und Nachtanteile der vier Fahrzeugklassen nach RLS-19 (Mot./ Pkw/ Lkw1/ Lkw2), die zulässige Geschwindigkeit, die Fahrbahnoberfläche, Informationen zu Kreisverkehrsplätzen und Lichtsignalanlagen, Steigungen, die Bebauung, vorhandene Lärmschutzanlagen und die Geländetopografie ein.

1.8 Grundsätzlich mögliche Maßnahmen zur Lärminderung

Eine effektive Möglichkeit, Verkehrslärm zu mindern, ist die Reduzierung der Emission am Kraftfahrzeug selbst. Diese Möglichkeit liegt jedoch außerhalb des Einwirkungsbereichs der Kommunen, die die Lärmaktionspläne aufzustellen haben. Die Europäische Union steuert durch ihre Vorschriften über den Fahrzeugbau auf eine stärkere Emissionsbegrenzung beim Fahrzeug selbst hin.

Eine Lärminderung kann auf kommunaler Ebene durch Instrumente der Verkehrsplanung, der Raumordnung, der auf die Geräuschquelle ausgerichteten technischen Maßnahmen, die Verringerung der Schallübertragung und verordnungsrechtliche oder wirtschaftliche Maßnahmen oder Anreize erzielt werden.

Innerhalb der Lärminderungsmaßnahmen differenziert man zwischen aktivem und passivem Lärmschutz. Aktive Lärmschutzmaßnahmen setzen an der Emissionsquelle und auf dem Ausbreitungsweg an. Zu ihnen zählen z.B. Geschwindigkeitsbeschränkungen, der Austausch des Fahrbahnbelages oder die Errichtung von Lärmschutzwänden und -wällen. Passive Schallschutzmaßnahmen setzen am Immissionsort an: Sie schirmen ihn vor schädlichen Lärmimmissionen ab. Zu ihnen zählen z.B. Schallschutzfenster.

Aktiver Lärmschutz bewirkt, dass es insgesamt, also auch in Außenbereichen leiser wird, passive Lärmschutzmaßnahmen sorgen lediglich dafür, dass Innenräume vor Lärm geschützt sind. Den Lärm in Außenbereichen verringern sie nicht. Maßnahmen des aktiven Lärmschutzes sind daher grundsätzlich vorzugswürdig. Auch die Umgebungslärmrichtlinie und die Lärmaktionsplanung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz haben zum Ziel, den sog. Umgebungslärm zu reduzieren. Umgebungslärm ist der Lärm, der durch menschliches Verhalten im Freien herrscht. Erst als äußerstes Mittel sind danach auch passive Lärmschutzmaßnahmen zu erwägen, wenn anders die betroffenen Menschen nicht vor Lärm geschützt werden können.

Es gilt daher auch für die Lärmaktionsplanung: „Aktiver Lärmschutz vor passivem Lärmschutz!“

Die Lärmaktionsplanung darf nicht auf einzelne Bereiche (z. B. Straßenabschnitte) beschränkt werden, bei denen die Auslösewerte überschritten werden. Wie schon der notwendige Inhalt der Lärmaktionsplanung nach der UmgebungslärmRL zeigt, liegt der Richtlinie ein weitergehender flächenhafter Ansatz zugrunde. Verkehrsplanerische Aspekte oder auch langfristige Strategien sind nicht auf einzelne Straßenabschnitte zu begrenzen. Daraus folgt die Verpflichtung der Lärmaktionsplanung, nicht nur einzelne Straßenabschnitte, sondern die Lärmauswirkungen gesamthaft zu betrachten. Ebenso spricht die Forderung, die Auswirkungen der Maßnahmen auf mögliche Verlagerungseffekte zu überprüfen, für eine gesamthafte Betrachtung, auch bei der Konzeption von Maßnahmen. Daher ist ein Bündel von Lärminderungsmaßnahmen sinnvoll.

Maßnahmen können auch in eine bestimmte zeitliche Reihenfolge gesetzt werden: Schnell umsetzbare Sofortmaßnahmen (z.B. Verkehrsbeschränkungen) können durch langfristige bauliche / planerische Maßnahmen abgelöst werden.

Nachfolgend werden alle grundsätzlich geeigneten Maßnahmen zur Minderung des Straßenlärms, unabhängig der örtlichen Gegebenheiten dargestellt.

1.8.1 Baulicher Lärmschutz

Instandsetzung/Erneuerung des Fahrbahnbelags

Befinden sich die Beläge von Fahrbahnen in schlechtem Zustand, so führt dies zu einer deutlich höheren Lärmbelastung der Anwohner. Die Sanierung des Straßenbelags kann mehrere dB(A) Lärmreduzierung bringen.

Nach den Straßengesetzen haben die Baulastträger die Straßen in verkehrssicherem Zustand zu unterhalten. Rechtliche Vorgaben, ab wann Fahrbahnbeläge zu erneuern sind, gibt es nicht.

Einbau eines lärmtechnisch verbesserten Straßenbelages

Entgegen anfänglicher Skepsis gibt es erhebliche Fortschritte bei den lärm mindernden Asphaltdeckschichten für Außer- und Innerortslagen. Die vorliegenden Erfahrungen zeigen, dass lärm mindernde Fahrbahnbeläge sowohl im Außerortsbereich als auch unter gewissen Voraussetzungen Innerorts mit der erforderlichen Dauerhaftigkeit zur Lärminderung eingesetzt werden können. Im Zuge anstehender Erhaltungsmaßnahmen an Bundes- und Landesstraßen wird seitens des Straßenbaulastträgers grundsätzlich geprüft, ob die Voraussetzungen zur Lärmsanierung gegeben sind. Werden die Auslösewerte überschritten und die planerischen Randbedingungen erfüllt, wird ein lärm mindernder Fahrbahnbelag eingebaut.

Die unterschiedlichen Typen von Straßendeckschichten, denen in Abhängigkeit der Geschwindigkeit ein Korrektur-Wert zugewiesen und damit die Lärminderung nachgewiesen werden kann, sind in nachfolgender Tabelle dargestellt.

Straßendeckschichttyp SDT	Straßendeckschichtkorrektur $D_{SD,SDT,FzG}(v)$ [dB] bei einer Geschwindigkeit v_{FzG} [km/h] für			
	Pkw		Lkw	
	≤ 60	> 60	≤ 60	> 60
Nicht geriffelter Gussasphalt	0,0	0,0	0,0	0,0
Spplittmastixasphalte SMA 5 und SMA 8 nach ZTV Asphalt-StB 07/13 und Abstumpfung mit Abstreumaterial der Lieferkörnung 1/3	-2,6		-1,8	
Spplittmastixasphalte SMA 8 und SMA 11 nach ZTV Asphalt-StB 07/13 und Abstumpfung mit Abstreumaterial der Lieferkörnung 1/3		-1,8		-2,0
Asphaltbetone ≤ AC 11 nach ZTV Asphalt-StB 07/13 und Abstumpfung mit Abstreumaterial der Lieferkörnung 1/3	-2,7	-1,9	-1,9	-2,1
Offenporiger Asphalt aus PA 11 nach ZTV Asphalt-StB 07/13		-4,5		-4,4
Offenporiger Asphalt aus PA 8 nach ZTV Asphalt-StB 07/13		-5,5		-5,4
Betone nach ZTV Beton-StB 07 mit Waschbetonoberfläche		-1,4		-2,3
Lärmarmer Gussasphalt nach ZTV Asphalt-StB 07/13, Verfahren B		-2,0		-1,5
Lärmtechnisch optimierter Asphalt aus AC D LOA nach E LA D	-3,2		-1,0	
Lärmtechnisch optimierter Asphalt aus SMA LA 8 nach E LA D		-2,8		-4,6
Dünne Asphaltdeckschichten in Heißbauweise auf Versiegelung aus DSH-V 5 nach ZTV BEA-StB 07/13	-3,9	-2,8	-0,9	-2,3

Tabelle 1: Korrekturwerte für Straßenoberflächen, nach RLS-19

Lärmschutzwände/ -wälle

Lärmschutzwände sind bei Straßen, die keine Erschließungsfunktion für angrenzende Grundstücke haben, sehr wirkungsvoll. Hier lassen sich Geräuschminderungen von bis zu 20 dB(A) erreichen. Denkbar ist auch die Einhausung von stark befahrenen Straßen. Hier stellt sich allerdings jeweils die Frage nach der Verhältnismäßigkeit (Kosten/Nutzen). Weiter werfen Lärmschutzwände mitunter erhebliche städtebauliche Probleme auf, welche im Einzelnen für die jeweilige örtliche Situation zu bewerten sind.

Straßenraumgestaltung

Durch die Verschmälerung der Fahrbahn etwa zugunsten eines Parkstreifens oder eines Radverkehrsweges ergibt sich eine Vergrößerung des Abstandes von der Fahrspur (Emissionsort) zum Wohngebäude, was zu einer Senkung der Lärmpegel an den Immissionsorten führt. Fahrbahnverschmälerungen sind möglich, wo die bestehenden Fahrbahnbreiten die Mindest- und Richtmaße der RAS 06 überschreiten.

Die Umgestaltung von unsignalisierten und insbesondere von signalisierten Knotenpunkten zu Kreisverkehrsplätzen führt durch die Verlangsamung und Verstetigung des Verkehrsflusses zu einer Lärminderung.

Passiver Schallschutz

Soweit aktiver Schallschutz nicht machbar ist – städtebauliche Planung, Nutzen-Kostengründe –, kommt passiver Schallschutz in Betracht. Lärmschutzmaßnahmen erfolgen an der baulichen Anlage (Objektschutz).

1.8.2 Steuerung des Verkehrs

Streckenbeschränkungen für bestimmte Verkehrsarten

Rechtliche Streckenbeschränkungen sind beispielsweise das Durchfahrverbot für Lkw und/ oder Motorräder auf innerstädtischen Straßen oder Wohnstraßen. Lkw-Fahrverbote sind vor allem nachts wirkungsvoll.

Problematisch kann allerdings die mit einem Lkw-Durchfahrverbot verbundene Verkehrsverlagerung sein. Lkw-Verbote kommen vor allem in Betracht, wenn anbaufreie Alternativrouten bestehen und somit durch die Verlagerung keine neuen Betroffenen entstehen.

Geschwindigkeitsbeschränkungen

Reduzierungen der zulässigen Höchstgeschwindigkeit sind effektive und kostengünstige Maßnahmen zur Lärminderung. Voraussetzung ist, dass die Geschwindigkeitsanordnungen eingehalten werden. Zur Gewährleistung der Geschwindigkeitsbeschränkungen können insbesondere Kontrollen durchgeführt oder bauliche Verkehrsberuhigungsmaßnahmen ergriffen werden. Neben der Höhe des Lkw-Anteils ist für die im Einzelfall erreichbare Lärmreduktion auch der konkret vorhandene Straßenbelag maßgeblich.

Verstetigung des Verkehrs

Durch eine Verstetigung des Verkehrsflusses mit nur wenigen Beschleunigungs- und Verzögerungsvorgängen kann eine spürbare Lärmmentlastung erreicht werden. Optimal ist ein sich langsam mit stetiger Geschwindigkeit bewogender Verkehr. In diesem Fall entsteht ein gleichmäßiges Verkehrsgeräusch ohne die besonders belästigenden Pegelspitzen.

Als mögliche Maßnahmen zur Verstetigung des Verkehrs kommen in Betracht: geeignete Schaltungen der Lichtsignalanlagen (Grüne Welle bei Tempo 30), Anzeige der empfohlenen Geschwindigkeit, Dauerrot für Fußgänger mit Anforderungskontakt, Rückbau von Straßenrandstellplätzen ohne Verbreiterung der Fahrbahn usw.

1.8.3 Einsatz und Förderung lärmarmer Verkehrsmittel

Die Förderung der Verkehrsmittel des Umweltverbunds steht bereits heute auf der Agenda vieler Städte und Gemeinden. Hierzu zählen: Einfluss auf die Tarif- und Angebotsgestaltung, finanzielle Förderung des ÖPNV, Einsatz geräuscharmer Fahrzeuge im ÖPNV, Erarbeitung von Konzepten zur Förderung des Fußgänger- und Radfahrradverkehrs mit baulichen Maßnahmen und Imagewerbung, Parkraumbewirtschaftung zur Verlagerung vom motorisierten Individualverkehr auf den öffentlichen Verkehr usw.

1.8.4 Stadt- und Verkehrsplanung

Bau von Umgehungsstraßen

Der Bau von Umgehungsstraßen stellt eine verkehrsplanerische Maßnahme dar, die vom Baulastträger lediglich zu berücksichtigen ist. Leider scheitert der Bau von Umgehungsstraßen häufig an den leeren öffentlichen Kassen. Gleichwohl können Städte und Gemeinden Umgehungsstraßen in die Lärmaktionsplanung als mittel-/langfristiges Ziel aufnehmen. Dies gilt nicht nur für die Planungen anderer Baulastträger. Auch die eigene Planung etwa im Straßenbau kann aufgenommen werden.

Kombimaßnahmen und (General-)Verkehrsplan

Die Lärmaktionsplanung hat den Vorteil, dass sie Probleme gesamthaft betrachten und lösen kann. Es besteht die Chance, durch die Kombination von Maßnahmen unterschiedlicher Träger bzw. Behörden die Wirksamkeit von einzelnen Maßnahmen zu steigern.

Nach Maßgabe einer Gesamtverkehrsplanung sollten die Einzelmaßnahmen aufeinander abgestimmt sein. Der Verkehrsplan sollte die regionale (großräumigere) Planung der Verkehrsströme und die innerörtlichen (kleinräumigeren) Planungen koordinieren.

Städtebauliche Maßnahmen

In einen Lärmaktionsplan können nach dem Kooperationserlass 2023 auch planerische Festlegungen, insbesondere städtebauliche Maßnahmen, aufgenommen werden. Diese planungsrechtlichen Festlegungen sind dann durch die Behörden in ihren Planungen gemäß § 47d Abs. 6 i.V.m. § 47 Abs. 6 BImSchG zu berücksichtigen. Bei städtebaulichen Maßnahmen in einem Lärmaktionsplan ist darauf zu achten, dass diese auch insbesondere durch entsprechende Festsetzungen in Bebauungsplänen umgesetzt werden können.

Das Ministerium für Verkehr sieht vor allem die folgenden Maßnahmen als geeignet an, um städtebaulichen Lärmschutz durch einen Lärmaktionsplan zu steuern:

- Verträgliche räumliche Zuordnung neuer Wohn-, Misch- und Gewerbegebiete untereinander
- Schalltechnisch sinnvolle Gliederung innerhalb der Baugebiete
- lärmindernde Struktur der Erschließung, so dass insbesondere Durchfahrtsmöglichkeiten (Schleichwege) vermieden / reduziert werden
- geschwindigkeitsmindernde Dimensionierung und Gestaltung von Straßen und Ortsdurchfahrten gemäß den kommunalen Verkehrskonzepten
- Abschirmung durch Schallschutzwälle, Schallschutzwände, Gebäude insbesondere mit lärmunempfindlichen Nutzungen
- Gebäudeorientierung, beispielsweise mit entsprechend angeordneten Grundrissen (insbesondere bei lärmabschirmenden Gebäuden)
- Vermeidung von Schallreflektionen durch geeignete Gebäudeausrichtung, Fassadenanordnung und -gestaltung
- Vermeidung schallharter Gebäudeoberflächen zugunsten lärmabsorbierender Materialien
- Teil- und Vollabdeckung, Tunnel und Umbauungen von Straße/Schiene
- Passiver Lärmschutz, beispielsweise durch Schallschutzfenster (immissionsschutzrechtlich nicht als Lärminderungsmaßnahme gegenüber Sport- und Freizeitanlagen und gegenüber gewerblichen Anlagen möglich)
- Begrünung im öffentlichen Raum sowie an Gebäuden.

1.9 Bewertungsgrundsätze

Die in Betracht kommenden Maßnahmen und die von ihnen jeweils betroffenen Belange sind im Laufe des Verfahrens der Lärmaktionsplanung zu gewichten. Zunächst soll jede Maßnahme für sich im Hinblick auf das Planungsziel analysiert werden. Weil das aber nicht im Sinn einer „Alles-oder-Nichts-Lösung“ geschehen darf, müssen nicht nur die einzelnen Maßnahmen samt der von ihnen betroffenen Belange in Beziehung zum Planungsziel gebracht werden. In einem zweiten Schritt sind vielmehr die Maßnahmen, die gleichlaufenden Interessen aber auch die gegenläufigen Belange zueinander – im Hinblick auf das Planungsziel – in Verhältnis zu setzen. Auf der so gewonnenen Grundlage werden die konkret zu ergreifenden Maßnahmen letztendlich bestimmt.

1.9.1 Lärmschutzkonzept

Grundsätzliches Ziel des Lärmschutzkonzepts dieses Lärmaktionsplans ist die Unterschreitung der Auslösewerte für Lärminderungsmaßnahmen. Es wird ein optimales Nutzen-Kosten-Verhältnis angestrebt. Bei welcher Relation zwischen Kosten und Nutzen eine technisch zur Verbesserung der Lärmsituation grundsätzlich geeignete und erforderliche Maßnahme mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden ist, bestimmt sich nach den Umständen des Einzelfalles. Um eine möglichst umfassende und ausgewogene Bewertung der Maßnahme zu gewährleisten, fließen in das Lärmschutzkonzept folgende Kriterien ein:

- Minderung der Anzahl der betroffenen Einwohner:innen und Gebäude
- Mittelbar positive Wirkungen der Maßnahme:
 - Nutzen der Maßnahme (monetär, vermiedene Lärmkosten)
 - Synergien
- Mittelbar negative Wirkungen der Maßnahme:
 - Kosten der Maßnahme; fiskalische Interessen des Straßenbaulastträgers
 - Verkehrsverlagernde Effekte.

1.9.2 Bewertung der Maßnahmen im Hinblick auf das Planungsziel

Ziel dieses Lärmaktionsplanes ist es, die Lärmbelastungssituation für die Menschen und Anwohner entlang der untersuchten Streckenabschnitte zu verbessern. Eine Maßnahme wird zunächst danach bewertet, inwieweit sie auf der einen Seite unmittelbar das Planungsziel befördert, auf der anderen Seite danach mit welchem Aufwand – sachlich und zeitlich – sie umgesetzt werden kann. Die Differenz aus der Anzahl betroffener Einwohner:innen mit und ohne Lärmschutzmaßnahme verdeutlicht die Minderungswirkung der Maßnahme bezogen auf die Einwohner:innen, also die Lärmbetroffenen.

1.9.3 Bewertung der Maßnahmen im Hinblick auf weitere Belange

Nachdem die einzelnen Maßnahmen auf ihre unmittelbaren Wirkungen im konkreten Fall untersucht wurden, gilt es, diese Maßnahmen auch entsprechend ihrer weiteren Wirkungen zu bewerten. In Betracht kommen positive, aber auch negative Wirkungen. In Betracht kommen Wirkungen, die sich bei den Lärmbetroffenen auswirken, aber auch Wirkungen, die sich bei Dritten entfalten.

Mittelbare positive Wirkungen

- positive Wirkungen zu Gunsten der Betroffenen gegen weitere Belastungen (Synergien zur Luftreinhaltung, Klimaschutz, Verkehrssicherheit, städtebauliche Aspekte, usw.),
- positive externe Effekte – durch Verringerung bisheriger externer Kosten infolge der Lärmbelastung,

Paradigmatisch die Ausführungen in den LAI-Hinweisen, S. 13 ff.⁵:

„Zum einen verursacht Umgebungslärm volkswirtschaftlich gesehen quantifizierbare und jährlich anfallende Lärmschadenskosten, z. B. als Gesundheitskosten, Kosten aufgrund von erhöhter Belästigung und Immobilienwertverluste. Diese Kosten werden in der Regel nicht vom Lärmverursacher getragen und werden volkswirtschaftlich gesehen als „externe Kosten“ bezeichnet.

Folgen von Lärm können physische und psychische Störungen sowie Verhaltensänderungen der betroffenen Personen sein. Aber auch gesellschaftliche Auswirkungen sind zu berücksichtigen.

⁵ LAI – AG Aktionsplanung; LAI-Hinweise zur Lärmaktionsplanung, Aktualisierte Fassung; 19.09.2022.

Die menschliche Gesundheit kann durch lärmverursachte physische und psychische Störungen beeinträchtigt werden. Hierzu zählen im Bereich der körperlichen Beeinträchtigungen u.a. die ischämischen Herzkrankheiten (z. B. Angina Pectoris, Herzinfarkt) und durch Bluthochdruck bedingten Krankheiten (z. B. Hypertonie, hypersensitive Herz- und Nierenkrankheiten). Bei den psychischen Beeinträchtigungen treten u. a. Stressreaktionen, Schlafstörungen und Kommunikationsstörungen auf. Dies kann zu direkten medizinischen Behandlungskosten (Kosten für Personal, Infrastruktur und Arzneimittel) führen. Aber auch indirekte Gesundheitskosten werden verursacht. So erhöht sich z. B. das Unfallrisiko durch lärmbedingte Konzentrationsstörungen oder durch das Überhören von Gefahrensignalen.

Die durch Lärm verursachten Beeinträchtigungen der Gesundheit können zu Produktionsausfall führen, da die betroffenen Personen zeitweise oder dauerhaft nicht als Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

Nicht zu vernachlässigen sind die immateriellen Kosten, wie z. B. Verlust an Wohlbefinden und Leid bei den betroffenen Personen. Diese immateriellen Kosten können die materiellen Kosten (Behandlungskosten, Produktionsausfall) wesentlich übersteigen (z. B. bei Todesfällen und chronischen Erkrankungen).

Neben den Kosten für Gesundheitsschaden sind verminderte Einnahmen durch Mietzahlungen und Immobilienverkäufe feststellbar. Für lärmbelastete Immobilien werden niedrigere Immobilienpreise bezahlt und die erzielbaren Einnahmen aus Mietzinszahlungen liegen niedriger. Effekte auf Immobilienwerte sind bereits ab einem Immissionswert von 45 dB(A) im Tageszeitraum nachweisbar.

Verminderte Immobilienpreise und sinkende Mieteinkünfte wirken sich negativ auf die Steuereinnahmen der Kommunen aus, da diese über Einnahmen aus Mieteinkünften, Grunderwerbssteuer und Grundsteuer von niedrigeren Immobilienwerten betroffen sind.

Aus Kosten-Nutzen-Untersuchungen zu Aktionsplanungen nach der EU-Umgebungs-lärmrichtlinie lässt sich vorsichtig ableiten, dass bei einer mittleren Monatsmiete von 350 Euro pro Person ein mittlerer Mietverlust von 20 Euro je dB(A), welches den Pegel von 50 dB(A) überschreitet, je Einwohner:innen und Jahr entsteht. Unter den Unwägbarkeiten, die mit Steuerschätzungen üblicherweise zusammenhängen, ist daraus ein Verlust von mietbezogenen Steuern von 2 Euro je dB(A) über 50 dB(A), je Einwohner:in und Jahr ableitbar.

Eine Stadt, die beispielsweise ihre 250.000 Einwohner:in im Durchschnitt um 2 dB(A) durch Umsetzung der Maßnahmen einer Lärmaktionsplanung entlastet, würde zusätzliche Steuereinnahmen auf Mieteinkünfte von 1.000.000 Euro pro Jahr erzeugen. Hinzu kämen die Mehreinnahmen aus der Grunderwerbsteuer, die ausschließlich den Kommunen zufließen.

Eine Beispielrechnung für verschiedene Lärminderungsszenarien hat gezeigt, dass Lärminderung nur am Anfang Geld kostet. Die durchgeführten Maßnahmen amortisieren sich in aller Regel kurzfristig und führen anschließend zu zusätzlichen Einnahmen.

Diese Betrachtung wird von den Ergebnissen der EG-Arbeitsgruppe "Health and Socio-Economic Aspects" quantitativ bestätigt.

Im Rahmen der "Studie zur Kostenverhältnismäßigkeit von Schallschutzmaßnahmen" des Bayerischen Landesamtes für Umwelt wurde ermittelt, dass Einfamilienhäuser um ca. 1,5 % je dB(A), das den Wert von 50 dB(A) überschreitet, an Wert verlieren.“

Mittelbare negative Wirkungen

Maßnahmen können erhebliche Finanzmittel in Anspruch nehmen (z.B. Einbau eines lärmtechnisch verbesserten Straßenbelags), oder zu einer Verschlechterung der Lärmsituation Dritter beitragen (z.B. verkehrsverlagernde Effekte infolge straßenverkehrsrechtlicher Maßnahmen). Beides entfaltet keine absolute Sperrwirkung – ist aber im Rahmen der Abwägung zu berücksichtigen.

Fiskalisches Interesse des Straßenbaulastträgers

Wer die mit der Umsetzung konkreter Maßnahmen verbundenen Kosten zu tragen hat, wird aus dem Prinzip der Konnexität von Aufgabenverantwortung und Ausgabenlast entschieden: Wer für die Erfüllung einer Aufgabe zuständig ist, muss die damit verbundenen Ausgaben tragen. Die Umsetzung einer straßenbaulichen Maßnahme, wie z.B. der Instandsetzung eines Fahrbahnbelages, ist Aufgabe des jeweiligen Straßenbaulastträgers. Dementsprechend haben Bund, Länder, Landkreise und Gemeinden als Baulastträger die ihnen obliegenden Straßenbauaufgaben zu finanzieren.

Verkehrsverlagernde Effekte straßenverkehrsrechtlicher Maßnahmen

Bei der Minderung des Straßenverkehrslärms besitzen insbesondere straßenverkehrsrechtliche Maßnahmen eine große Bedeutung. Streckenbeschränkungen für bestimmte Verkehrsteilnehmer (z.B. Nachtfahrverbot für Lkw) können unmittelbare Auswirkungen auf die umgebenden Straßen durch verkehrsverlagernde Effekte haben. Auch Geschwindigkeitsbeschränkungen können verkehrsverlagernde Effekte zur Folge haben und für erhöhte Lärmimmissionen auf alternativen Routen sorgen.

Eine Betrachtung der Verkehrseffekte mithilfe eines Verkehrsmodells ist daher als Grundlage einer sachgerechten Abwägung ratsam. Die von den Maßnahmen betroffene Region soll auf Veränderungen geprüft werden. Ob und in welchem Umfang verkehrsrelevanten Maßnahmen zu Verkehrsverlagerungen führen. Damit können in der Folge Veränderungen der Verkehrslärmbelastung besser nachvollzogen und Schlussfolgerungen getroffen werden.

1.10 Abwägungsgrundsätze

Bestehen regelungsbedürftige Lärmprobleme sowie Lärmauswirkungen und ist die Aufstellung eines Lärmaktionsplanes deshalb gerechtfertigt, hat die planaufstellende Behörde im Rahmen des rechtlich Möglichen die Planlösung herauszuarbeiten, welche aus ihrer planerischen Sicht die öffentlichen und privaten Belange am besten in Einklang bringt. Dazu hat die Kommune den wesentlichen Sachverhalt aufzuarbeiten. Sie muss die betroffenen Belange erkennen und zunächst jeweils für sich im Hinblick auf das Planungsziel gewichten, eine Verbesserung der Lärmsituation zu erreichen. Widerstreitende Belange sind mit dem Ziel eines bestmöglichen Ausgleichs auszubalancieren. Die Maßnahmen, die im Lärmaktionsplan festgesetzt werden, müssen verhältnismäßig sein.

Neben der Wirkung der einzelnen in Betracht kommenden Maßnahmen auf die Verbesserung der Lärmsituation, müssen auch die weiteren Belange, die durch die Realisierung der Maßnahmen tangiert werden, in den Blick genommen werden: Für jeden Hauptbelastungsbereich und jedes sonst in die Lärmaktionsplanung einbezogene Gebiet sind die einzelnen Schutzmaßnahmen so zu bestimmen, dass sämtliche, im Einzelfall konfligierenden Interessen austariert werden.

1.10.1 Allgemeine Abwägungsgrundsätze

Dabei sind insbesondere die folgenden allgemeinen Abwägungsgrundsätze zu beachten:

- Maßnahmen an der Quelle der Geräuschbelastung sind vorrangig.
- Aktive Maßnahmen haben Vorrang vor passiven Schallschutzmaßnahmen.
- Es gilt das Verursacherprinzip.
- Je höher die Belastung lärm betroffener Menschen ist und je stärker diese Belastung reduziert werden kann, desto gewichtigere, mit der Maßnahme verbundene Nachteile können in Kauf genommen werden.

- Lärmbelastungen sind gerecht zu verteilen.
- Weder eine Einzelmaßnahme noch ein Maßnahmenpaket darf zu unverhältnismäßigen Nachteilen führen.
- Bei der Betrachtung sind nicht nur die bestehende Lärmsituation, sondern auch künftige Entwicklungen zu berücksichtigen, die sich bereits heute abzeichnen (Vorsorgeprinzip).
- Für jede Maßnahme sind auch die in Betracht kommenden räumlichen und sachlichen Anwendungsalternativen zu beachten (z. B. ganztägige oder nur nächtliche Geschwindigkeitsbeschränkungen).
- Die Maßnahmen sind auf ihre Kombinierbarkeit zu untersuchen (z.B. Geschwindigkeitsreduzierung bis zur Realisierung baulicher Maßnahmen).

1.10.2 Geschwindigkeitsbeschränkungen

Geschwindigkeitsbeschränkungen sind kostengünstige und wirksame Maßnahmen zur Lärminderung. Die Maßnahmen haben den Vorteil, dass sie kurzfristig umgesetzt werden können und damit vor allem als Sofortmaßnahme geeignet sind. Geschwindigkeitsbeschränkungen haben außerdem in der Regel positive Synergieeffekte in Bezug auf die Verkehrssicherheit.

Nachteilig ist insbesondere, dass unter bestimmten Voraussetzungen mit dieser Maßnahme die Leichtigkeit des fließenden Straßenverkehrs beeinträchtigt werden kann. Vor allem Straßen mit überörtlicher Bedeutung für den Fernverkehr (Bundesstraßen) erfüllen eine wichtige Verkehrsfunktion. Sie bündeln den Verkehr und sorgen damit für eine Entlastung des örtlichen Straßennetzes. Diese Funktion darf nur aus gewichtigen Gründen eingeschränkt werden. Außerdem müssen die wirtschaftlichen Aspekte berücksichtigt werden, die solche Einschränkungen insbesondere im Bereich des Lieferverkehrs mit sich bringen. Folgende Grundsätze sind bei der Festlegung von Geschwindigkeitsbeschränkungen als Maßnahmen der Lärmaktionsplanung zu berücksichtigen:

- Die Maßnahme wird nur festgelegt, wenn erhebliche Betroffenheiten nachgewiesen sind.
- Die Maßnahme muss in ihrem räumlichen Geltungsbereich zu einer spürbaren Lärmentlastung und einer nachweisbaren Minderung der Betroffenheiten führen; Maßnahmen, die den Verkehr und den Lärm nur verlagern, scheiden aus.
- Der Geltungsbereich der Maßnahme muss exakt lokalisiert werden; eine „Pauschallösung“ (etwa von Ortsschild zu Ortsschild) kommt grundsätzlich nicht in Betracht.
- Sind Sanierungsmaßnahmen geplant, wird die Notwendigkeit einer Verkehrsbeschränkung nach Realisierung der Maßnahme erneut geprüft.
- Alternativlösungen zur Lärmentlastung müssen ausscheiden (z.B. Beschränkung auf bestimmte Verkehrsarten; Beschränkung auf die Tages- oder Nachtzeit; Realisierung technisch möglicher und finanziell zumutbarer straßenbaulicher Maßnahmen).
- Die positiven und negativen mittelbaren Wirkungen einer Maßnahme sind einzubeziehen (z. B. Aspekte der Verkehrssicherheit; keine Verwirrung der Verkehrsteilnehmer durch zu viele (unterschiedliche) Schilder; Feinstaubbelastung).

Um nach diesen Grundsätzen eine möglichst differenzierte Bewertung zu ermöglichen, werden die Betroffenheiten in den Hauptbelastungsbereichen näher lokalisiert: Hierfür werden zunächst die Pegelwerte an den Fassaden ohne Lärmschutz ermittelt und räumlich dargestellt (lärmetechnische Ausgangssituation). Da die Maßnahmen auch nachts wirken, wird dabei von dem besonders sensiblen Nachtzeitraum L_{rN} ausgegangen. Die Pegelwerte ohne Lärmschutzmaßnahmen und die Betroffenheiten zeigen, in welchen Bereichen am Lärmschwerpunkt Handlungsbedarf besteht.

In einem zweiten Schritt wird untersucht, welches Wirkungspotential die Geschwindigkeitsbeschränkungen haben. Hierfür wird zum einen der Differenzwert zwischen dem Ausgangspegel ohne Lärmschutz und dem

Pegelwert nach Realisierung der Maßnahmen ermittelt. Zum anderen wird überprüft, inwieweit eine Maßnahme die Anzahl der Betroffenen über dem Auslösewert reduzieren kann.

Festgelegt wird eine Geschwindigkeitsbeschränkung schließlich für den Bereich, in dem sie für hinreichend viele Betroffene eine erhebliche Lärmentlastung bewirkt. Neben den Lärmschutz Gesichtspunkten können dabei auch weitere Auswirkungen für oder gegen die Anordnung einer Geschwindigkeitsbeschränkung sprechen. Insbesondere verkehrliche Aspekte, wie die Verkehrssicherheit, Querungsbedarf oder Sichtverhältnisse müssen bei der Entscheidung berücksichtigt werden.

1.11 Verfahrensablauf zur Aufstellung von Lärmaktionsplänen

Das Verfahren zur Aufstellung, Überprüfung und Überarbeitung eines Lärmaktionsplanes ist im Wesentlichen in § 47d BImSchG geregelt. Den Regelungen kann nicht entnommen werden, wie das Verfahren zur Aufstellung eines Lärmaktionsplans im Einzelnen konkret abzulaufen hat. In der Praxis hat es sich bewährt, sich an dem Verfahren der Bauleitplanung zu orientieren.

Mitwirkung der Öffentlichkeit

Ausdrücklich geregelt ist, dass die Öffentlichkeit zu Vorschlägen für Lärmaktionspläne gehört wird. Demnach ist die Öffentlichkeit zu beteiligen und erhält rechtzeitig und effektiv die Möglichkeit, an der Ausarbeitung, der Überprüfung und der erforderlichenfalls erfolgenden Überarbeitung der Lärmaktionspläne mitzuwirken. Außerdem ist sie über die getroffenen Entscheidungen zu unterrichten (§ 47d Abs. 3 BImSchG).

Beteiligung von Fachbehörden und Trägern öffentlicher Belange

Auf jeden Fall sind alle **Fachbehörden** zu beteiligen, die als Träger öffentlicher Verwaltung für die Durchsetzung der Maßnahmen in Lärmaktionsplänen zuständig sind (§ 47d Abs. 6 i. V. m. § 47 Abs. 6 BImSchG). Ebenfalls zu beteiligen sind die Behörden, die planungsrechtliche Festlegungen in Lärmaktionsplänen in ihren Planungen zu berücksichtigen haben. Um die Auswirkungen von Maßnahmen und die verschiedenen berührten Belange umfassend abwägen zu können, bedarf es der Einbeziehung und Mitwirkung der betreffenden Träger öffentlicher Belange. Darüber hinaus kann auch eine breitere Beteiligung sinnvoll sein, um den Entscheidungen ein erweitertes Meinungsbild zugrunde zu legen.

Verfahrensschritt	Datum / Zeitraum
Veröffentlichung Kooperationserlass 2023	08. Februar 2023
Auftrag Lärmaktionsplan Stufe 4	Dezember 2023
Vorstellung Ergebnisse Lärmkartierung und Grobkonzept; Beschluss der Wirkungsanalysen (verwaltungsintern)	19. November 2024
Vorstellung Ergebnisse Wirkungsanalysen im OR Großholzleute / Rohrdorf	17 April 2025
Vorstellung Ergebnisse Wirkungsanalysen; Beschluss der Offenlage im Gemeinderat (öffentlich)	05. Mai 2025
Offenlage des Lärmaktionsplans – Beteiligungsverfahren	16. Juni – 16. Juli 2025
Beschluss des Lärmaktionsplans durch den Gemeinderat	24. November 2025

Tabelle 2: Verfahrensschritte Lärmaktionsplanung Isny im Allgäu

2 Lärmaktionsplanung Stadt Isny im Allgäu

2.1 Kartierungsumfang und verkehrliche Grundlagen

Die Stadt Isny im Allgäu liegt im äußersten Süd-Osten Baden-Württembergs, an der Grenze zu Bayern. Die nächstgelegenen Städte sind Wangen im Allgäu im Westen und Leutkirch im Allgäu im Norden.

Auf einer Gemarkungsfläche von 85,3 km² leben rund 14.800 Einwohner:innen⁶. Isny im Allgäu ist durch die B 12, die L 318 und L 256 an das überregionale Straßennetz angebunden. Die B 12 sowie die L 318 weisen im gesamten Gemarkungsgebiet ein Verkehrsaufkommen von über 8.200 Kfz/24h auf. Die Stadt Isny im Allgäu ist demnach nach §47d Bundesimmissionsschutzgesetz verpflichtet, für diese von der LUBW kartierten Hauptverkehrsstraßen einen Lärmaktionsplan zu erstellen.

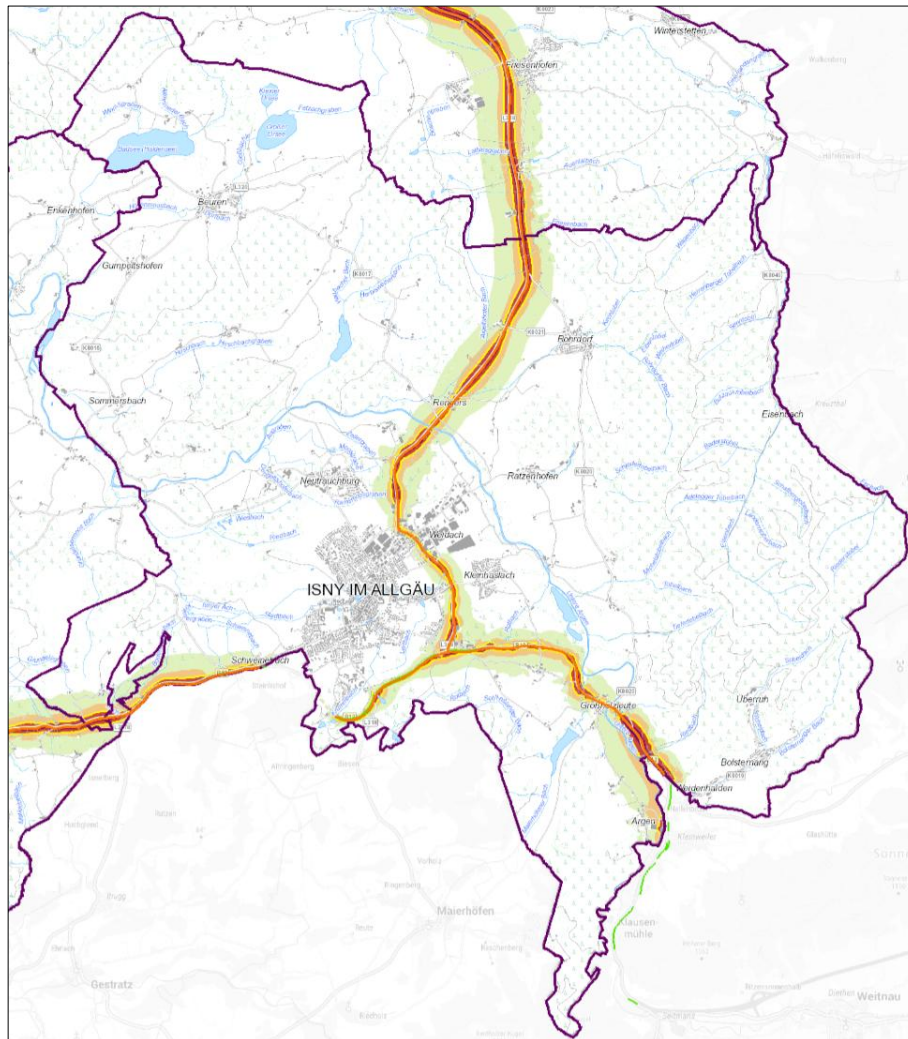


Abbildung 2: LUBW-Lärmkartierung Stufe 4

⁶ Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg. Online unter: Bevölkerung, Gebiet und Bevölkerungsdichte - Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (statistik-bw.de) (zuletzt abgerufen 28.03.2025)

Als Grundlage der Lärmaktionsplanung wird das schalltechnische Modell der LUBW übernommen und die Berechnungsergebnisse in Gebäudelärmkarten ausgegeben.

Abbildung 3 zeigt die Lage der temporären Zählstellen, deren Verkehrszahlen der LUBW-Kartierung Stufe 4 in Isny im Allgäu zugrunde gelegt sind. Die Daten entstammen dem Verkehrsmonitoring 2019 der Straßenverkehrszentrale Baden-Württemberg.

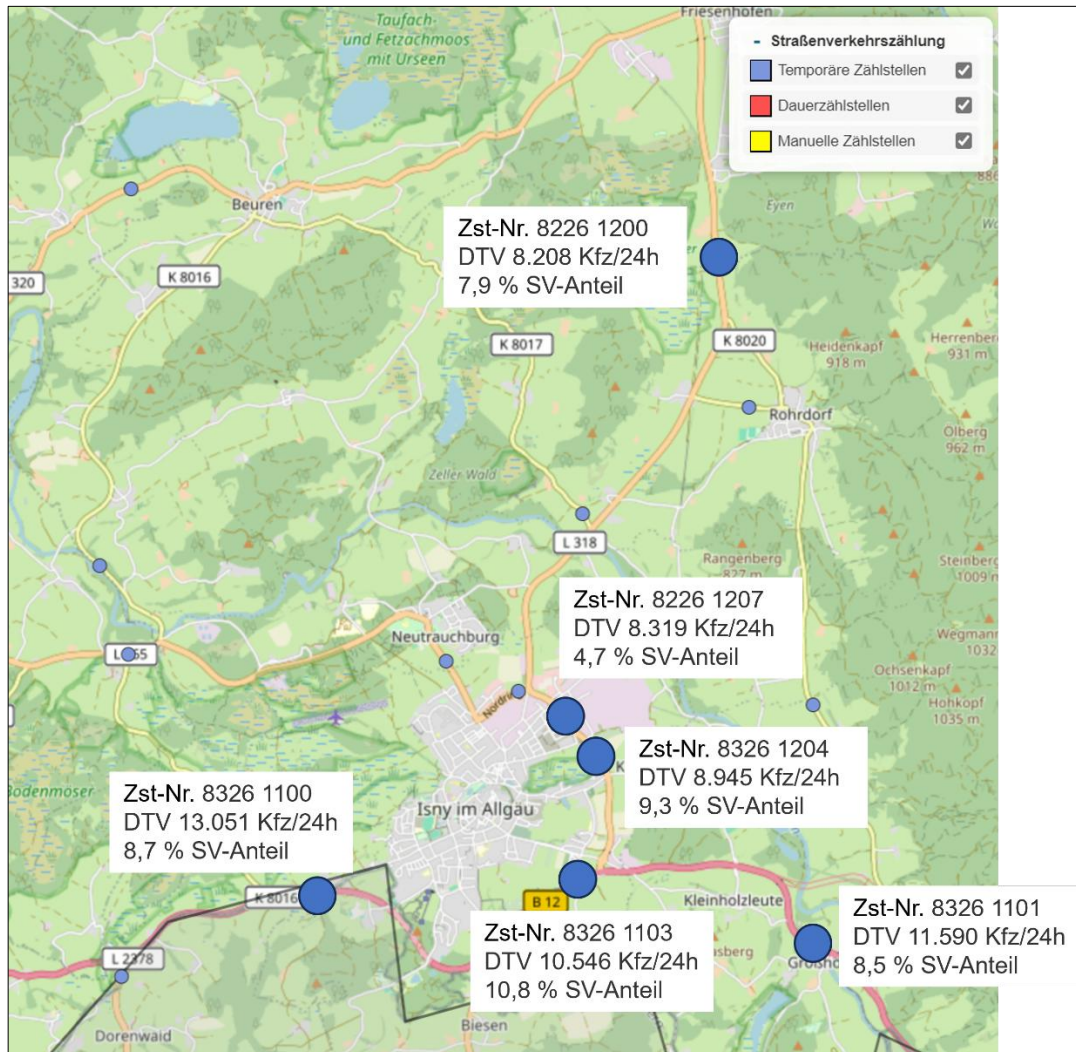


Abbildung 3: Temporäre Zählstellen B 12 und L 318 Isny im Allgäu SVZ-BW

2.2 Ergebnisse der Lärmkartierung

Auf der Grundlage der Lärmkartierung wurden Gebäudelärmkarten in den beiden Zeitbereichen Tag/Nacht nach RLS-19 ausgegeben. In den Gebäudelärmkarten werden die Wohngebäude jeweils in der Farbe des Pegelintervalls eingefärbt, in dem der höchste am Gebäude ermittelte Fassadenpegel liegt. Mit Ziffern um das Gebäude wird der Punkt mit dem höchsten Fassadenpegel in 1 dB(A)-Schritten bezeichnet. Zusätzlich wird in den Rasterlärmkarten und den Gebäudelärmkarten die Anzahl der Bewohner:innen der Gebäude in den jeweiligen Gebäuden angegeben.



Abbildung 4: Auszug Gebäudelärmkarte Tag

2.3 Untersuchte Rechengebiete und Betroffenheitsanalyse

Die Stadt Isny im Allgäu verfolgt mit der Fortschreibung des bereits bestehenden Lärmaktionsplans das Ziel eines umfassenden Umgebungslärmschutzes entsprechend den übergeordneten Planungszielen der Umgebungslärmrichtlinie und ihrer Umsetzung in das deutsche Immissionsschutzrecht. Gemindert werden soll der Straßenverkehrslärm entlang der untersuchten Straßenabschnitte. Die möglichen Maßnahmen zur Umsetzung dieser Zielvorgaben werden in Kapitel 1.8 erläutert. Basierend auf der flächenhaften Lärmkartierung wird zur Auswertung der Betroffenheiten eine Unterteilung in Rechengebiete vorgenommen. Vorrangig werden Straßenabschnitte gleicher Verkehrsfunktion und städtebaulicher Typologie zusammengefasst, bei denen (voraussichtlich) gleiche oder gleichwertige Lärminderungsmaßnahmen machbar sind. Für Isny im Allgäu wurde insgesamt sechs Rechengebiete definiert:

- B 12 – Schweinebach/Dorenwaid
- B 12 – Großholzleute
- B 12 – Ziegelstadel
- L 318 – Isny
- L 318 – Rengers und
- L 318 – Aigeltshofen.

Die Ergebnisse der Betroffenheitsanalyse nach RLS-19 werden in Tabelle 3 aufgeführt. Diese zeigt, dass entlang der untersuchten Strecken zusammengekommen 148 Personen von Überschreitungen des Auslösewertes von 65 dB(A) tags und 170 Personen von Überschreitungen des Auslösewertes von 55 dB(A) nachts betroffen sind. Insgesamt ist die Anzahl betroffener Personen im Vergleich zur Länge der Streckenabschnitte gering; jedoch ist die Höhe der ermittelten Lärmpegel beachtlich.

Rechengebiete	Anzahl betroffener Einwohner:innen								Belastungs- bereich
	Tag (06-22h)				Nacht (22-06h)				
	≥ 65 dB(A)	≥ 67 dB(A)	≥ 70 dB(A)	Max. Pegel dB(A)	≥ 55 dB(A)	≥ 57 dB(A)	≥ 60 dB(A)	Max. Pegel dB(A)	
B 12 - Schweinebach/Dorenwald	29	26	12	75	37	29	26	67	Nein
B 12 - Großholzleute	36	34	18	72	41	36	18	63	Ja
B 12 - Ziegelstadel	12	8	3	70	12	12	3	62	Nein
L 318 - Isny	35	12	1	70	36	22	5	60	Nein
L 318 - Rengers	21	19	19	74	27	21	19	66	Ja
L 318 - Aigeltshofen	15	12	3	72	17	15	5	64	Ja
Summe	148	111	56		170	135	76		

Tabelle 3: Betroffenheiten RLS-19 nach Rechengebieten

Aus dem Ergebnis der Lärmkartierung, der Betroffenheitsanalyse und der qualitativen Einzelfallbewertung werden die in den nachfolgenden Kapiteln beschriebenen Belastungsbereiche ermittelt. Merkmal eines Belastungsbereiches ist, dass der Straßenverkehrslärm die ganztägigen und/oder nächtlichen Auslöswerte 65/55 dB(A) an mehreren Immissionspunkten erreicht und/oder übertrifft. Abbildung 5 zeigt, an welchen Stellen entlang der untersuchten Strecken die Pegelwerte im Tageszeitraum überschritten werden. Abbildung 6 weist die räumliche Verteilung der Lärmbetroffenheiten im Nachtzeitraum aus.

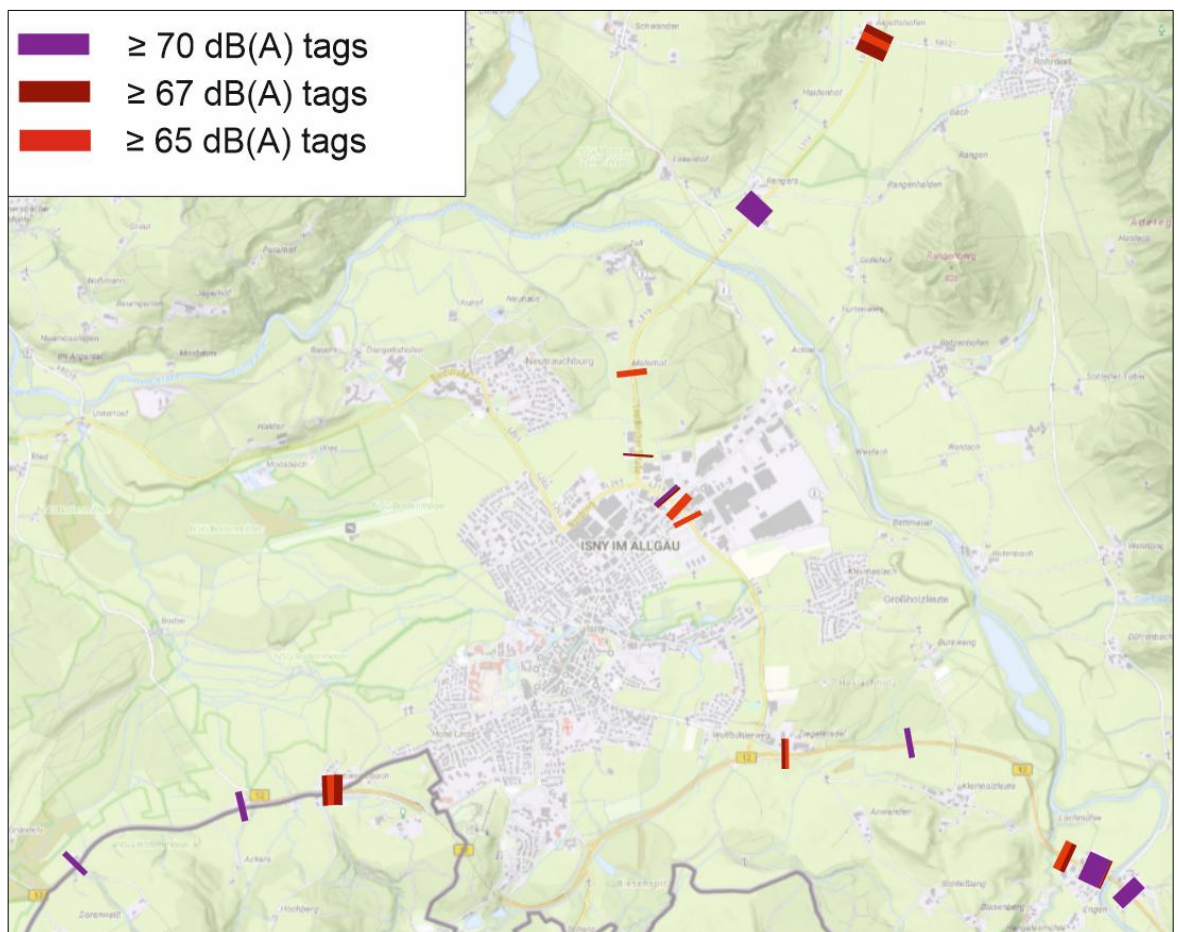


Abbildung 5: Übersicht Betroffenheiten Isny im Allgäu, Tageszeitraum

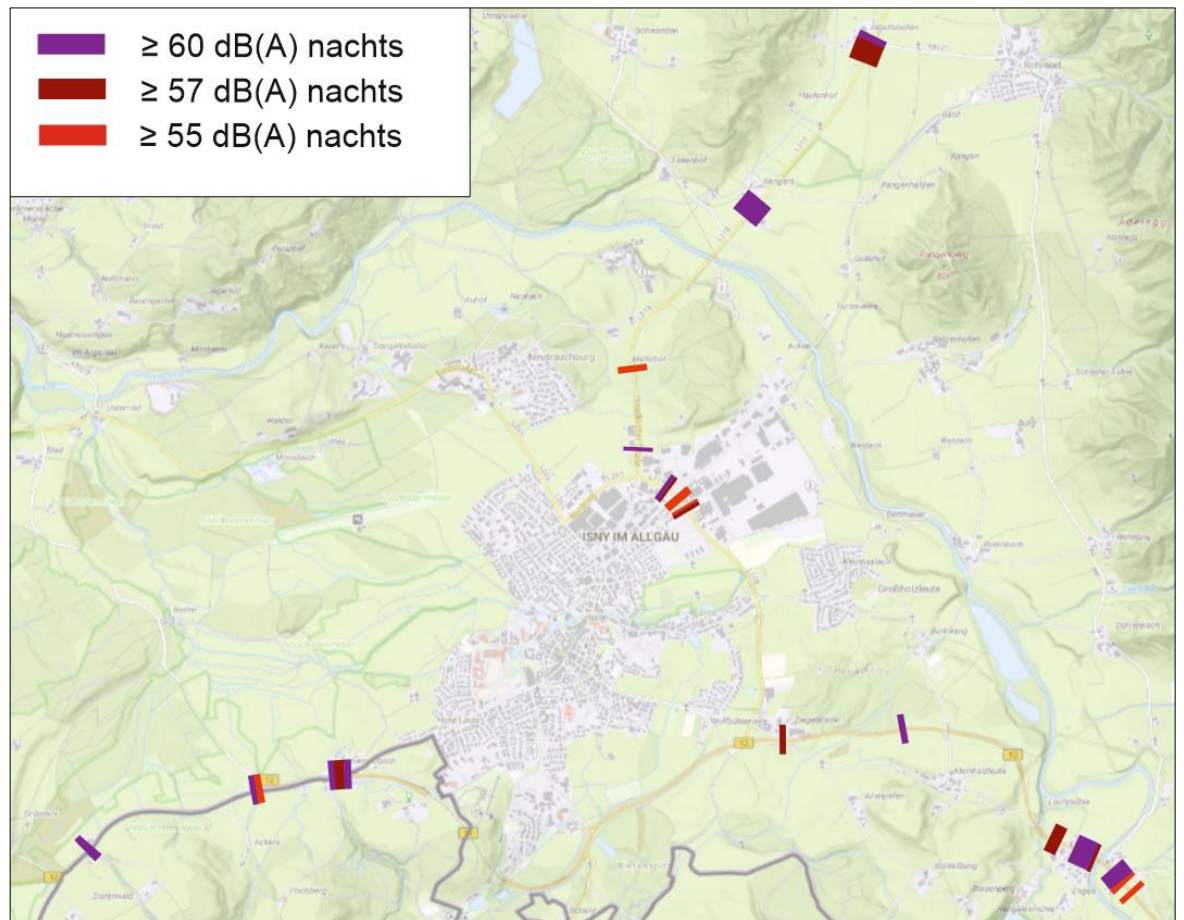


Abbildung 6: Übersicht Betroffenheiten Isny im Allgäu, Nachtzeitraum

2.3.1 Rechengebiet B 12 – Schweinebach/Dorenwaid

Im Bereich B 12 Schweinebach/Dorenwaid werden maximale Lärmpegel in Höhe von 75/67 dB(A) tags/nachts ermittelt. Die Lärmbelastung überschreitet somit die grundrechtliche Schwelle zur Gesundheitsgefährdung. Die Anzahl der betroffenen Hauptwohngebäude sowie die Anzahl der betroffenen Einwohner:innen entlang der B 12 Bebauung Schweinebach/Dorenwaid können nachfolgender Tabelle 4 entnommen werden.

B 12 - Schweinebach/ Dorenwaid	Tag (06-22h)			Nacht (22-06h)		
	≥ 65 dB(A)	≥ 67 dB(A)	≥ 70 dB(A)	≥ 55 dB(A)	≥ 57 dB(A)	≥ 60 dB(A)
Anzahl betroffener Wohngebäude	5	4	2	7	5	4
Anzahl betroffener Einwohner:innen	29	26	12	37	29	26

Tabelle 4: Anzahl betroffener Einwohner:innen nach Pegelklassen – B 12 Schweinebach/Dorenwaid

Der Belastungsbereich B 12 Schweinebach/Dorenwaid ist gekennzeichnet durch eine sehr lockere Anordnung der Bebauung entlang des Streckenabschnittes. Dadurch sind die Betroffenheiten für die Größe des Rechengebietes gering. Die Flächen entlang der B 12 in diesem Bereich sind, falls überhaupt, laut Flächennutzungsplan als Mischgebiet ausgewiesen (vergleiche hierzu Abbildung 7).



Abbildung 7: Gebäudelärmkarte Tag, B 12 Schweinebach/Dorenwaid

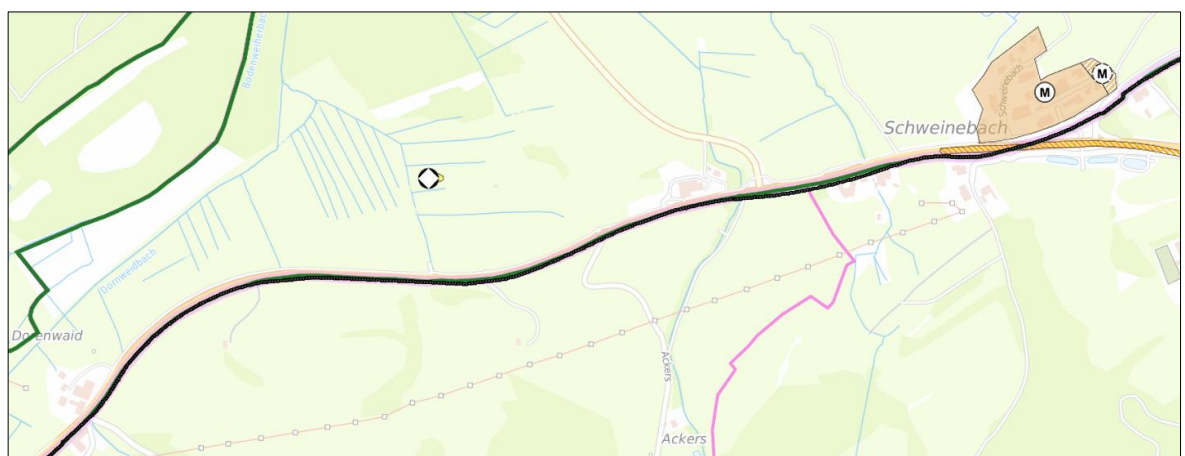


Abbildung 8: Flächennutzungsplan B 12 Schweinebach/Dorenwaid

2.3.2 Belastungsbereich B 12 – Großholzleute

Der Belastungsbereich B 12 – Großholzleute liegt im östlichen Teil der Gemarkung Isny im Allgäu. In dem Rechengebiet, welches durch dorftartige, lockere Bebauung gekennzeichnet ist, finden sich die höchsten Betroffenheiten. Die maximalen Lärmpegel betragen hier 72/63 dB(A) tags/nachts. Auch hier wird die Schwelle zur Gesundheitsgefährdung deutlich überschritten. Dies liegt meistens an der sehr kurzen Distanz zwischen Straße und Wohngebäude. Die Anzahl der betroffenen Hauptwohngebäude sowie die Anzahl der betroffenen Einwohner:innen entlang der B 12 Großholzleute können nachfolgender Tabelle 5 entnommen werden.

B 12 - Großholzleute	Tag (06-22h)			Nacht (22-06h)		
	≥ 65 dB(A)	≥ 67 dB(A)	≥ 70 dB(A)	≥ 55 dB(A)	≥ 57 dB(A)	≥ 60 dB(A)
Anzahl betroffener Wohngebäude	10	9	5	12	10	5
Anzahl betroffener Einwohner:innen	36	34	18	41	36	18

Tabelle 5: Anzahl betroffener Einwohner:innen nach Pegelklassen – B 12 Großholzleute

Innerhalb der Ortsdurchfahrt B 12 Großholzleute gilt bereits eine nächtliche Geschwindigkeitsbeschränkung von 30 km/h aus Lärmschutzgründen, die bei der Lärmpegelberechnung der LUBW berücksichtigt wurde.



Abbildung 9: Gebäudelärmkarte Tag, B 12 Großholzleute

Laut Flächennutzungsplan werden die Bereiche südlich und nördlich der B 12 im Bereich von Großholzleute sowohl der Wohngebiets- als auch der Mischgebietsnutzung zugeordnet.

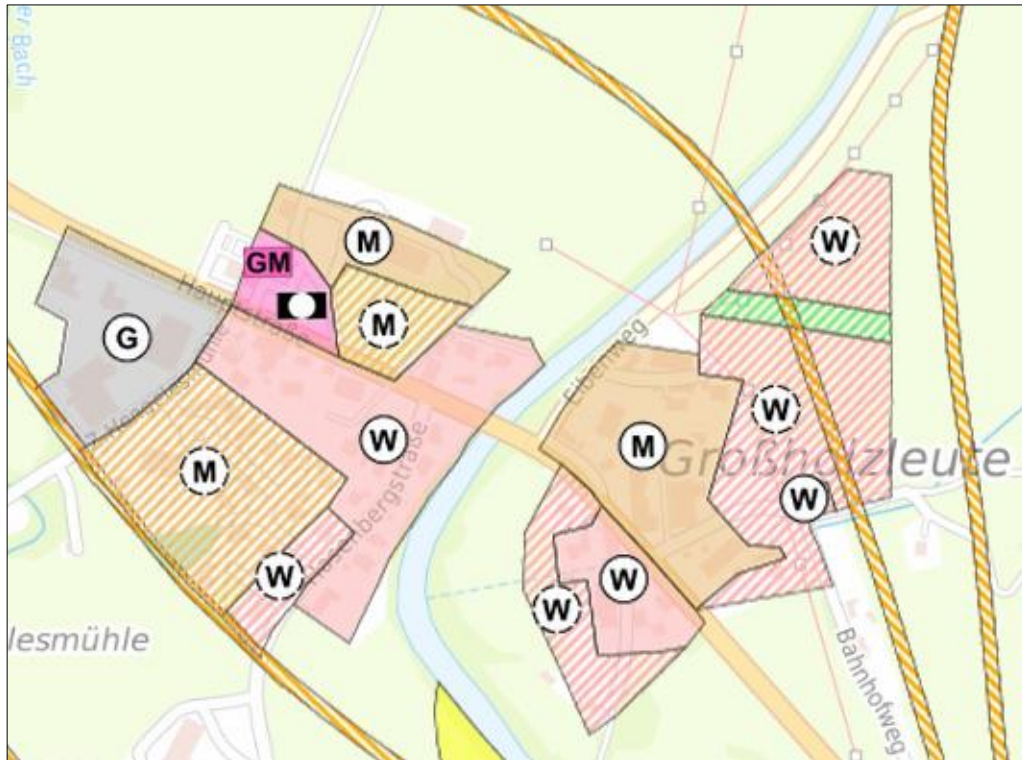


Abbildung 10: Flächennutzungsplan B 12 Großholzleute

2.3.3 Rechengebiet B 12 - Ziegelstadel

Das Rechengebiet B 12 Ziegelstadel ist als Gewerbe- und Mischgebiet im Flächennutzungsplan ausgewiesen. Der hier betrachtete Streckenabschnitt ist geprägt durch sehr lockere Bebauung zwischen Gebäuden mit Gewerbenutzung. Die Schwelle zur Gesundheitsgefährdung wird an einem Hauptwohngebäude erreicht beziehungsweise überschritten (Kleinholzleute 20). An diesem Hauptwohngebäude wurden die maximalen Lärmpegel in Höhe von 70/62 dB(A) tags/nachts ermittelt. Die Anzahl der betroffenen Hauptwohngebäude sowie die Anzahl der betroffenen Einwohner:innen entlang der B 12 Ziegelstadel können nachfolgender Tabelle 6 entnommen werden.

B 12 - Ziegelstadel	Tag (06-22h)			Nacht (22-06h)		
	≥ 65 dB(A)	≥ 67 dB(A)	≥ 70 dB(A)	≥ 55 dB(A)	≥ 57 dB(A)	≥ 60 dB(A)
Anzahl betroffener Wohngebäude	3	2	1	3	3	1
Anzahl betroffener Einwohner:innen	12	8	3	12	12	3

Tabelle 6: Anzahl betroffener Einwohner:innen nach Pegelklassen – B 12 Ziegelstadel

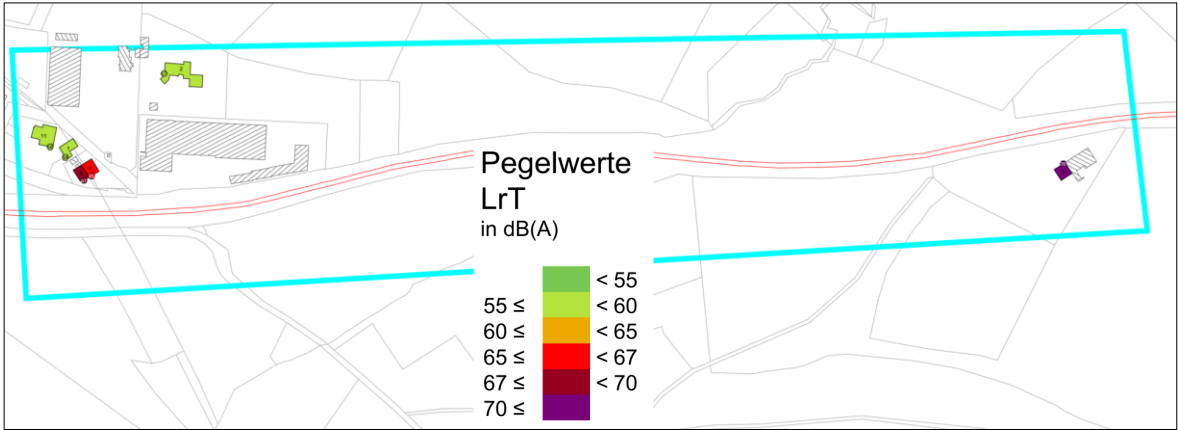


Abbildung 11: Gebäudelärmkarte Tag, B 12 Ziegelstadel

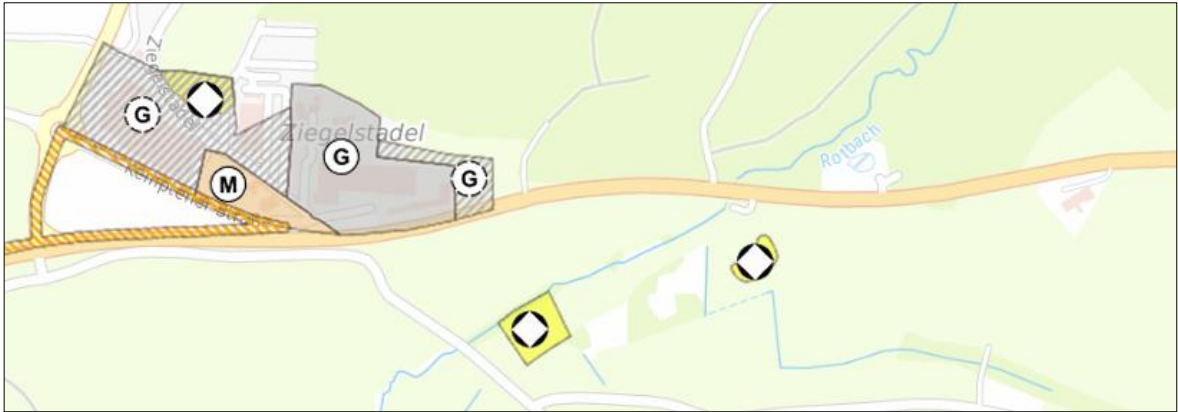


Abbildung 12: Flächennutzungsplan B 12 Ziegelstadel

Der Streckenabschnitt der B 12 Ziegelstadel wird aufgrund der geringen Lärmbetroffenheiten im Rahmen der Lärmaktionsplanung Stufe 4 nicht weiter berücksichtigt.

2.3.4 Rechengebiet L 318 Isny

Im Bereich entlang der L 318 Isny wurden maximale Lärmpegel in Höhe von 70 dB(A) am Tag und 60 dB(A) in der Nacht ermittelt. Die Anzahl der betroffenen Hauptwohngebäude sowie die Anzahl der betroffenen Einwohner:innen können nachfolgender Tabelle 7 entnommen werden. Die Anzahl der Lärmbetroffenheiten ist entlang des 1.000 Meter langen Streckenabschnittes der L 318 vergleichsweise gering.

L 318 - Isny	Tag (06-22h)			Nacht (22-06h)		
	≥ 65 dB(A)	≥ 67 dB(A)	≥ 70 dB(A)	≥ 55 dB(A)	≥ 57 dB(A)	≥ 60 dB(A)
Anzahl betroffener Wohngebäude	7	3	1	8	4	2
Anzahl betroffener Einwohner:innen	35	12	1	36	22	5

Tabelle 7: Anzahl betroffener Einwohner:innen nach Pegelklassen – L 318 Isny im Allgäu

Zum Großteil gilt entlang der L 318 in diesem hier betrachteten Rechengebiet eine beidseitige Geschwindigkeitsbeschränkung von 50 km/h ganztags.

Die am lautesten betroffenen Hauptwohngebäude befinden sich im direkten Umfeld des Kreisverkehrsplatzes L 318 / Achener Weg. Laut Flächennutzungsplan gibt es in diesem Bereich entlang der L 318 keine Wohnbauflächen, sondern vorwiegend Misch- und Gewerbegebietsflächen (vergleiche Abbildung 14).

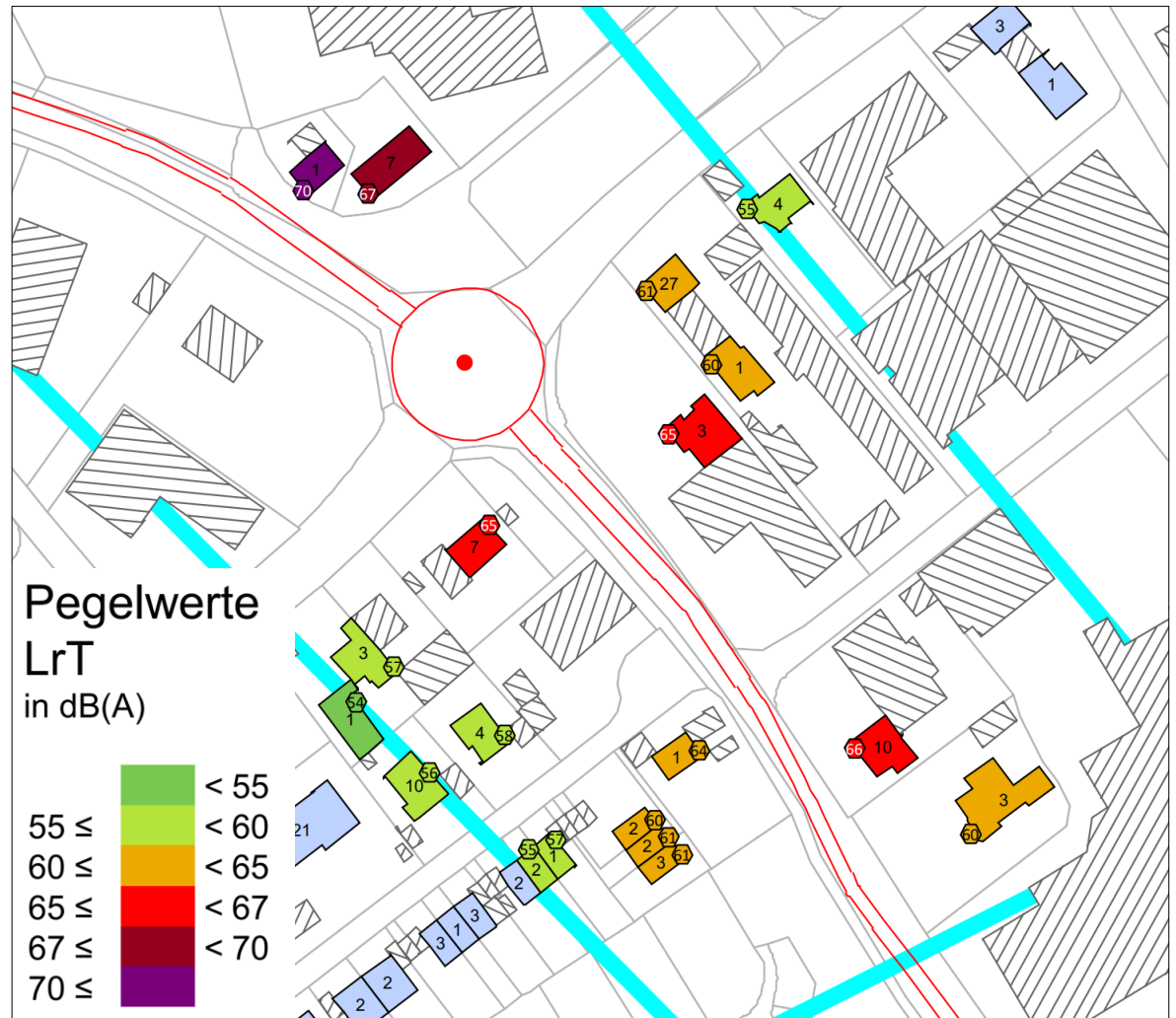


Abbildung 13: Gebäudelärmkarte Tag, L 318 Isny im Allgäu (Ausschnitt)

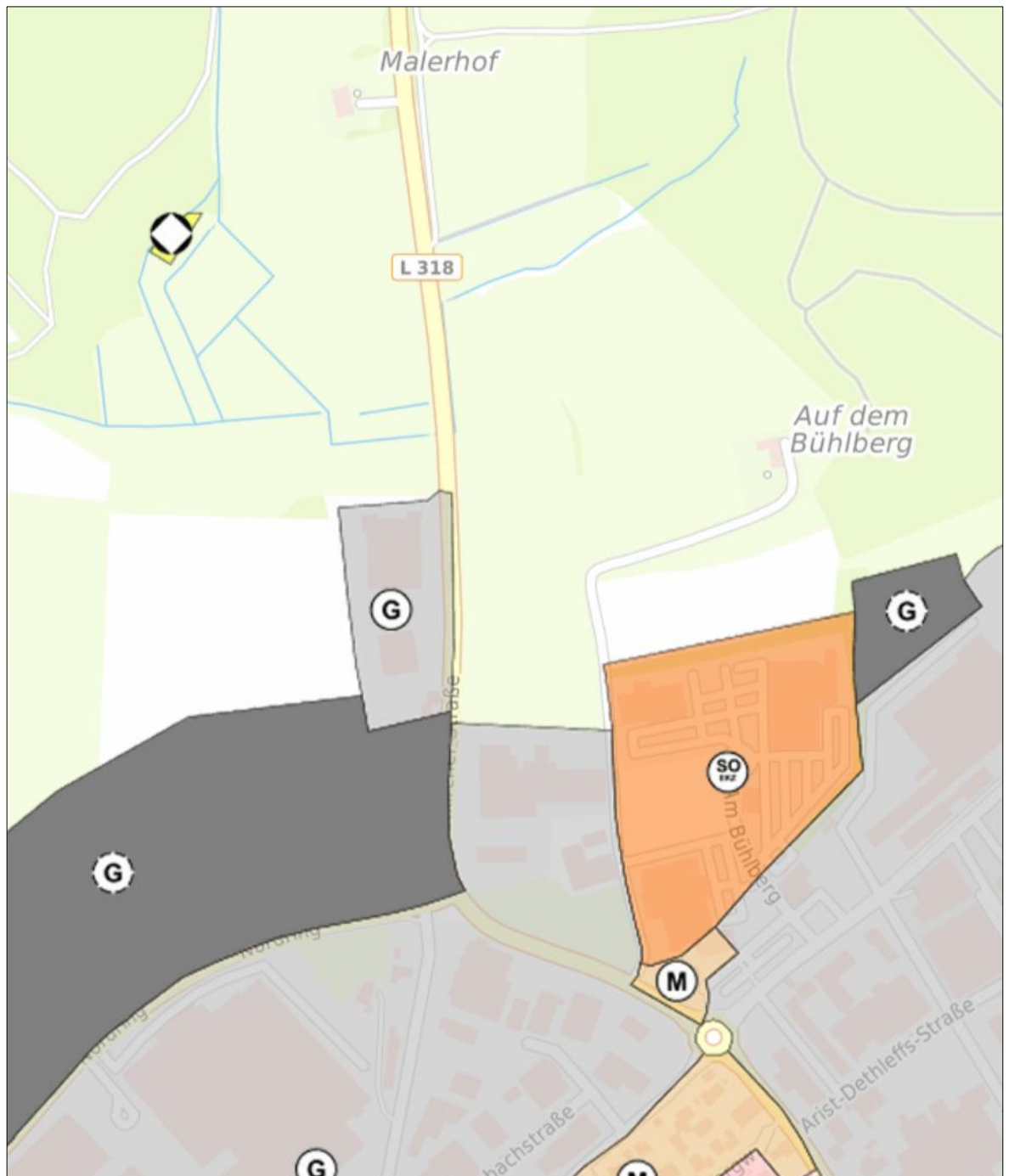


Abbildung 14: Flächennutzungsplan L 318 Isny im Allgäu (Auszug)

Der Streckenabschnitt der L 318 Isny aufgrund der geringen Lärmbetroffenheiten im Rahmen der Lärmaktionsplanung Stufe 4 nicht weiter berücksichtigt.

2.3.5 Belastungsbereich L 318 Rengers

Entlang der L 318 Bebauung Rengers werden maximale Lärmpegel in Höhe von 74/66 dB(A) tags/nachts ermittelt. Die Anzahl der betroffenen Hauptwohngebäude, sowie die Anzahl der betroffenen Einwohner:innen entlang der L 318 Bebauung Rengers können nachfolgender Tabelle 8 entnommen werden.

L 318 - Rengers	Tag (06-22h)			Nacht (22-06h)		
	≥ 65 dB(A)	≥ 67 dB(A)	≥ 70 dB(A)	≥ 55 dB(A)	≥ 57 dB(A)	≥ 60 dB(A)
Anzahl betroffener Wohngebäude	6	5	5	7	6	5
Anzahl betroffener Einwohner:innen	21	19	19	27	21	19

Tabelle 8: Anzahl betroffener Einwohner:innen nach Pegelklassen – L 318 Rengers

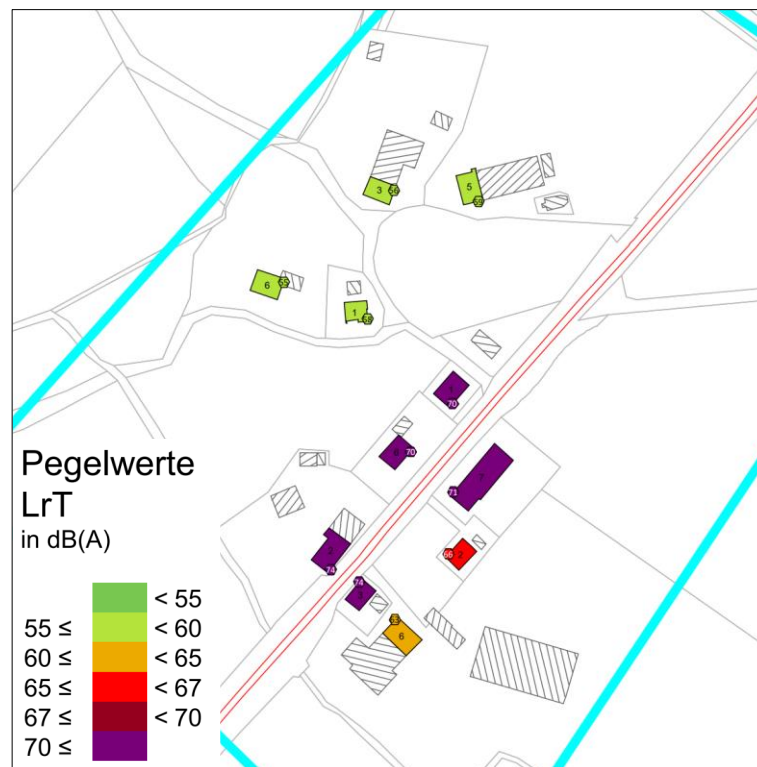


Abbildung 15: Ausschnitt Gebäudelärmkarte L 318 Rengers (Tageszeitraum)

Die wenigen Hauptwohngebäude der Bebauung Rengers sind in 1. Baureihe allesamt von Überschreitungen der Lärmpegel 70/60 dB(A) tags/nachts betroffen. Das heißt an diesen Gebäuden ist die grundrechtliche Schwelle der Gesundheitsgefährdung überschritten. Im Bereich der Bebauung Rengers gilt derzeit eine beidseitige Geschwindigkeitsbeschränkung von 70 km/h.

2.3.6 Belastungsbereich L 318 Aigeltshofen

Entlang der L 318 Aigeltshofen wurden maximale Lärmpegel in Höhe von 72 dB(A) am Tag und 64 dB(A) in der Nacht ermittelt. Die Anzahl der betroffenen Hauptwohngebäude sowie die Anzahl der betroffenen Einwohner:innen können nachfolgender Tabelle 7 entnommen werden. Von Überschreitung 70 dB(A) tags ist lediglich

das Hauptwohngebäude «Albrechtshof 1» betroffen. Im diesem Bereich gilt beidseitig eine Geschwindigkeitsbeschränkung von 100 km/h. Im Bereich der Bebauung Aigeltschhofen beträgt die zulässige Höchstgeschwindigkeit derzeit 70 km/h.

L 318 - Aigeltschhofen	Tag (06-22h)			Nacht (22-06h)		
	≥ 65 dB(A)	≥ 67 dB(A)	≥ 70 dB(A)	≥ 55 dB(A)	≥ 57 dB(A)	≥ 60 dB(A)
Anzahl betroffener Wohngebäude	5	4	1	6	5	2
Anzahl betroffener Einwohner:innen	15	12	3	17	15	5

Tabelle 9: Anzahl betroffener Einwohner:innen nach Pegelklassen – L 318 Aigeltschhofen

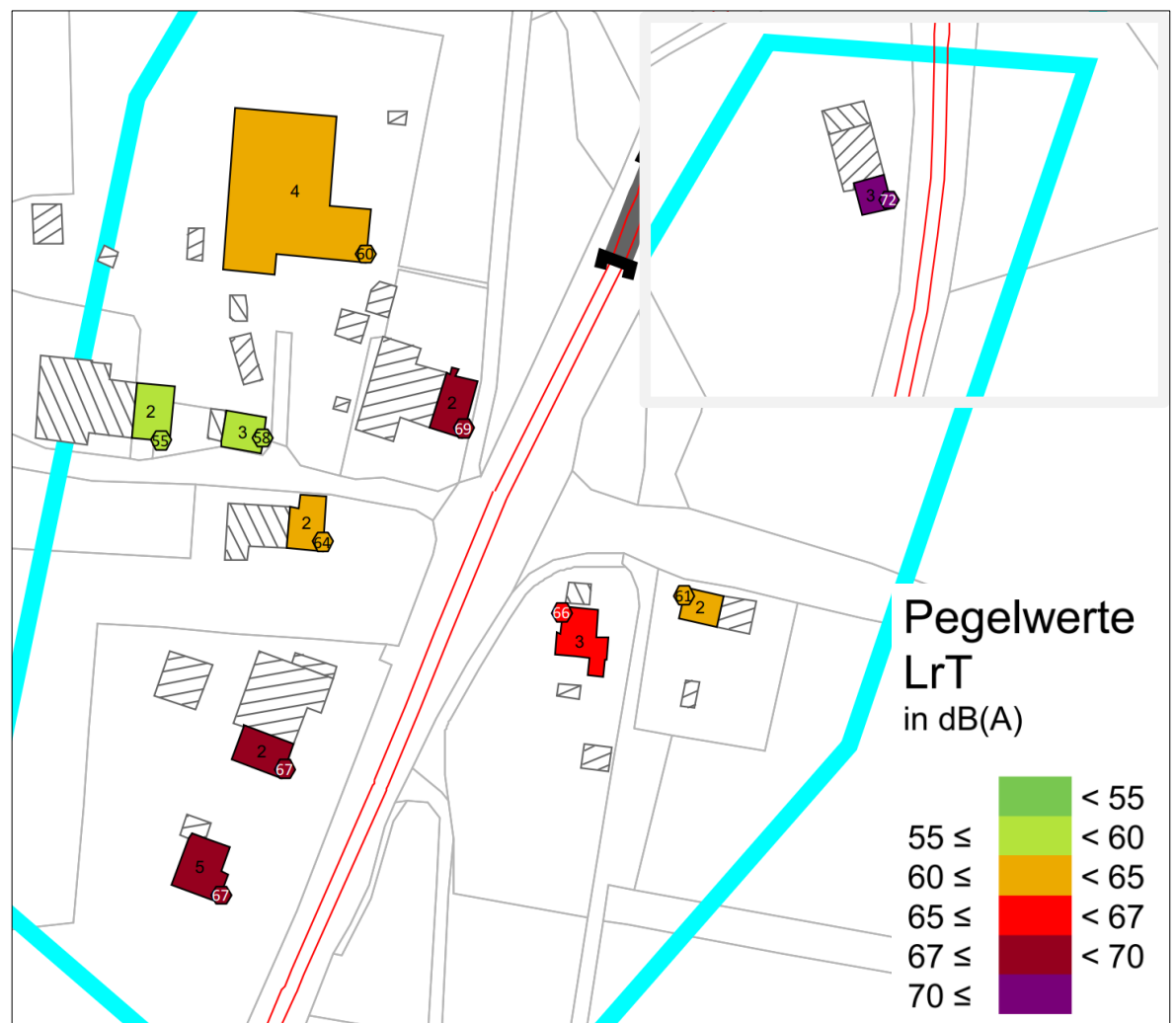


Abbildung 16: Gebäudelärmkarte Tag, L 318 Aigeltschhofen

2.4 Bereits durchgeführte Lärmschutzmaßnahmen

Im Rahmen der bisherigen kommunalen Lärmaktionsplanung wurden bereits Lärminderungsmaßnahmen festgesetzt, welche noch nicht vollständig umgesetzt sind.

Maßnahmen Lärmaktionsplan Stufe 2 und 3	Umsetzung
Neubau der Umfahrung Isny: • LS-Wand, B 12 Tunnelauslass Ost (Schweinebach), einseitig, Höhe 1,8 m • LS-Wand, B 12 Einmündung Maierhöfener Straße, einseitig, Höhe 2,0 m • LS-Wand, B 12 zum Schutz der Bebauung Dorenwaid 1 und 2, einseitig, Höhe: 1,5 m (mittlerweile Erneuerung der Wand in Form einer Metallwand ohne absorbierende jedoch reflektierende Wirkung)	Umgesetzt
Lärmschutzbauwerke westlich der L 318, im Bereich südlich des Kreisverkehrs Achener Weg	Unbekannt
Vielfältige Maßnahmen zum Ausbau des Radwegenetzes aufgrund der Radverkehrskonzeption	Umgesetzt
Geschwindigkeitsbeschränkung 30 km/h nachts aus Lärmschutzgründen für den Teilbereich der B 12 OD Großholzleute: 400 m ab Einmündung Zur Hengelesmühle und endend in Höhe des Gebäudes Hauptstraße 28	Umgesetzt
Anregung zur Errichtung eines zweiten stationären Kontrollgerätes in der Ortsmitte von Großholzleute zur Kontrolle der zulässigen Höchstgeschwindigkeit. Anregung zur Errichtung sog. Anzeigedisplays sowohl an dem östlichen als auch westlichen Ortseingang.	Nicht umgesetzt
Anregung zur Einengung des Fahrbahnbereichs der B 12 Ortsdurchfahrt Großholzleute durch die Realisierung eines einseitigen Fahrradstreifens und die Pflanzung straßenbegleitender Bäume.	Nicht umgesetzt
Anregung zum Bau der Ortsumfahrung B 12 Großholzleute	Nicht umgesetzt
B 12 Dorenwaid / Schweinebach: Anregung zur Errichtung eines bepflanzten Lärmschutzwalls zum Schutz der Wohnbebauung Schweinebach.	Nicht umgesetzt

Tabelle 10: Lärminderungsmaßnahmen aus Lärmaktionsplanung Stufe 2 / 3

2.5 Wirkungsanalyse und Abwägung der Geschwindigkeitsbeschränkungen

Eine Geschwindigkeitsreduzierung stellt eine schalltechnisch wirksame Maßnahme dar, welche schnell und kostengünstig realisierbar ist. Mit einer Geschwindigkeitsreduzierung beispielsweise von 50 km/h anstatt 70 km/h können die Schallleistungspegel um bis zu 3 dB(A) gesenkt werden. Geschwindigkeitsbeschränkungen sind allerdings nur als Überbrückungsmaßnahme bis zur Realisierung nachhaltiger baulicher Lärmschutzmaßnahmen gedacht.

Entlang der L 318 Bebauung Rengers / Aigeltshofen gelten bereits abschnittsweise Geschwindigkeitsbeschränkungen von 70 km/h. Diese wurden aus verkehrlichen Gründen angeordnet. Im Rahmen der Wirkungsanalyse wird nun die straßenverkehrsrechtliche Geschwindigkeitsbeschränkung Tempo 50 ganztags entlang der L 318 Rengers und Aigeltshofen auf ihre Wirkung hin geprüft (s. Abbildung 17). Ebenfalls wird die schalltechnische Wirksamkeit einer ganztägigen Geschwindigkeitsbeschränkung von 30 km/h (anstatt nur 30 km/h nachts) entlang der B 12 Großholzleute untersucht. Die Berechnung erfolgt dabei, wie auch bereits bei der Lärmkartierung, nach RLS-19. Die Lärmpegel werden für Hauptwohngebäude in 4 m über Grund berechnet.

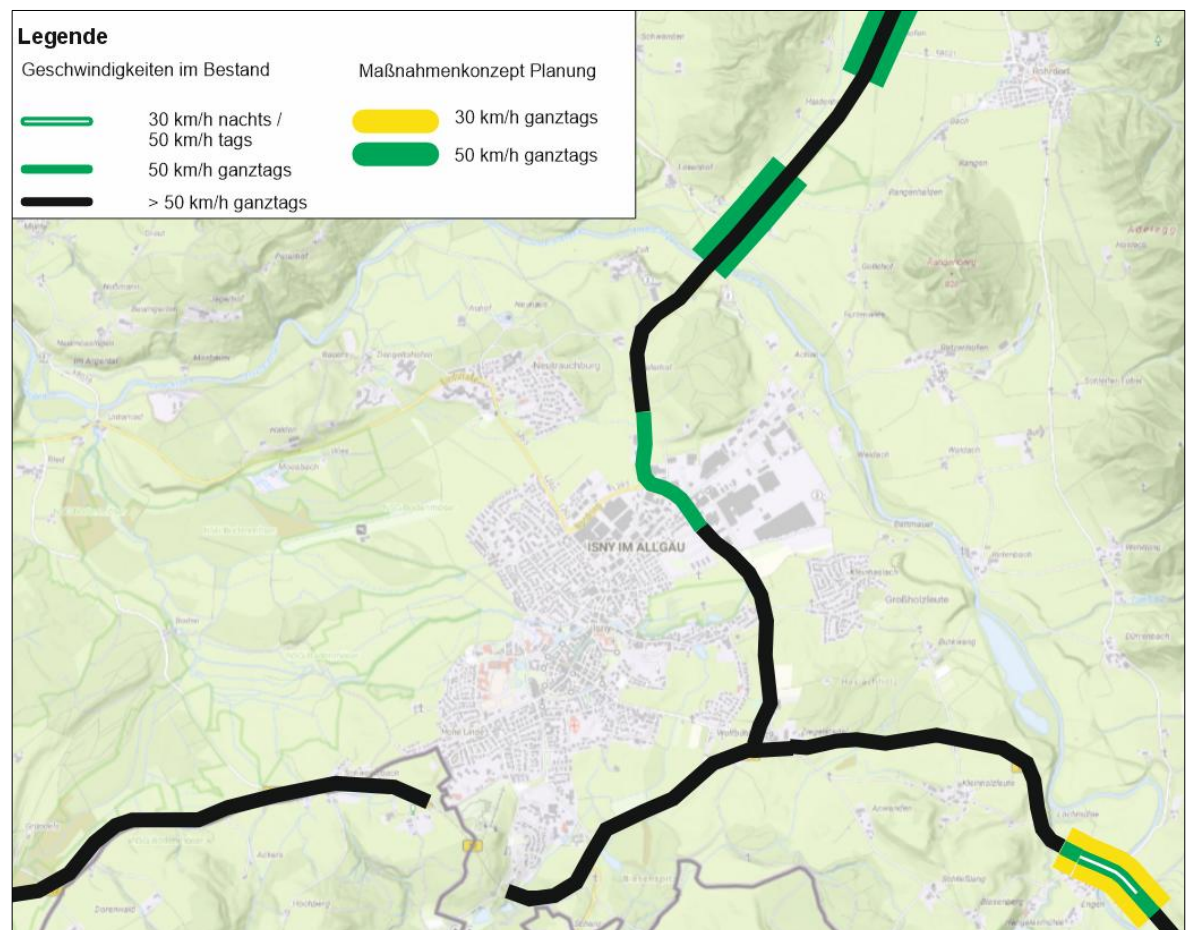


Abbildung 17: Zu untersuchende Geschwindigkeitsreduzierungen Isny im Allgäu

Das Ergebnis der Wirkungsanalyse nach RLS-19 wird wie folgt dargestellt:

- Differenzkarte ohne/mit 30 km/h für den Zeitbereich Tag/Nacht und Gebäudelärmkarte mit 30 km/h für den Zeitbereich Tag/Nacht, B 12 Großholzleute

- Differenzenkarte ohne/mit 50 km/h für den Zeitbereich Tag/Nacht und Gebäudelärmkarte mit 50 km/h für den Zeitbereich Tag/Nacht, L 318 Rengers / Aigeltshofen

Die Anordnung von Geschwindigkeitsbeschränkungen aus Lärmschutzgründen setzt voraus, dass die Tatbestandsvoraussetzungen des § 45 Abs. 9 Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) vorliegen. Danach dürfen entsprechende Maßnahmen „nur angeordnet werden, wenn aufgrund der besonderen örtlichen Verhältnisse eine Gefahrenlage besteht, die das allgemeine Risiko einer Beeinträchtigung ... erheblich übersteigt“. Die Rechtsprechung orientiert sich bei der Identifizierung der Gefahrenlage an den Grenzwerten der Verkehrs-lärmschutzverordnung (16. BImSchV).

Ferner heißt es im Kooperationserlass vom 08.02.2023: Werden die Immissionsgrenzwerte überschritten, haben die Lärmbetroffenen regelmäßig einen Anspruch auf ermessensfehlerfreie Entscheidung über eine verkehrsbeschränkende Maßnahme (VGH Baden-Württemberg, Az. 10 S 2449/17, Rn. 33). Bei der Ermessensausübung zu straßenverkehrsrechtlichen Lärmschutzmaßnahmen ist in Bereichen, die dem Wohnen dienen, zu beachten, dass nach der Lärmwirkungsforschung Werte ab 65 dB(A) tags und 55 dB(A) nachts im gesundheitskritischen Bereich liegen (vgl. VGH Baden-Württemberg, Urteil vom 17. Juli 2018, Az. 10 S 2449/17, Rn. 36). Bestehen deutliche Betroffenheiten mit Lärmpegeln über den genannten Werten, verdichtet sich das Ermessen zum Einschreiten. Bei einer Überschreitung dieser Werte um 2 dB(A) reduziert sich das Ermessen hin zur grundsätzlichen Pflicht zur Anordnung bzw. Durchführung von Maßnahmen auf den betroffenen Straßenabschnitten.

Im Folgenden wird eine Abwägung der untersuchten Maßnahmen durchgeführt, bei der die Aspekte Lärmminde rungswirkung, Verkehrssicherheit, Aufenthaltsqualität, Verträglichkeit zwischen Kfz- und Rad-/Fußverkehr, Verlagerungseffekte, Verkehrsfluss, Fahrzeitverlust, Auswirkungen auf den ÖPNV, die Akzeptanz, Luftreinhal tung/Luftschadstoffe, Festsetzung von milderer Mitteln sowie die Anpassung von Lichtsignalanlagen berück sichtigt werden.

2.5.1 Lärminderung / Reduktion der Betroffenheiten

Das schalltechnische Wirkungspotential der Maßnahmen Tempo 50 anstatt Tempo 70 entlang der L 318 Rengers / L 318 Aigeltshofen sowie Tempo 30 ganztags anstatt Tempo 30 nachts / Tempo 50 ganztags entlang der B 12 Großholzleute wird in Tabelle 11 und Abbildung 18 bis Abbildung 20 dargestellt.

Rechengebiet		Tag (06-22h)			Nacht (22-06h)		
		Betroffene ≥ 65 dB(A)	Betroffene ≥ 67 dB(A)	Betroffene ≥ 70 dB(A)	Betroffene ≥ 55 dB(A)	Betroffene ≥ 57 dB(A)	Betroffene ≥ 60 dB(A)
B 12 - Großholzleute	Lärmkartierung	36	34	18	41	36	18
	Wirkungsanalyse (30 km/h ganztags)	34	18	9	38	36	18
	Differenz	2	16	9	3	0	0
L 318 - Rengers	Lärmkartierung	21	19	19	27	21	19
	Wirkungsanalyse (50 km/h ganztags)	19	19	5	19	19	5
	Differenz	2	0	14	8	2	14
L 318 - Aigeltshofen	Lärmkartierung	15	12	3	17	15	5
	Wirkungsanalyse (50 km/h ganztags)	5	3	3	15	5	3
	Differenz	10	9	0	2	10	2
Summe betroffener Einwohner:innen Lärmkartierung		72	65	40	85	72	42
Summe betroffener Einwohner:innen Wirkungsanalyse		58	40	17	72	60	26
Differenz		14	25	23	13	12	16
Differenz in %		19%	38%	58%	15%	17%	38%

Tabelle 11: Vergleich betroffene Einwohner:innen mit/ohne Tempo 30/50

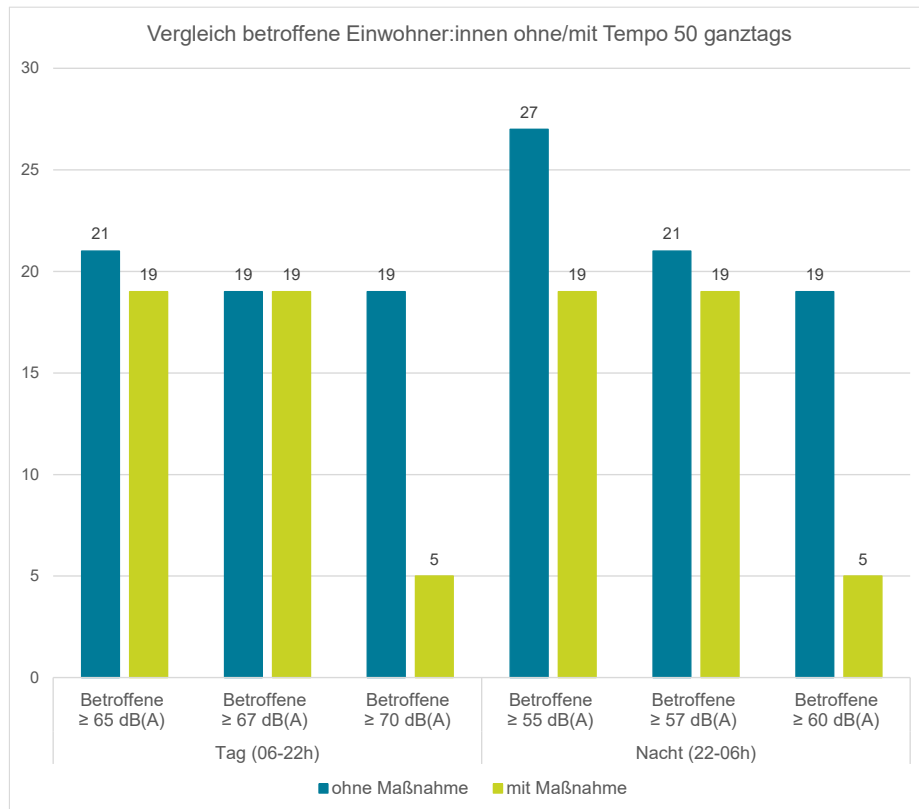


Abbildung 18: Vergleich Lärmbetroffenheiten L 318 Rengers, mit/ohne Tempo 50

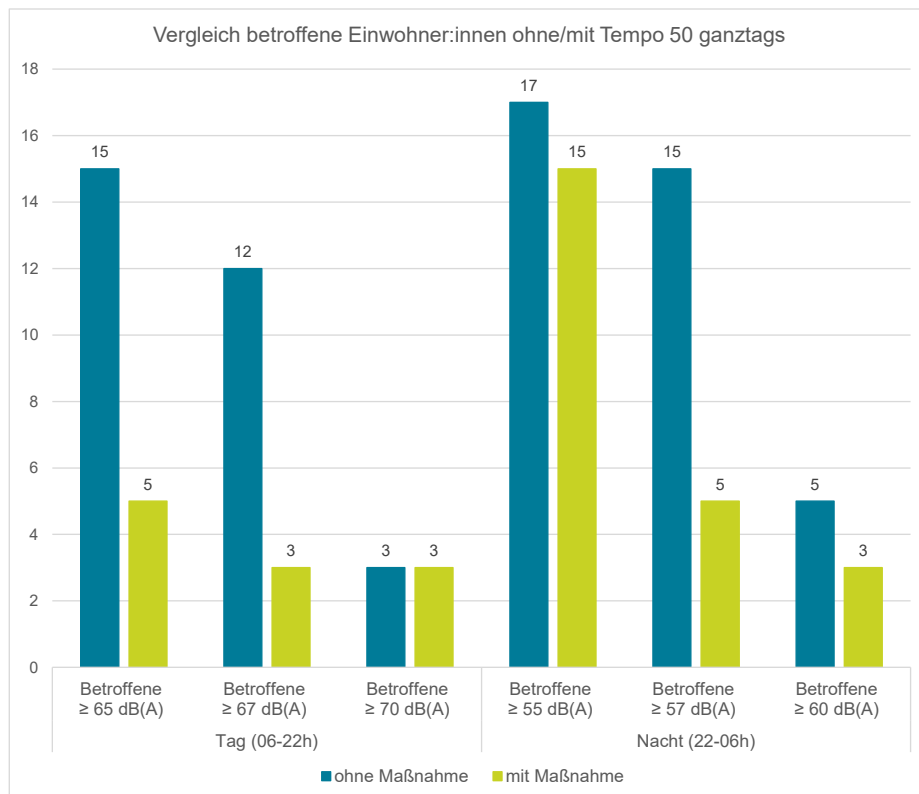


Abbildung 19: Vergleich Lärmbetroffenheiten L 318 Aigelsthofen, mit/ohne Tempo 50

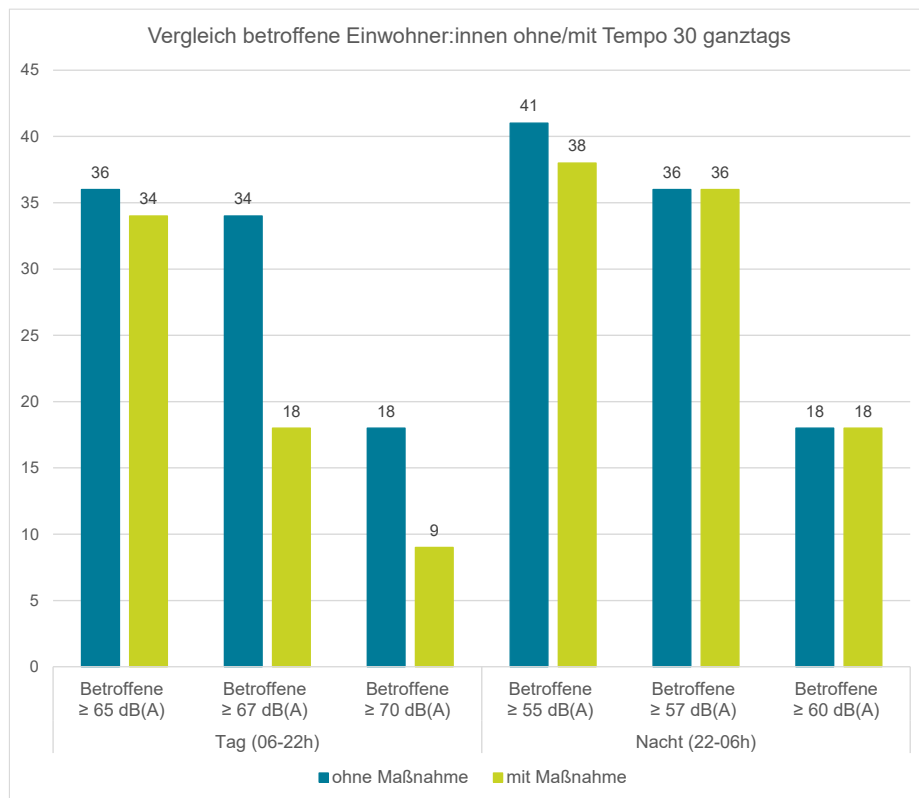


Abbildung 20: Vergleich Lärmbetroffenheiten B 12 Großholzleute, mit/ohne Tempo 30 ganztags

Ziel der Lärmaktionsplanung ist es, die Lärmbelastungen unter die Auslösewerte (65/55 dB(A) tags/nachts) zu senken. Keine der untersuchten Geschwindigkeitsbeschränkung erreicht eine vollständige Reduktion der Lärmbetroffenheiten $\geq 65/55$ dB(A) tags/nachts. Werden nicht alle Betroffenheiten im Umfeld unter die Auslösewerte gebracht, lässt das nicht eine geringe Wirksamkeit erkennen, sondern, dass die ursprüngliche Lärmbelastung um mehr als die maximale Pegelreduktion über den Auslösewerten liegt. Eine geringere prozentuale Reduzierung der betroffenen Einwohner:innen unter die Auslösewerte zeigt somit vielmehr die Dringlichkeit der Maßnahme aufgrund der hohen Lärmvorbelastungen.

Im Änderungsbereich der L 318 Rengers und L 318 Aigeltshofen, für den eine ganztägige Geschwindigkeitsbeschränkung von 50 km/h untersucht wurde, können die Lärmbetroffenheiten zwar gesenkt, jedoch weder unter die Pflicht- noch unter die Auslösewerte gebracht werden. Dies liegt daran, dass an den betroffenen Gebäuden meist Lärmpegel oberhalb der Pflichtwerte 67/57 dB(A) tags/nachts ermittelt wurden. Eine beidseitige Geschwindigkeitsbeschränkung von 50 km/h mindert die Schalleistungspegel um maximal 3,0 dB(A).

Im Änderungsbereich der B 12 Großholzleute, für den eine ganztägige Geschwindigkeitsbeschränkung von 30 km/h untersucht wurde, können die Lärmbetroffenheiten oberhalb des Pflichtwertes 67 dB(A) tags deutlich gesenkt werden. So können beispielsweise die Lärmbetroffenheiten ≥ 70 dB(A) tags (18 Personen) durch die untersuchte Maßnahme halbiert werden.

2.5.2 Fahrzeitverlust motorisierter Individualverkehr (MIV)

Die Fahrzeitverluste bei Konstantfahrt lassen sich theoretisch errechnen⁷. Der tatsächliche Fahrzeitverlust ist nachweislich jedoch deutlich geringer, denn Konstantfahrten von Kraftfahrzeugen treten an innerörtlichen

⁷ Verlustzeiten wurden unter vereinfachten Rahmenbedingungen (Konstantfahrt, gesamte Strecke) ermittelt.

Hauptverkehrsstraßen aufgrund von Lichtsignalanlagen, Querungsvorgängen, ein- und abbiegenden Fahrzeugen, Parkvorgängen etc. sehr selten ein. Zwar sind die Streckenabschnitte L 318 Bebauung Rengers und Aigeltshofen sowie die B 12 Ortsdurchfahrt Großholzleute eher nicht vergleichbar mit einer innerörtlichen Hauptverkehrsstraße, dennoch gibt es Einmündung in L 318 / B 12 und mehrere Zu-/Ausfahrten zu den angrenzenden Hauptwohngebäuden neben der L 318 / B 12.

Tabelle 12 zeigt die theoretisch errechneten Fahrzeitverluste für die beiden Abschnitte der L 318, in denen eine Geschwindigkeitsreduzierung von 50 km/h untersucht wurde. Der Kooperationserlass besagt, dass eine mögliche Fahrzeitverlängerung infolge einer straßenverkehrsrechtlichen Lärmschutzmaßnahme in der Regel als nicht ausschlaggebend erachtet wird, wenn diese nicht mehr als 30 Sekunden beträgt. Die theoretischen und praktischen Fahrzeitverluste entlang der L 318 Rengers / L 318 Aigeltshofen überschreiten diese Unerheblichkeitsschwelle nicht. Werden beide Änderungsbereiche der L 318 hintereinander befahren, ergibt sich ein theoretischer Fahrzeitverlust in Höhe von 14 Sekunden.

Abschnitt	Länge (km)	Theor. Fahrzeitverlust in Sek. MIV
T50		
L 318 Rengers	0.40	8
L 318 Aigeltshofen	0.31	6

Tabelle 12: Theoretischer Fahrzeitverlust für den MIV (Tempo 50)

Tabelle 13 zeigt die theoretisch errechneten Fahrzeitverluste für den 440m langen Streckenabschnitt der B 12 Großholzleute, für den eine Geschwindigkeitsreduzierung von 30 km/h tags untersucht wurde. Der theoretische Fahrzeitverlust in Höhe von neun Sekunden kommt nur tagsüber im Zeitraum zwischen 6 und 22 Uhr zum Tragen, da nachts in diesem Streckenabschnitt bereits Tempo 30 gilt. Mit der räumlichen Ausweitung der Geschwindigkeitsbeschränkung 30 km/h ganztags (anstatt 50 km/h ganztags) wird ein theoretischer Fahrzeitverlust von maximal vier Sekunden errechnet. In Summe ergibt sich somit ein Fahrzeitverlust in Höhe von 13 Sekunden – die Unerheblichkeitsschwelle des Kooperationserlasses von 30 Sekunden wird damit unterschritten.

Abschnitt	Länge (km)	Theor. Fahrzeitverlust in Sek. MIV
T30		
B 12 Großholzleute (Tempo 30 nachts)	0.44	9
B 12 Großholzleute (Tempo 50 ganztags)	0.18	4

Tabelle 13: Theoretischer Fahrzeitverlust für den MIV (Tempo 30)

2.5.3 Fahrzeitverlust ÖPNV

Im Linienbusverkehr sind die Fahrzeitverluste tendenziell niedriger als im Individualverkehr, da der Linienbusverkehr maßgeblich von anderen Faktoren, wie Lage und Abstände der Haltestellen, Fahrgastwechsel, Standzeiten an den Haltestellen etc. abhängt. Wenn sich auf der Strecke Halte ergeben (z.B. durch Signalanlagen oder Haltestellen) ist der Fahrzeitverlust entsprechend geringer (da sich der mit Regelgeschwindigkeit befahrene Streckenanteil reduziert).

Im Kooperationserlass 2023 heißt es, dass bei einer Herabsetzung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h auf 30 km/h für den ÖPNV überschlägig von einer Fahrzeitverlängerung von 20 Sekunden pro 1.000

Meter ausgegangen werden kann. Dieser Ansatz wird zur Ermittlung der theoretischen Fahrzeitverluste für den ÖPNV entlang der L 318 / B 12 nicht übertragen. Abbildung 21 zeigt das ÖPNV-Netz auf Gemarkung Isny im Allgäu.

Verkehrt eine Linie in mehreren Änderungsbereichen, ist der gesamthafte Fahrzeitverlust zu berücksichtigen. Dies trifft auf die Buslinie 7551 zu. Es wird davon ausgegangen, dass der theoretische Fahrzeitverlust für den ÖPNV bei Tempo 70 bzw. Tempo 50 entlang der Änderungsbereiche gegenüber der bisherigen Bestandsgeschwindigkeit geringer ausfällt als der theoretische Fahrzeitverlust im MIV. Damit wird die Unerheblichkeitsschwelle von 30 Sekunden Fahrzeitverlust für den ÖPNV nicht überschritten. Auch der Fahrzeitverlust der Buslinie 50 erscheint bei einer Reduzierung der Geschwindigkeit von 50 km/h tags / 30 km/h nachts auf 30 km/h ganztags akzeptabel.



Abbildung 21: ÖPNV-Netz Isny im Allgäu (Quelle: öpnvkarte.de)

Der Kooperationserlass besagt, dass, sofern Bedenken gegen eine vorgesehene Geschwindigkeitsbeschränkung bestehen, der Aufgabenträger bzw. die jeweiligen Verkehrsunternehmen solche Verzögerungen und ihre

Auswirkungen im Rahmen der Beteiligung quantifiziert und konkret darlegen sollten. Möglichkeiten, durch flankierende Maßnahmen zur Beschleunigung des ÖPNVs beizutragen (Busspuren, Haltestellenkaps, Digitalisierung), sollten im Zuge der kooperativen Maßnahmenplanung in den Blick genommen werden.

2.5.4 Verkehrssicherheit

Die Verkehrssicherheit kann durch Geschwindigkeitsreduzierungen deutlich erhöht werden, da sich die Anhaltewege bei geringeren Geschwindigkeiten verkürzen (s. Abbildung 22). Laut der Unfallkasse und der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege reduziert sich der Anhalteweg bei Tempo 50 anstatt Tempo 70 um ca. 40%. Verkehrsteilnehmende können bei niedrigeren Geschwindigkeiten mehr Details im Verkehrsraum wahrnehmen und infolgedessen früher reagieren. Sowohl das Unfallrisiko als auch die Unfallschwere sind bei Tempo 50 wesentlich geringer. Gleiches kann auf die Geschwindigkeitsreduzierung Tempo 30 anstatt Tempo 50 übertragen werden.

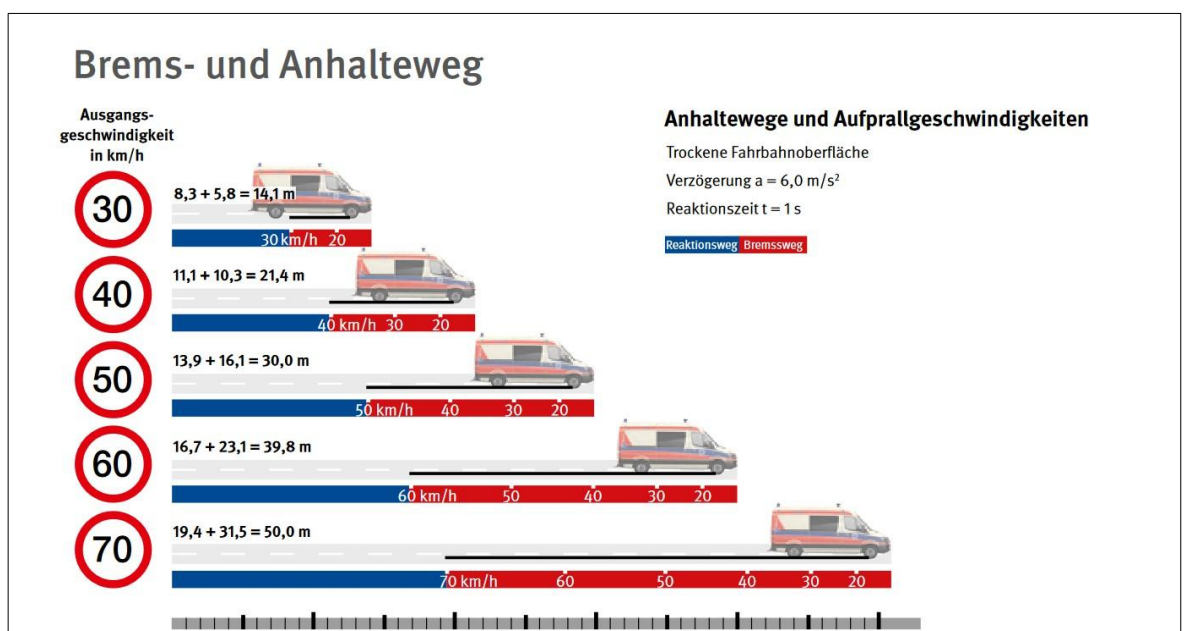


Abbildung 22: Brems- und Anhalteweg bei unterschiedlichen Geschwindigkeiten

2.5.5 Aufenthaltsqualität

Geschwindigkeitsreduzierungen verbessern die lokale Lebens- und Aufenthaltsqualität des öffentlichen Raumes. Lärm- und Schadstoffreduktionen sowie eine erhöhte Sicherheit bewirken eine wesentliche Erhöhung der Aufenthaltsqualität. Insbesondere in Straßenzügen mit Wohncharakter oder in Straßen, wo sich aufgrund unterschiedlicher Nutzungen viele Menschen aufhalten, spielt eine hohe Aufenthaltsqualität für das Wohlbefinden der Menschen eine große Rolle. Die hier betrachteten Straßenzüge der B 12 Ortsdurchfahrt Großholzleute und L 318 Rengers / L 318 Aigelshofen haben einen außerörtlichen Charakter mit einem geringen Anteil an Wohnbebauung. Je geringer die gefahrene Geschwindigkeit des Kfz-Verkehrs ist, desto höher ist die Aufenthaltsqualität entlang der B 12 und L 318.

2.5.6 Verträglichkeit zwischen Kfz- und Rad-/Fußverkehr

Die Verträglichkeit zwischen Kfz- und Rad-/Fußverkehr wird bei geringeren Geschwindigkeiten erhöht. Die Koexistenz der unterschiedlichen Verkehrsträger wird gefördert. Fußgänger:innen profitieren insbesondere

beim Queren von einem erhöhten Sicherheitsgefühl sowie grundsätzlich von der benannten erhöhten Aufenthaltsqualität.

Entlang der B 12 Ortsdurchfahrt Großholzleute gibt es einen gemeinsamen Geh- und Radweg. Dieser ist im Bereich Eibenweg bis Ortsein-/ausgang Ost nur einseitig vorhanden (südlich der Fahrbahn B 12). In Höhe Bahnhofweg gibt es einen Fußgängerüberweg. Entlang der L 318 Bebauung Rengers gibt es einen einseitigen gemeinsamen Geh- und Radweg, östlich der Fahrbahn. Entlang der L 318 Aigeltshofen sind im Bereich der Bushaltestellen ein beidseitiger Gehweg vorhanden. Eine Querungshilfe (Fußgängerüberwege und/oder Lichtsignalanlagen) entlang der L 318 Rengers / Aigeltshofen ist auch aufgrund teilweise fehlender Fußwege entlang der L 318, nicht vorhanden.

Grundsätzlich könnten geringere Geschwindigkeiten die Verkehrssicherheit im Straßenraum sowie das Komfortgefühl von Fußgänger:innen erhöhen. Ähnliches wie für Fußgänger:innen gilt auch für Radfahrer:innen. Hinzukommt, dass, wenn aufgrund beengter Platzverhältnisse keine separate Fahrradinfrastruktur angeboten werden kann, geringere gefahrene Geschwindigkeiten des Kfz-Verkehrs den Radverkehr im Mischverkehr stärkt. Genauso wie bei der Aufenthaltsqualität erhöht sich auch die Verträglichkeit zwischen Kfz- und Rad-/Fußverkehr je geringer die gefahrene Geschwindigkeit des Kfz-Verkehrs ist.

2.5.7 Akzeptanz der Maßnahme bei den Verkehrsteilnehmenden

In Bezug auf die Akzeptanz von Geschwindigkeitsbeschränkungen sind in erster Linie die Homogenität des Verkehrsflusses und die subjektive Wahrnehmung, der am Verkehr teilnehmenden Person entscheidend. Der Verkehrsfluss kann sich, wie in Kapitel 2.5.9 beschrieben, bei Tempo 50 gegenüber Tempo 70 bzw. Tempo 30 gegenüber Tempo 50 verbessern. Gegebenenfalls bedarf es unterstützender Geschwindigkeitsmessungen, um die Einhaltung der Geschwindigkeit zu kontrollieren. Dies wird als flankierende Maßnahme angeregt. Einheitliche Geschwindigkeiten werden erfahrungsgemäß von den Verkehrsteilnehmenden eher akzeptiert als häufig wechselnde Geschwindigkeiten. Maßnahmen zur Gefahrenabwehr, wie es Geschwindigkeitsbeschränkungen aus Lärmschutzgründen sind, müssen von den Verkehrsteilnehmenden jedoch ohnehin akzeptiert werden.

2.5.8 Verlagerungseffekte

Im Allgemeinen werden keine direkten mittelbaren Verdrängungseffekte auf das nachgeordnete Straßennetz erwartet. Bisherige Anordnungen von Geschwindigkeitsreduzierungen haben laut Umweltbundesamt nicht zu nennenswerten Schleichverkehren geführt. Geringe Reisezeitverluste, verstetigte Verkehrsflüsse und die in den Nebennetzen häufig vorhandenen Tempo-30-Zonen mit Rechts-vor-Links-Regelungen führen in vielen Fällen dazu, dass die Gefahr von unerwünschten Schleichverkehren gering ist.

Die Planung sollte eine Senkung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit immer im Netzzusammenhang und gemeinsam mit der Qualität des Verkehrsflusses betrachten, um die Attraktivität der Hauptstraßen für den Durchgangsverkehr beizubehalten.

Aufgrund der überörtlichen Verbindungsfunktion der Straßenzüge L 318 und B 12, in Zusammenhang mit dem geringen theoretischen Fahrzeitverlust, werden somit bei einer Reduzierung der Geschwindigkeit keine Verlagerungseffekte erwartet. Sollten entgegen der Annahme dennoch Verlagerungen beobachtet werden, müssen flankierende Maßnahmen eingeführt werden.

2.5.9 Verkehrsfluss

Die zulässige Höchstgeschwindigkeit hat nur geringen Einfluss auf die Leistungsfähigkeit einer Straße. Eine Geschwindigkeitsreduzierung von 70 km/h auf 50 km/h kann unter bestimmten Voraussetzungen sogar zu einer Verstetigung des Verkehrsflusses beitragen. Die Qualität des Verkehrsflusses kann durch weniger

Brems- und Beschleunigungsvorgänge steigen, was sich ebenfalls positiv auf die Lärmimmission auswirkt. Für die subjektive Qualitätswahrnehmung der Kraftfahrzeugführer:innen sind gleichmäßige Verkehrsströme ohne große Geschwindigkeitsdifferenzen auf einem niedrigeren, aber homogenen Niveau positiver, als höhere Spitzengeschwindigkeiten mit mehr Stopps. Entlang der B 12 Ortsdurchfahrt Großholzleute und der L 318 Rengers / Aigeltshofen wird durch die untersuchten Geschwindigkeitsbeschränkungen eine leichte Verbesserung bzw. auf alle Fälle keine Verschlechterung des Verkehrsflusses erwartet.

2.5.10 Luftreinhaltung / Luftschadstoffe

Ein wesentliches Kriterium für die Schadstoffbelastung ist der Verkehrsfluss. Kann eine Verstetigung des Verkehrsflusses erreicht werden, sind auch deutliche Reduktionen der Luftschadstoffe möglich, da die besonders schadstofflastigen Beschleunigungsvorgänge verringert werden.

2.5.11 Anpassung Lichtsignalanlagen

Entlang des untersuchten Streckenabschnittes der B 12 Ortsdurchfahrt Großholzleute und L 318 Bebauung Rengers / Aigeltshofen gibt es keine Lichtsignalanlagen. Die Überprüfung von Schaltzeiten bei der Einführung von Geschwindigkeitsreduzierungen entlang der beiden Straßenzüge entfällt somit.

2.5.12 Lückenschlüsse

Der Kooperationserlass besagt, dass wenn innerhalb geschlossener Ortschaften zwischen zwei Geschwindigkeitsbeschränkungen nur ein kurzer Streckenabschnitt (bis zu 300 Meter bzw. nach StVO-Novelle 2024 500 Meter) liegt, so kommt zur Verstetigung des Verkehrsflusses eine Absenkung der Geschwindigkeit auch zwischen den beiden in der Geschwindigkeit beschränkten Streckenabschnitten in Betracht. Gleiches gilt für einen Abschnitt zwischen einer innerörtlichen Geschwindigkeitsbeschränkung und der Ortstafel.

L 318 Rengers und L 318 Aigeltshofen sind keine geschlossenen Ortsdurchfahrt. Das Lückenschlusskriterium kann hier demnach nicht herangezogen werden. Im Bereich der B 12 Großholzleute stehen die ersten betroffenen Hauptwohngebäude am Ortsein-/ausgang. Auch hier entfällt somit das Lückenschlusskriterium.

2.5.13 Alternative Geschwindigkeitsreduzierungen

Die Anordnung einer nur nächtlichen Geschwindigkeitsbeschränkung aus Lärmschutzgründen kann eine geeignete Alternative darstellen, wenn im Tageszeitraum nur geringe Betroffenheiten bestehen. Sind die Betroffenheiten im Tageszeitraum jedoch hoch, stellt eine Beschränkung nur in der Nachtzeit keine gleich oder annähernd gleich wirksame Maßnahme dar. Vorteilhaft an einer ausschließlich nächtlichen Geschwindigkeitsreduzierung ist, dass deutlich weniger Verkehrsteilnehmende sowie der ÖPNV nahezu gar nicht betroffen sind. Entlang der beiden hier betrachteten Streckenabschnitte der L 318 Rengers / Aigeltshofen und B 12 Großholzleute sind die Lärmbetroffenheiten im Tageszeitraum ebenso hoch wie im Nachtzeitraum (siehe hierzu Kapitel 2.3.2, 2.3.5 und 2.3.6). Eine rein nächtliche Geschwindigkeitsbeschränkung, wie sie derzeit im Bereich der B 12 Großholzleute schon gilt, stellt demnach keine geeignete Alternative dar.

2.5.14 Fazit und Zusammenfassung der Geschwindigkeitsbeschränkungen

Entlang der B 12 Ortsdurchfahrt Großholzleute gilt bereits eine nächtliche Geschwindigkeitsbeschränkung von 30 km/h, dessen Lärminderungswirkung bei der Lärmberechnung berücksichtigt wurde. Die Abwägung kommt zu dem Ergebnis, dass die vorgeschlagene Geschwindigkeitsreduzierung von 30 km/h ganztags entlang der B 12 Ortsdurchfahrt Großholzleute verhältnismäßig und zielführend ist. Eine rein nächtliche Geschwindigkeitsreduzierung von 30 km/h scheidet aus, da die Lärmbetroffenheiten im Tageszeitraum ähnlich

hoch wie im Nachtzeitraum sind. Auch die negative Auswirkung von maximal 13 Sekunden Fahrzeitverlust ist unter Berücksichtigung der Lärmpegel- und Lärmbetroffenenminderung hinnehmbar und verhältnismäßig.

Ebenfalls kommt die Abwägung zu dem Ergebnis, dass die vorgeschlagene Geschwindigkeitsreduzierung von 50 km/h ganztags entlang der L 318 Rengers / Aigeltshofen zielführend ist, wenn auch nicht in dem Maße wie beispielsweise Tempo 30. Grund hierfür ist nicht die fehlende Wirksamkeit der Maßnahme, sondern die hohe Lärmvorbelastung an den Wohngebäuden – es werden in diesem Bereich meist Lärmpegel oberhalb der Pflichtwerte 67/57 dB(A) tags/nachts ermittelt. Unter Berücksichtigung des theoretischen Fahrzeitverlustes für den motorisierten Individualverkehr von maximal 14 Sekunden erscheint die Maßnahme Tempo 50 ebenfalls verhältnismäßig.

Nach erfolgter Abwägung sollen somit folgende Geschwindigkeitsreduzierungen gelten:

- Festsetzung **30 km/h ganztags** aus Lärmschutzgründen entlang der der B 12 Großholzleute, beginnend und endend mit den Ortsein-/ausgängen
- Festsetzung **50 km/h ganztags** aus Lärmschutzgründen entlang der L 318 Bebauung Rengers, beginnend in Höhe Rohrdorfer Bach bis 110 Meter nördlich der Einmündung K 8017
- Festsetzung **50 km/h ganztags** aus Lärmschutzgründen entlang der L 318 Bebauung Aigeltshofen, beginnend 150 Meter nördlich der K 8021 Abzweig Rohrdorf bis 160 Meter südlich des Abzweiges K 8021.

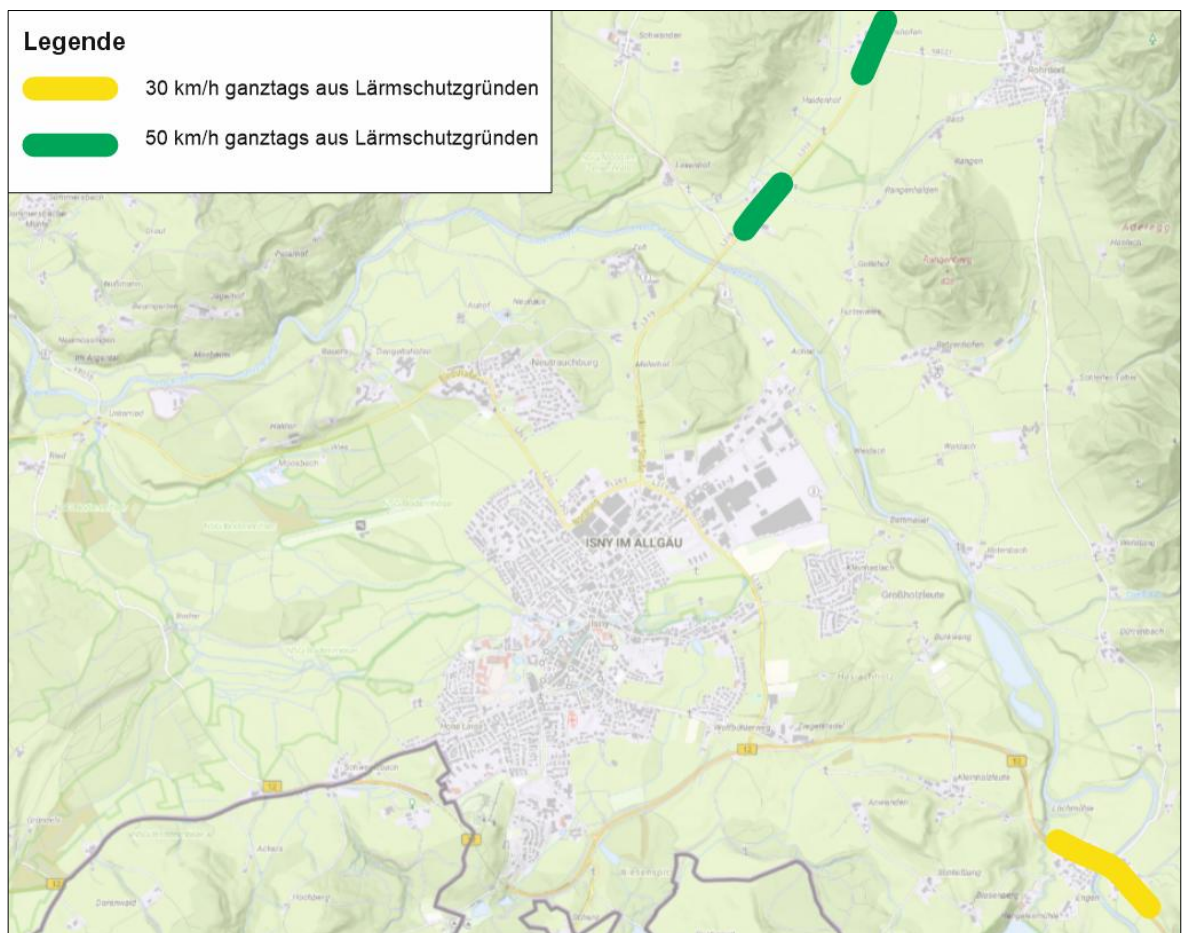


Abbildung 23: Geschwindigkeitsreduzierungen nach Abwägung, vor Offenlage

2.6 Weitere Lärminderungsmaßnahmen

Lärmindernder Fahrbahnbelag

Von den technisch möglichen und zielführenden Maßnahmen besitzt der lärmindernde Fahrbahnbelag das größte Lärminderungspotential. Je nach Typ des lärmindernden Fahrbahnbelags können durch den Einbau eines Solchen Pegelminderungen von 2-4 dB(A) erreicht werden. Der Einbau eines lärmindernden Fahrbahnbelags kann aus wirtschaftlichen Gründen erst mit einem turnusmäßigen Ersatz der vorhandenen Fahrbahndecke erfolgen.

Für die untersuchten Streckenabschnitte der B 12 und L 318 auf Gemarkungsgebiet Isny im Allgäu soll bei zukünftigen Straßenbau- bzw. Straßenunterhaltungsmaßnahmen der Einbau eines lärmindernden Fahrbahnbelags geprüft werden, der dann dem neuesten Stand der Technik entspricht und mit gerade noch verhältnismäßigem Aufwand eine maximale Verbesserung der Lärmsituation bewirken kann.

Lärmschutzwände- / wälle

Bei hohen Lärmbelastungen kann die Errichtung von Lärmschutzwänden / -wällen in Betracht gezogen werden, da diese ein großes Lärminderungspotenzial besitzen. Die Errichtung von Lärmschutzwänden / -wällen ist eine mittel- bis langfristig realisierbare Maßnahme zum Schutz von Wohnbebauung. Im Rahmen eines Planfeststellungsverfahrens muss u.a. geprüft werden, ob und wie sich städtebauliche Aspekte auf die Dimensionierung der Lärmschutzwand auswirken. Der Bau von Lärmschutzwänden ist sehr kostenintensiv. In innerörtlichen Lagen sind die Platzverhältnisse für die Errichtung von Lärmschutzbauwerken oftmals begrenzt und entstehende Trennwirkungen sollten verhindert werden.

Der Ortschaftsrat Großholzleute regt den Bau einer transparenten Lärmschutzwand im Bereich der B 12 Ortsdurchfahrt Großholzleute an.

Im Rahmen der bisherigen Lärmaktionsplanung Stadt Isny im Allgäu wurde die Errichtung eines bepflanzten Lärmschutzwalls zum Schutz der Wohnbebauung B 12 Schweinebach angeregt. Dies Lärminderungsmaßnahme hat weiterhin Bestand.

Bau von Umgehungsstraßen

Im Rahmen der bisherigen Lärmaktionsplanung Stadt Isny im Allgäu wurde der Bau der Ortsumfahrung B 12 Großholzleute angeregt. Dies Lärminderungsmaßnahme hat weiterhin Bestand.

Straßenraumgestaltung

Im Rahmen der bisherigen Lärmaktionsplanung Stadt Isny im Allgäu wurde die Einengung des Fahrbahnbereichs der B 12 OD Großholzleute durch die Realisierung eines einseitigen Fahrradstreifens und die Pflanzung straßenbegleitender Bäume angeregt. Dies Lärminderungsmaßnahme hat weiterhin Bestand.

Geschwindigkeitsüberwachungen

Geschwindigkeitsbeschränkungen bewirken nur dann eine tatsächliche Lärminderung, wenn sie durch die Verkehrsteilnehmenden eingehalten werden oder wenn zumindest das Geschwindigkeitsniveau gegenüber dem Bestand deutlich abgesenkt wird. Die geltenden Geschwindigkeitsbeschränkungen sollten durch Kontrollen (LRA Ravensburg) verstärkt überwacht werden. Mittels Anzeigedisplays kann zusätzlich auf die Einhaltung der zulässigen Geschwindigkeit hingewirkt werden.

Im Rahmen der bisherigen Lärmaktionsplanung Stadt Isny im Allgäu wurde die Errichtung eines zweiten stationären Kontrollgerätes entlang der B 12 Ortsdurchfahrt Großholzleute gefordert. Dies Lärminderungsmaßnahme hat weiterhin Bestand.

Passiver Lärmschutz

Unabhängig von der Umsetzung zukünftiger Lärminderungsmaßnahmen ermöglicht die sogenannte Lärmsanierung bei bestehenden Straßen in der Baulast des Bundes/Landes, die nicht neu gebaut oder wesentlich geändert werden, Lärmschutzmaßnahmen vorzusehen. Die Lärmsanierung wird als freiwillige Leistung auf der Grundlage haushaltsrechtlicher Regelungen durchgeführt. Voraussetzung für die Lärmsanierung ist die Überschreitung folgender Auslösewerte:

Nutzungen	Tag (dB(A))	Nacht (dB(A))
Krankenhäuser, Schulen, Kur- u. Altenheime, Wohn- u. Kleinsiedlungsgebiete	64	54
Kern-, Dorf- und Mischgebiete	66	56
Gewerbegebiete	72	62
Rastanlagen (für LKW-Fahrer)	-	65

Tabelle 14: Auslösewerte für die Lärmsanierung in der Baulast des Bundes/Landes

So kann bspw. für die von Überschreitung der Lärmsanierungsgrenzwerte betroffenen Wohngebäude bei dem zuständigen Regierungspräsidium ein Antrag auf Bezuschussung für den Einbau von Lärmschutzfenstern gestellt werden. Die Stadtverwaltung wird die Eigentümer:innen der betroffenen Wohngebäude bei der Antragsstellung unterstützen.

Ruhige Gebiete

Kommunen haben die Möglichkeit, ruhige Gebiete festzusetzen, um diese vor weiterer Verlärmung zu schützen. Aufgrund der ländlichen Lage von Isny im Allgäu fehlt es an der Erforderlichkeit für die Festlegung ruhiger Gebiete, da den Menschen genügend Rückzugsräume zur Verfügung stehen.

Lärmschutz in der Bauleitplanung

In der kommunalen Bauleitplanung berücksichtigt die Isny im Allgäu auch zukünftig die Hinweise des Ministeriums für Verkehr (VM) vom 8. Februar 2023 zur Lärminderung mittels städtebaulicher Maßnahmen (vgl. Kapitel 1.8.4). Dazu zählt zum Beispiel eine schalltechnisch sinnvolle Gliederung von Baugebieten.

2.7 Maßnahmen zur Minderung der Lärmbelastung, vor Offenlage

Bereich	Maßnahme	Zuständigkeit
B 12 Großholzleute	Festsetzung einer ganztägigen Geschwindigkeitsbeschränkung von 30 km/h aus Lärmschutzgründen entlang der B 12 beidseitig, beginnend und endend mit den Ortsein-/ausgängen.	LRA Ravensburg
	Anregung zum Bau einer transparenten Lärmschutzwand im Bereich der B 12 Ortsdurchfahrt Großholzleute	
	Errichtung eines zweiten stationären Kontrollgerätes entlang der B 12 Ortsdurchfahrt Großholzleute	
	Anregung zum Bau der Ortsumfahrung B 12 Großholzleute	
	Anregung zur Einengung des Fahrbahnbereichs der B 12 OD Großholzleute durch die Realisierung eines einseitigen Fahrradstreifens und die Pflanzung straßenbegleitender Bäume.	

L 318 Rengers	Festsetzung einer beidseitigen ganztägigen Geschwindigkeitsbeschränkung von 50 km/h aus Lärmschutzgründen entlang der L 318 Bebauung Rengers, beginnend in Höhe Rohrdorfer Bach bis 110 Meter nördlich der Einmündung K 8017.	
L 318 Aigeltshofen	Festsetzung einer beidseitigen ganztägigen Geschwindigkeitsbeschränkung von 50 km/h aus Lärmschutzgründen entlang der L 318 Bebauung Aigeltshofen, beginnend 150 Meter nördlich der K 8021 Abzweig Rohrdorf bis 160 Meter südlich des Abzweiges K 8021.	
B 12 Schweinebach	Anregung zur Errichtung eines bepflanzten Lärmschutzwalls zum Schutz der Wohnbebauung Schweinebach	
Gemarkung Isny im Allgäu	Anregung zur Umsetzung von flankierenden Maßnahmen zur Anzeige und Kontrolle der zulässigen Höchstgeschwindigkeit	
	Einbau eines lärmindernden Fahrbelags als vordringlicher Bedarf in allen Bereichen, in denen die Auslösewerte der Lärmaktionsplanung (65/55 dB(A) tags/nachts) erreicht/überschritten werden, insbesondere entlang der B 12, Einmündung Kreisstraße K 8016 bis zur westlichen Gemarkungsgrenze sowie entlang der L 318.	RP Tübingen
	Förderung des Umweltverbundes (ÖPNV, Rad- und Fußgängerverkehr)	Stadt Isny im Allgäu / LRA Ravensburg / RP Tübingen
	Unterstützung der Eigentümer:innen stark belasteter Wohngebäude bei der Antragstellung auf Bezuschussung für den Einbau von Lärmschutzfenstern	
	Beachtung der Hinweise des Verkehrsministeriums Baden-Württemberg vom 08.02.2023 für die kommunale Bauleitplanung	

2.8 Stellungnahmen aus dem Beteiligungsverfahren

Im Zeitraum vom 16. Juni 2025 bis einschließlich 16. Juli 2025 fand das Beteiligungsverfahren statt. Es wurden sowohl die Behörden / Träger öffentlicher Belange als auch die Öffentlichkeit beteiligt. Insgesamt gingen bei der Stadtverwaltung Isny im Allgäu acht Stellungnahmen seitens Behörden / Träger öffentlicher Belange und keine Stellungnahme seitens der Bürgerschaft ein. Eine tabellarische Übersicht aller Stellungnahmen und der dazugehörige Wertungsvorschlag kann der Anlage 6 entnommen werden.

Unmittelbare Auswirkungen auf die im Berichtsentwurf vorgeschlagenen Maßnahmen entfaltet die Stellungnahmen des Landratsamtes Ravensburg. Seitens dieser Behörde wird im Rahmen ihrer Zuständigkeit folgende Maßnahme für einen kürzeren Geltungsbereich befürwortet:

- Anstatt: Festsetzung einer beidseitigen ganztägigen Geschwindigkeitsbeschränkung von 50 km/h aus Lärmschutzgründen entlang der L 318 Bebauung Rengers, beginnend in Höhe Rohrdorfer Bach bis 110 Meter nördlich der Einmündung K 8017 (Länge Streckenabschnitt: 450 Meter).
- Neu: Festsetzung einer beidseitigen ganztägigen Geschwindigkeitsbeschränkung von 50 km/h aus Lärmschutzgründen entlang der L 318 Bebauung Rengers, zwischen der Wohnbebauung Rengers 8 und Rengers 2 (Länge Streckenabschnitt: 130 Meter).

Es wird empfohlen, den räumlichen Geltungsbereich einzukürzen. Somit reduziert sich der Geltungsbereich einer ganztägigen Geschwindigkeitsbeschränkung von 50 km/h entlang der L 318 Bebauung Rengers von ursprünglich 450 Meter auf neu 130 Meter.



Abbildung 24: L 318 Bebauung Rengers, Änderungsbereich vor / nach Offenlage (links/rechts)

Ferner lehnt das Landratsamt Ravensburg folgende Maßnahme ab:

Festsetzung einer beidseitigen ganztägigen Geschwindigkeitsbeschränkung von 50 km/h aus Lärmschutzgründen entlang der L 318 Bebauung Aigelsthofen, beginnend 150 Meter nördlich der K 8021 Abzweig Rohrdorf bis 160 Meter südlich des Abzweiges K 8021.

Begründet wird dies damit, dass die Anzahl der Lärmbetroffenen nicht ausreicht, die Wohnbebauung grundsätzlich von der Straße abgerückt ist und ein Grüngürtel teilweise vorhanden ist.

Es wird empfohlen, auf die Maßnahme «Tempo 50 ganztags aus Lärmschutzgründen entlang der L 318, Bebauung Aigelsthofen» zu verzichten.

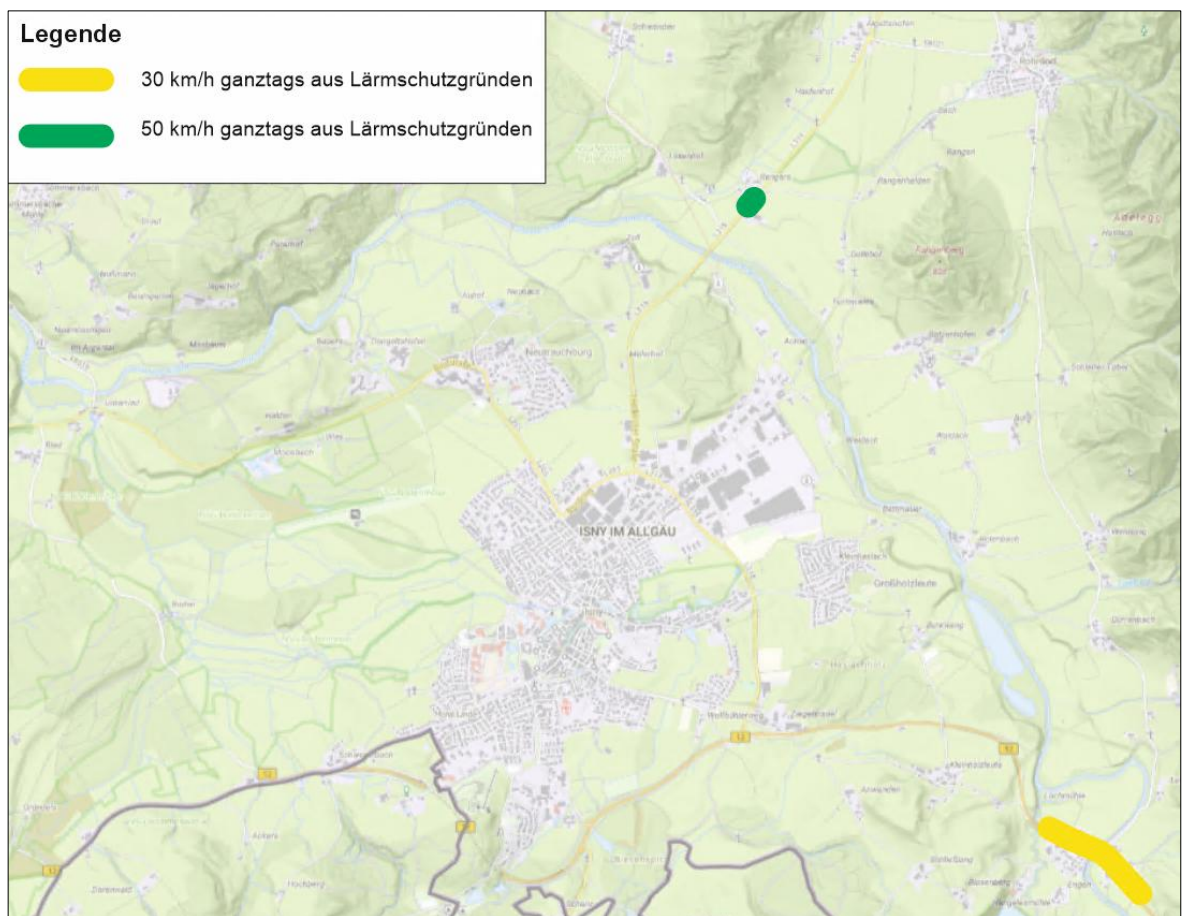


Abbildung 25: Geschwindigkeitsreduzierungen nach Abwägung, nach Offenlage

Dieses Kapitel wie auch das nachfolgende Kapitel 2.9 wurden zusätzlich eingefügt.

2.9 Maßnahmen zur Minderung der Lärmbelastung, nach Offenlage

Bereich	Maßnahme	Zuständigkeit
B 12 Großholzleute	Festsetzung einer ganztägigen Geschwindigkeitsbeschränkung von 30 km/h aus Lärmschutzgründen entlang der B 12 beidseitig, beginnend und endend mit den Ortsein-/ausgängen.	LRA Ravensburg
	Anregung zum Bau einer transparenten Lärmschutzwand im Bereich der B 12 Ortsdurchfahrt Großholzleute	
	Errichtung eines zweiten stationären Kontrollgerätes entlang der B 12 Ortsdurchfahrt Großholzleute	
	Anregung zum Bau der Ortsumfahrung B 12 Großholzleute	
	Anregung zur Einengung des Fahrbahnbereichs der B 12 OD Großholzleute durch die Realisierung eines einseitigen Fahrradstreifens und die Pflanzung straßenbegleitender Bäume.	
L 318 Rengers	Festsetzung einer beidseitigen ganztägigen Geschwindigkeitsbeschränkung von 50 km/h aus Lärmschutzgründen entlang der L 318 Bebauung Rengers, zwischen der Wohnbebauung Rengers 8 und Rengers 2.	
B 12 Schweinebach	Anregung zur Errichtung eines bepflanzten Lärmschutzwalls zum Schutz der Wohnbebauung Schweinebach	
Gemarkung Isny im Allgäu	Anregung zur Umsetzung von flankierenden Maßnahmen zur Anzeige und Kontrolle der zulässigen Höchstgeschwindigkeit	
	Einbau eines lärmindernden Fahrbahnbelags als vordringlicher Bedarf in allen Bereichen, in denen die Auslösewerte der Lärmaktionsplanung (65/55 dB(A) tags/nachts) erreicht/überschritten werden, insbesondere entlang der B 12, Einmündung Kreisstraße K 8016 bis zur westlichen Gemarkungsgrenze sowie entlang der L 318.	RP Tübingen
	Förderung des Umweltverbundes (ÖPNV, Rad- und Fußgängerverkehr)	Stadt Isny im Allgäu / LRA Ravensburg / RP Tübingen
	Unterstützung der Eigentümer:innen stark belasteter Wohngebäude bei der Antragstellung auf Bezuschussung für den Einbau von Lärmschutzfenstern	
	Beachtung der Hinweise des Verkehrsministeriums Baden-Württemberg vom 08.02.2023 für die kommunale Bauleitplanung	

Rapp AG



Wolfgang Wahl
Leiter Standort Freiburg i.B.



Carina Schulz
Fachverantwortliche Schallschutz
Süddeutschland

Legende

-  Straße
-  Hauptgebäude mit Anzahl der Einwohner
-  Nebengebäude
-  Schule
-  Kindergarten
-  Krankenhaus
-  Rechengebiet Lärm
-  Lärmschutzwand

 **Maßstab 1:13'719**
0 100 200 400 600 800 m

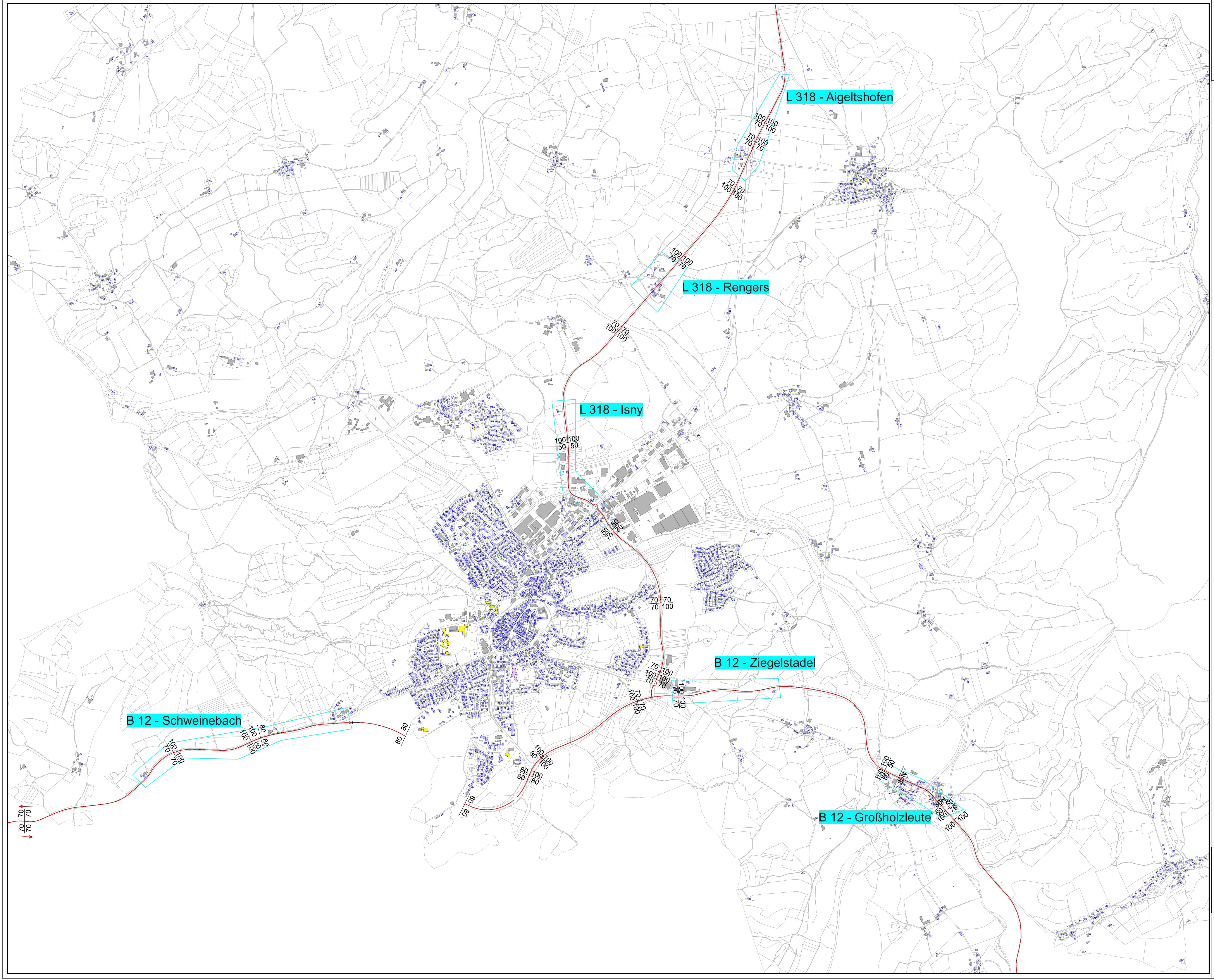
Einwohner- und Geschwindigkeitenkarte

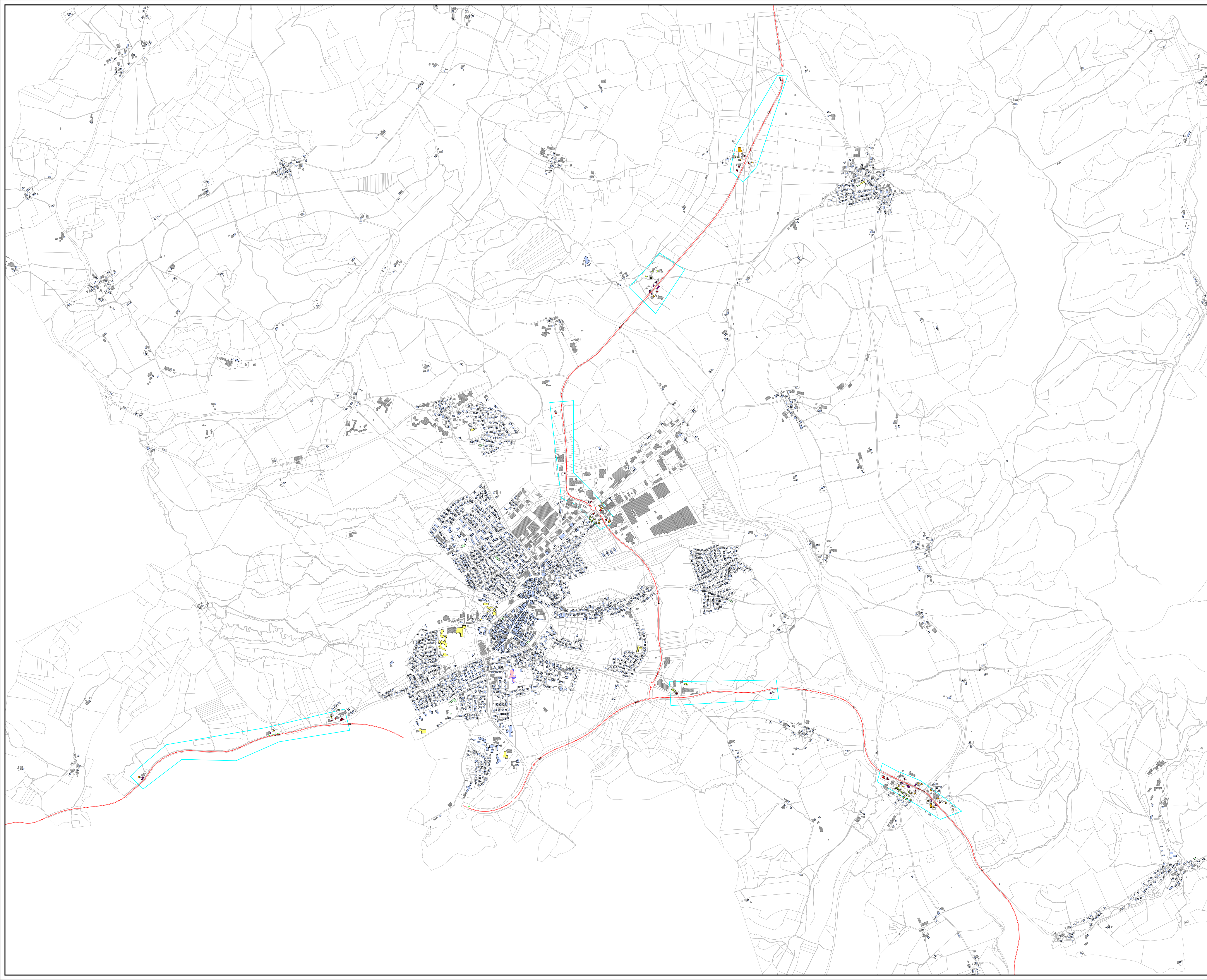
Mit Angaben zu Einwohneranzahl je Hauptgebäude,
den zul. Höchstgeschwindigkeiten auf den Kartierungsstrecken

Bearbeiter: ScN
Erstellt am: 17.02.2025



Rapp AG
Stühlingerstraße 21
D-79106 Freiburg i. B.
T + 49 761 217 717 30
www.rapp.ch





- Legende**
- ☐ Straße
 - ☐ Hauptgebäude mit Anzahl der Einwohner
 - ☐ Nebengebäude
 - ☐ Schule
 - ☐ Kindergarten
 - ☐ Krankenhaus
 - ☐ Lärmschutzwand
 - ☐ Rechengebiet Lärm
 - ☐ Lichtzeichenanlage / Kreisverkehr

Pegelwerte
L_{RT}
in dB(A)

55 ≤	< 55
60 ≤	< 60
65 ≤	< 65
70 ≤	< 70



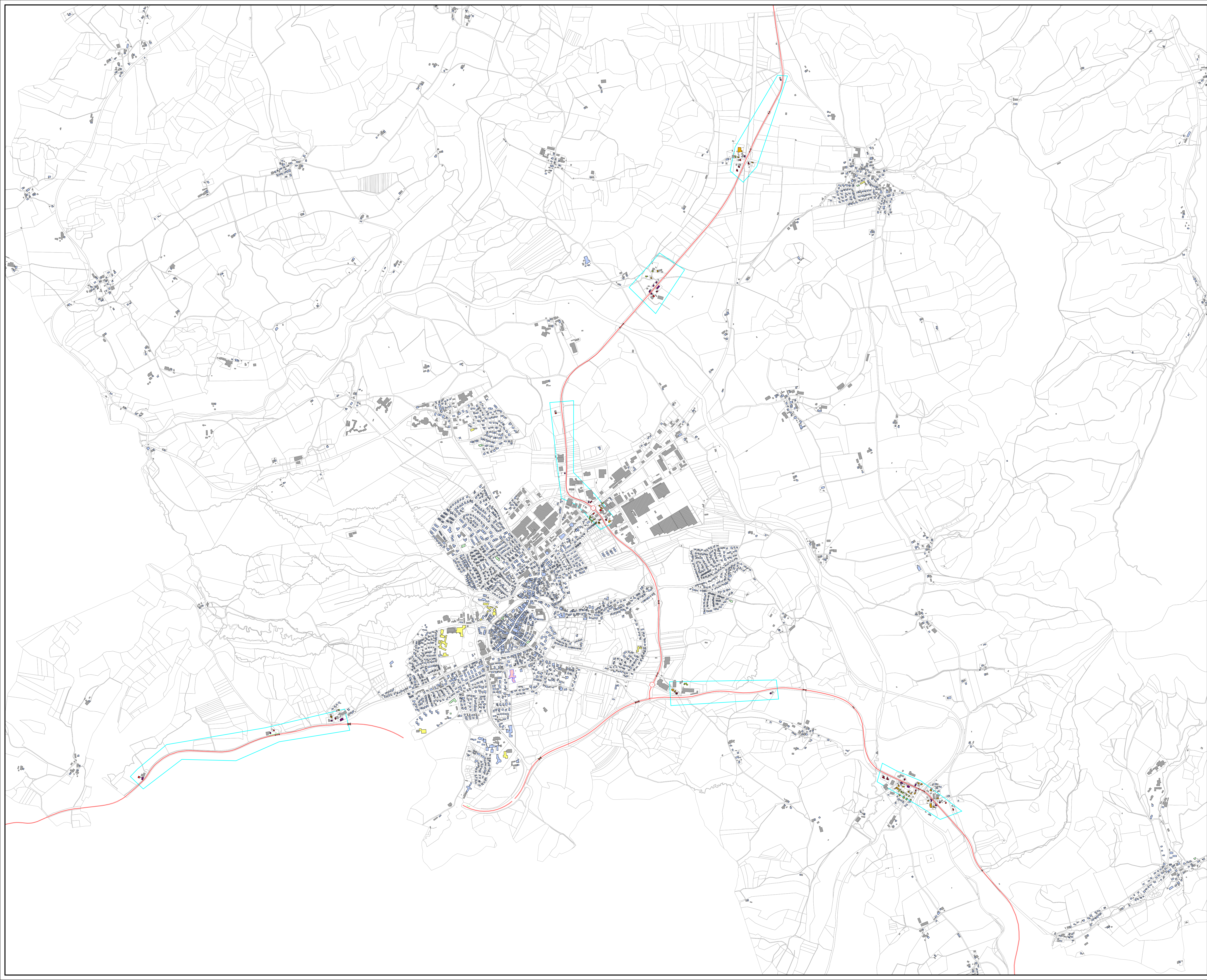
Gebäudelärmkarte nach RLS-19, Tag

Mit Angaben zu den Lärmpegeln in dB(A) in 4 m Höhe
im Zeitbereich Tag
und Einwohnerzahl je Hauptwohngebäude

Bearbeiter: ScN
Erstellt am: 03.12.2024



Rapp AG
Stühlingerstraße 21
D- 79106 Freiburg i. B.
T + 49 761 217 717 30
www.rapp.ch



- Legende**
- ☐ Straße
 - ☐ Hauptgebäude mit Anzahl der Einwohner
 - ☐ Nebengebäude
 - ☐ Schule
 - ☐ Kindergarten
 - ☐ Krankenhaus
 - ☐ Lärmschutzwand
 - ☐ Rechengebiet Lärm
 - ☐ Lichtzeichenanlage / Kreisverkehr

Pegelwerte
LrN
in dB(A)

< 45
45 ≤
50 ≤
55 ≤
57 ≤
60 ≤

Maßstab 1:14:500

0 100 200 400 600 800 m

Gebäudelärmkarte nach RLS-19, Nacht

Mit Angaben zu den Lärmpegeln in dB(A) in 4 m Höhe
im Zeitbereich Nacht
und Einwohnerzahl je Hauptwohngebäude

Bearbeiter: ScN
Erstellt am: 03.12.2024

Tag

Nacht

Rechengebiet Großholzleute

Legende

- Straße
- Hauptgebäude mit Anzahl der Einwohner*innen
- Nebengebäude
- Rechengebiet Lärm

Pegeldifferenz
in dB(A)

0.50 <	<= 0.50
0.75 <	<= 0.75
1.00 <	<= 1.00
1.25 <	<= 1.25
1.50 <	<= 1.50
1.75 <	<= 1.75
2.00 <	<= 2.00
2.25 <	<= 2.25
2.50 <	<= 2.50
2.75 <	<= 2.75
3.00 <	<= 3.00



Maßstab 1:2'308



Differenzlärmkarte nach RLS-19, Tag/Nacht

Mit Angaben zu den Lärmpegeln in dB(A) in 4 m Höhe
im Zeitbereich Tag/Nacht
und Einwohner*innenzahl je Hauptwohngebäude

Bearbeiter: ScN
Erstellt am: 02.12.2024



Rapp AG
Stühlingerstraße 21
D - 79106 Freiburg i. B.
T + 49 761 217 717 30
www.rapp.ch

Pegelwerte
LrT
in dB(A)

55 <=	< 55
60 <=	< 60
65 <=	< 65
67 <=	< 67
70 <=	< 70

Pegelwerte
LrN
in dB(A)

45 <=	< 45
50 <=	< 50
55 <=	< 55
57 <=	< 57
60 <=	< 60

Tag

Nacht

Rechengebiet Rengers und Aigelthofen

Legende

- Straße
- Hauptgebäude mit Anzahl der Einwohner*innen
- ▨ Nebengebäude
- ▭ Rechengebiet Lärm

Pegeldifferenz
in dB(A)

0.50 <	<= 0.50
0.75 <	<= 0.75
1.00 <	<= 1.00
1.25 <	<= 1.25
1.50 <	<= 1.50
1.75 <	<= 1.75
2.00 <	<= 2.00
2.25 <	<= 2.25
2.50 <	<= 2.50
2.75 <	<= 2.75
3.00 <	<= 3.00



Maßstab 1:3'691

0 25 50 100 150 200 m

Differenzlärmkarte nach RLS-19, Tag/Nacht

Mit Angaben zu den Lärmpegeln in dB(A) in 4 m Höhe
im Zeitbereich Tag/Nacht
und Einwohner*innenzahl je Hauptwohngebäude

Bearbeiter: ScN
Erstellt am: 02.12.2024



Rapp AG
Stühlingerstraße 21
D- 79106 Freiburg i. B.
T + 49 761 217 717 30
www.rapp.ch

Pegelwerte
LrT
in dB(A)

55 <=	< 55
60 <=	< 60
65 <=	< 65
67 <=	< 67
70 <=	< 70

Pegelwerte
LrN
in dB(A)

45 <=	< 45
50 <=	< 50
55 <=	< 55
57 <=	< 57
60 <=	< 60

Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange zum förmlichen Beteiligungsverfahren

Stellungnahme Nr.	Träger	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Wertung
I	Vermögen und Bau Baden-Württemberg Amt Ravensburg	12.06.2025	Unter der Voraussetzung, dass die baurechtlichen Vorschriften eingehalten werden, bestehen auf Seiten des Landesbetriebs Vermögen und Bau Baden-Württemberg Amt Ravensburg keine Einwendungen gegen den oben genannten Lärmaktionsplan.	Kenntnisnahme.
II.1	Polizeipräsidium Ravensburg	17.06.2025	Aus verkehrspolizeilicher Sicht folgendes:	Kenntnisnahme.
II.2			Auf der B 12 in der Ortsdurchfahrt Großholzleute könnte eine ganztägige Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h wegen Lärmschutz zwischen „Zur Hengelesmühle 6“ und Hauptstraße 28 mitgetragen werden.	Kenntnisnahme.
II.3			- Auf der L 318 bei Rengers könnte eine ganztägige Geschwindigkeitsbegrenzung auf 50 km/h wegen Lärmschutz zwischen der Wohnbebauung Rengers 8 und Rengers 2 mitgetragen werden. Für eine weitere Ausdehnung werden die Voraussetzungen nicht gesehen. - Auf der L 318 bei Aigeltshofen kann eine ganztägige Geschwindigkeitsbegrenzung auf 50 km/h wegen Lärmschutz nicht mitgetragen werden. Die Anzahl der Betroffenen und der Gebäude ist nicht sehr hoch. Ebenso sind die Lärmwerte nicht sehr hoch. Weiter sind die Gebäude relativ weit von der Straße abgerückt. In Summe werden hier außerhalb einer geschlossenen Ortschaft die Voraussetzungen für eine Reduzierung auf 50 km/h nicht gesehen.	Kenntnisnahme. Auf die Maßnahme wird im Rahmen der Lärmaktionsplanung Stufe 4 verzichtet.
III	Stadt Leutkirch	23.06.2025	Vielen Dank für die Beteiligung am unten genannten Verfahren.	Kenntnisnahme.

Stellungnahme Nr.	Träger	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Wertung
			Von Seiten der Stadt Leutkirch bestehen keine Anregungen oder Bedenken gegen die Planung.	
	RP Tübingen Referat 44	08.07.2025	Vielen Dank für die Möglichkeit, zum Lärmaktionsplan der Stadt Isny im Allgäu, Stufe 4, eine Stellungnahme abzugeben. Nach Durchsicht des vorliegenden Lärmaktionsplanes der Stadt Isny im Allgäu, Stufe 4 (Bericht mit Stand: 03.04.2025) werden in Kapitel 2.7 mehrere Maßnahmen zur Lärminderung vorgeschlagen bzw. angeregt. In der Zuständigkeit des Regierungspräsidium Tübingen befinden sich die Maßnahmen zur Erneuerung des Fahrbahnbelages, der passive Lärmschutz im Rahmen der Lärmsanierung, der Neubau der Ortsumfahrung B 12 Großholzleute, der Bau einer Lärmschutzwand, die Errichtung eines Lärmschutzwalles, die Straßenraumgestaltung, die Förderung des Umweltverbundes (ÖPNV, Rad- und Fußgängerverkehr), sowie die Zustimmung zur Geschwindigkeitsreduzierung außerorts. Das Regierungspräsidium, Abteilung 4, nimmt zu dem ausliegenden Lärmaktionsplan der Stadt Isny im Allgäu wie folgt Stellung: I. Stellungnahme des Straßenbaulastträgers Erneuerung Fahrbahnbelag Im LAP wird angeregt, dass beim nächsten anstehenden routinemäßigen Austausch des Fahrbahnbelages als vordringlicher Bedarf in allen Bereichen, in denen die Auslösewerte der Lärmaktionsplanung (65/55 dB(A) tags/nachts) erreicht/überschritten werden, lärmoptimierte Fahrbahnbeläge verbaut werden sollen. Insbesondere sollen die Bereiche entlang der B 12, Ein-	

Stellungnahme Nr.	Träger	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Wertung
IV.1			mündung Kreisstraße K 8016 bis zur westlichen Gemarkungsgrenze sowie entlang der L 318 berücksichtigt werden. B 12, Einmündung Kreisstraße K 8016 bis zur westlichen Gemarkungsgrenze Das Baureferat plant in den nächsten 1 bis 2 Jahren die Erneuerung des Fahrbahnbelages im Bereich der B 12 / L 318 bis zur Einmündung der L 265 in Isny. Der Abschnitt von der L 318 / L 265 bis zur Argenbrücke in Rengers ist mittelfristig im Fahrbahndeckenerhaltungsprogramm enthalten.	Kenntnisnahme.
IV.2			L 318 Das zuständige Baureferat 47.3 hat mitgeteilt, dass der Abschnitt erst vor ein paar Jahren saniert wurde und somit aktuell keine Sanierungsmaßnahmen vorgesehen sind.	Kenntnisnahme.
IV.3			B 12, Neubau der Ortsumfahrung Großholzleute Als langfristige Lärminderungsmaßnahme ist der Neubau der B 12, Ortsumfahrung Großholzleute im Lärmaktionsplan enthalten. Die Maßnahme ist im aktuellen Bedarfsplan des Bundes (BVWP 2030) als vordringlicher Bedarf enthalten und gemäß Priorisierung in der Umsetzungskonzeption als Stufe 2 mit Planungsbeginn ab 2025 vorgesehen. Mit der Planung wurde bisher noch nicht begonnen ein Planungsbeginn ist aktuell nicht absehbar.	Kenntnisnahme.
IV.4			Passiver Lärmschutz im Rahmen der Lärmsanierung	Kenntnisnahme.

Stellung-nahme Nr.	Träger	Stellung-nahme vom	Stellungnahme	Wertung												
			Die Stadt Isny im Allgäu unterstützt die Eigentümer stark belasteter Wohngebäude bei der Antragstellung im Rahmen der Lärmsanierung bezüglich Bezuschussung für den Einbau von Lärmschutzfenstern. Lärm-mindernde Maßnahmen im Rahmen der Lärmsanie-rung sind grundsätzlich möglich, sofern die Fördervoraussetzungen erfüllt sind. Das Regierungspräsidium Tübingen informiert im Zuge der Lärmaktionsplanung über die Fördermöglichkeiten im Rahmen der Lärmsa-nierung an Bundes- und Landesstraßen. Zu den passiven Lärmschutzmaßnahmen an Gebäu-den zählt unter anderem der Einbau von Lärmschutz-fenstern. Derartige Baukosten können bis zu einem Anteil von 75 % gefördert werden. Voraussetzung für die Förderung baulicher Maßnahmen im Rahmen der Lärmsanierung des Bundes oder des Landes sind u.a.: • Die Auslösewerte (Lärmbelastung in dB(A)) der Lärmsanierung sind an einer schutzbedürftigen Gebäudefassade überschritten • Die bauliche Anlage wurde vor dem 01.04.1974 errichtet bzw. der Bebauungsplan wurde vor die-sem Datum erstellt. • Förderfähig sind Gebäude, die im Rahmen der Lärmsanierung noch keine Zuschüsse erhalten haben und die die Fördervoraussetzungen erfül-len. <table><tr><th>Gebietsnutzungen</th><th>Tag</th><th>Nacht</th></tr><tr><td>Krankenhäuser, Schulen, Kur- und Altenheime, reine und allgemeine Wohn- und Kleinsiedlungsge-biete</td><td>64 dB(A)</td><td>54 dB(A)</td></tr><tr><td>Dorf-, Kern- und Mischgebiete</td><td>66 dB(A)</td><td>56 dB(A)</td></tr><tr><td>Gewerbegebiete</td><td>72 dB(A)</td><td>62 dB(A)</td></tr></table>	Gebietsnutzungen	Tag	Nacht	Krankenhäuser, Schulen, Kur- und Altenheime, reine und allgemeine Wohn- und Kleinsiedlungsge-biete	64 dB(A)	54 dB(A)	Dorf-, Kern- und Mischgebiete	66 dB(A)	56 dB(A)	Gewerbegebiete	72 dB(A)	62 dB(A)	
Gebietsnutzungen	Tag	Nacht														
Krankenhäuser, Schulen, Kur- und Altenheime, reine und allgemeine Wohn- und Kleinsiedlungsge-biete	64 dB(A)	54 dB(A)														
Dorf-, Kern- und Mischgebiete	66 dB(A)	56 dB(A)														
Gewerbegebiete	72 dB(A)	62 dB(A)														

Stellungnahme Nr.	Träger	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Wertung
IV.5			Wenn die oben beschriebenen Voraussetzungen erfüllt sind, kann vom Eigentümer ein Antrag auf Förderung passiver Lärmschutzmaßnahmen (z.B. Einbau von Lärmschutzfenstern) beim Regierungspräsidium gestellt werden. Lärmsanierung beruht auf haushaltsrechtlichen Regelungen und wird im Rahmen der vorhandenen finanziellen Haushaltsmittel als freiwillige Leistung des Straßenbaulastträgers durchgeführt. Ein Rechtsanspruch besteht nicht. Die Beurteilung der Lärmsituation erfolgt durch das Regierungspräsidium Tübingen nach den Vorgaben der jeweils geltenden Richtlinien und Vorschriften. Seit 01. März 2021 sind im Rahmen der Lärmsanierung die Richtlinien für den Lärmschutz an Straßen, Ausgabe 2019 (RLS-19) anzuwenden. Anträge zur Überprüfung der Lärmsituation und zur Förderung von passiven Lärmschutzmaßnahmen können beim Regierungspräsidium Tübingen digital unter Abteilung4@rpt.bwl.de oder unter folgender Adresse gestellt werden Regierungspräsidium Tübingen Referat 44 Postfach 2666 72016 Tübingen Lärmschutzwand entlang der B 12, OD Großholzleute Im Lärmaktionsplan wird der Bau einer transparenten Lärmschutzwand im Bereich der Ortsdurchfahrt B 12 Großholzleute angeregt. Im Bericht auf Seite 47 wird bereits darauf hingewiesen, dass der Bau von Lärmschutzwänden sehr kostenintensiv ist und dass in in-	Der Bau einer transparenten Lärmschutzwand entlang der Ortsdurchfahrt B 12 Großholzleute wird im Lärmaktionsplan als Anregung aufgeführt. Bauliche Maßnahmen können erst mittel- bis langfristig umgesetzt werden, sind wesentlich kostenintensiver und erfordern im Falle eines Lärmschutzwalls / einer Lärmschutzwand ein gesondertes Planfeststellungsverfahren, welches außerhalb der kommunalen Lärmaktionsplanung weiter zu betrachten ist.

Stellungnahme Nr.	Träger	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Wertung
IV.6			nerörtlichen Lagen die Platzverhältnisse für Lärmschutzbauwerke oftmals begrenzt sind. Die Errichtung einer transparenten Lärmschutzwand wird im Grundsatz nicht ausgeschlossen, bedarf jedoch einer ausreichenden Begründung durch den Ersteller des Lärmaktionsplans. Zur Beurteilung der Situation sind zum einen Lärmberechnungen durchzuführen, zum anderen ist bei der Beurteilung und Abwägung der Lärmbelastungen von Betroffenen (Anzahl) und der Lärmschutzmaßnahmen (insbes. bei Lärmschutzwänden) auch der Kosten-Nutzen-Faktor zu berücksichtigen. Insofern sind alternative Lärmschutzmaßnahmen im Rahmen der Lärmsanierung in die Untersuchung einzubeziehen und untereinander abzuwägen. Sollen neue Lärmschutzwände verbindlich in den LAP aufgenommen werden, ist eine eingehende Untersuchung und Bewertung von Varianten im Rahmen eines Lärmschutzgutachtens erforderlich. Zu beachten ist auch, dass bei der Realisierung neuer Lärmschutzwände ein Baurechtsverfahren erforderlich werden kann. Eine Maßnahme muss grundsätzlich im Sinne des Fachrechts verhältnismäßig sein. Ist die Verhältnismäßigkeit gegeben, setzt die Fachbehörde (Baulastträger) die Maßnahme im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel um. In diesem Zusammenhang wird auch auf den aktuellen Kooperationserlass vom 08.02.2023 verwiesen. Ein Verzicht auf eine umfängliche gutachterliche Untersuchung kann dann zum Tragen kommen, wenn eine Lärmschutzwand durch die Stadt selbst finanziert wird. Lärmschutzwall entlang der B 12, im Bereich der Wohnbebauung Schweinebach	Der Errichtung eines bepflanzten Lärmschutzwalls entlang der B 12 Wohnbebauung Schweinebach wird im Lärmaktionsplan

Stellungnahme Nr.	Träger	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Wertung
IV.7			Im Lärmaktionsplan wird die Errichtung eines bepflanzten Lärmschutzwalls im Bereich der Wohnbebauung Schweinebach angeregt. Das Errichten von Lärmschutzwänden- und wällen ist eine wirkungsvolle Maßnahme um die Wohnbebauung vor Umgebungslärm zu schützen. Die vorgeschlagene Lärminderungsmaßnahme wird im Grundsatz nicht ausgeschlossen, bedarf jedoch einer ausreichenden Begründung durch den Ersteller des Lärmaktionsplans. Auf die Hinweise und Anmerkungen bezüglich Errichtung einer Lärmschutzwand wird verwiesen. Straßenraumgestaltung Der Lärmaktionsplan regt die Einengung des Fahrbahnbereichs der B 12, OD Großholzleute zur Realisierung eines einseitigen Fahrradstreifens sowie die Pflanzung straßenbegleitender Bäume an. Die Maßnahme war bereits in der bisherigen Lärmaktionsplanung enthalten. Durch die vorgeschlagene Maßnahme wird der Abstand zwischen der Fahrbahn und der Wohnbebauung erhöht und kann somit zur Lärminderung beitragen. Der durch die Maßnahme erlangte Effekt, den Abstand des Fahrstreifens (Emissionsort) zum Immissionsort zu vergrößern, bringt in der Regel nur geringe Pegelminderungen. Durch die vorgeschlagene Maßnahme „Verengung der Fahrbahn mit Realisierung eines Fahrradstreifens“ kann auch die Sicherheit für Fußgänger und Radfahrer verbessert werden aber auch die Funktionalität einer Straße einschränken, insbesondere wenn es um den	als Anregung aufgeführt. Bauliche Maßnahmen können erst mittel- bis langfristig umgesetzt werden, sind wesentlich kostenintensiver und erfordern im Falle eines Lärmschutzwalls / einer Lärmschutzwand ein gesondertes Planfeststellungsverfahren, welches außerhalb der kommunalen Lärmaktionsplanung weiter zu betrachtet ist. Die Einengung des Fahrbahnbereichs der B 12 OD Großholzleute durch die Realisierung eines einseitigen Fahrradstreifens und die Pflanzung straßenbegleitender Bäume wird im Lärmaktionsplan als Anregung aufgeführt. Bauliche Maßnahmen können erst mittel- bis langfristig umgesetzt werden und erfordern ein gesondertes Planfeststellungsverfahren, welches außerhalb der kommunalen Lärmaktionsplanung weiter zu betrachtet ist.

Stellungnahme Nr.	Träger	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Wertung
IV.8			Verkehrsfluss geht. Die Vor- und Nachteile sind abzuwägen. Für die Beurteilung der Lärminderungsmaßnahme ist eine Einzelfallprüfung erforderlich, die vom Ersteller des Lärmaktionsplanes durchzuführen ist. Hierbei sind neben dem Effekt der Lärminderung, die verkehrlichen Belange sowie die Erforderlichkeit zu überprüfen und dann zu gegebener Zeit nachzuweisen, ohne diese Nachweise ist eine Beurteilung der Lärminderungsmaßnahme durch das Regierungspräsidium nicht möglich. II. Förderung des Umweltverbundes (ÖPNV, Rad- und Fußgängerverkehr) Im vorliegenden Maßnahmenkonzept sind auch Maßnahmen des Umweltverbundes (ÖPNV, Rad- und Fußgängerverkehr) enthalten, auf die Möglichkeiten im Rahmen der Förderung wird verwiesen. Die Verbesserung der kommunalen Verkehrsinfrastruktur im Rahmen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG), insbesondere für den Umweltverbund, wird durch das Regierungspräsidium Tübingen (Abteilung 4 / Referat 45 / Regionales Mobilitätsmanagement) gefördert. Hinweise, Informationen und Antragsunterlagen bezüglich der Förderung können im Internet unter http://rp.baden-wuerttemberg.de/rpt/abt4/ref45#card-96313 heruntergeladen werden. III. Stellungnahme der Höheren Straßenverkehrsbehörde	Kenntnisnahme.

Stellungnahme Nr.	Träger	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Wertung
			Der Stellungnahme liegt der Bericht zur förmlichen Beteiligung der Rapp AG Freiburg vom 03.04.2025 zugrunde. Er stellt die Grundlagen der Lärmaktionsplanung sowie die rechtlichen Rahmenbedingungen zu treffend dar. Es werden die Kartierungsergebnisse der LUBW und die Verkehrsdaten aus dem Verkehrsmonitoring Baden-Württemberg zugrunde gelegt. Im Ergebnis sind u.a. folgende verkehrsrechtliche Anordnung außerorts vorgesehen: • Festsetzung einer beidseitigen ganztägigen Geschwindigkeitsbeschränkung von 50 km/h aus Lärmschutzgründen entlang der L 318 Bebauung Rengers, beginnend in Höhe Rohrdorfer Bach bis 110 Meter nördlich der Einmündung K 8017. • Festsetzung einer beidseitigen ganztägigen Geschwindigkeitsbeschränkung von 50 km/h aus Lärmschutzgründen entlang der L 318 Bebauung Aigeltshofen, beginnend 150 Meter nördlich der K 8021 Abzweig Rohrdorf bis 160 Meter südlich des Abzweiges K 8021. Diesen Vorschlägen liegen bislang keine hinreichenden Ermessensausübungen zugrunde. Verkehrsrechtliche Anordnungen, die eine Kommune im Rahmen der Lärmaktionsplanung vorsieht, müssen am Ende nach den Vorschriften der StVO durch die Verkehrsbehörde umgesetzt werden, um Wirksamkeit nach außen zu erlangen. Dabei ist die Verkehrsbehörde in Bezug auf Hauptverkehrsstraßen im Sinne von § 47b Nr. 3 BImSchG (Straßen über 8.200 Kfz/24 h) verpflichtet, die Maßnahme umzusetzen, wenn die Kommune bereits eine	

Stellungnahme Nr.	Träger	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Wertung
			den straßenverkehrsrechtlichen Anforderungen genügende Abwägung vorgenommen und ihr Ermessen fehlerfrei ausgeübt hat. Die Untere Verkehrsbehörde muss die Zustimmung des Regierungspräsidiums als höherer Straßenverkehrsbehörde zur verkehrsrechtlichen Anordnung außerorts einholen und diese dann erlassen. Gemäß § 45 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 StVO können die Straßenverkehrsbehörden zum Schutz der Wohnbevölkerung vor Lärm und Abgasen die Benutzung bestimmter Straßen oder Straßenstrecken aus Gründen der Sicherheit oder Ordnung des Verkehrs beschränken. Gemäß § 45 Abs. 9 StVO dürfen insbesondere Beschränkungen und Verbote des fließenden Verkehrs nur angeordnet werden, wenn auf Grund der besonderen örtlichen Verhältnisse eine Gefahrenlage besteht, die das allgemeine Risiko einer Beeinträchtigung der Sicherheit und Ordnung erheblich übersteigt. Dabei setzt § 45 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 StVO nicht die Überschreitung einer bestimmten Immissionsgrenze voraus, sondern es kommt darauf an, ob der Lärm Beeinträchtigungen mit sich bringt, die jenseits dessen liegen, was unter Berücksichtigung der Belange des Verkehrs im konkreten Fall als ortsüblich hingenommen werden muss und zumutbar ist. Detaillierte Erläuterungen zu den Voraussetzungen des § 45 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 StVO geben die Richtlinien für straßenverkehrsrechtliche Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor Lärm (LärmschutzRichtlinien-StV). Außerdem finden sich Einzelheiten zur Ermessensausübung im Kooperationserlass des Verkehrsministeriums vom 08.02.2023. Der Kooperationserlass gewähr-	

Stellungnahme Nr.	Träger	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Wertung
IV.9			leistet, dass lärmbedingte verkehrsrechtliche Maßnahmen in Baden-Württemberg nach vergleichbaren Maßstäben festgesetzt werden. <u>Zu den einzelnen Maßnahmen:</u> Die Zustimmung zur Geschwindigkeitsbeschränkung von 50 km/h aus Lärmschutzgründen entlang der L 318 Bebauung Rengers, beginnend und endend am jeweiligen Zeichen 385 Weiler kann in Aussicht gestellt werden. Hier gibt es tags und nachts bei 5 Wohngebäuden Lärmbelastungen von bis zu und über 70/60 dB(A) für 19 Bewohner.	Kenntnisnahme.
IV.10			Die Zustimmung zur Geschwindigkeitsbeschränkung von 50 km/h aus Lärmschutzgründen entlang der L 318 Bebauung Aigeltshofen kann dagegen nicht erfolgen. Die einzelnen Häuser stehen nicht so dicht an der Straße, es gibt weniger Betroffene mit viel geringeren Lärmwerten. Durch die lockere Verteilung der Häuser, die teils hinter Bewuchs stehen, ist die Akzeptanz hier gering. Das Wohngebäude Albrechtshof 1 kann nicht mitberücksichtigt werden, da es alleine steht. Hier ist passiver Lärmschutz angezeigt.	Kenntnisnahme. Auf die Maßnahme wird im Rahmen der Lärmaktionsplanung Stufe 4 verzichtet.
IV.11			Unsere nach der VwV-StVO zu § 45 erforderliche Zustimmung zu lärmbedingten verkehrsrechtlichen Maßnahmen außerorts kann erst nach dem Gemeinderatsbeschluss erteilt werden. Sie setzt einen Antrag der Unteren Verkehrsbehörde auf Zustimmung zu einer konkreten verkehrsrechtlichen Anordnung voraus. Eine weitere Beteiligung am Verfahren ist erwünscht.	Kenntnisnahme.

Stellungnahme Nr.	Träger	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Wertung
IV.12		10.07.2025	Vielen Dank für Ihre Nachfrage. Bezüglich Ihrer Fragen können wir Ihnen mitteilen, dass hier weder ein Versehen vorliegt noch die vorgeschlagene Lärmminierungsmaßnahme bewusst ausgeklammert wurde. Eine Stellungnahme von der „Höheren Straßenverkehrsbehörde“ des RPT ist für die vorgeschlagene Lärmminierungsmaßnahme nicht erforderlich, da der Zustimmungsvorbehalt der höheren Straßenverkehrsbehörde bei Geschwindigkeitsbeschränkungen innerorts zum Schutz vor Lärm und Abgasen entfallen ist. Auf den Kooperationserlass vom 08.02.2023 (Seite 25) wird verwiesen. Der aktuelle Kooperationserlass ist beige-fügt.	Kenntnisnahme.
V	Handwerkskammer Ulm	15.07.2025	Die Handwerkskammer Ulm hat zum aktuellen Verfahrensstand keine Bedenken oder Anregungen vorzutragen.	Kenntnisnahme.
VI	WAV Untere Argen Wasser- und Abwasserverband	17.07.2025	Die Belange der Kanalisation und Wasserleitung sind vom Lärmaktionsplan nicht betroffen. Beim Bau von Lärmschutzwänden (Fundamente) sind bestehende Leitungen im Baufeld zu berücksichtigen.	Kenntnisnahme.
VII	Stadtverwaltung Isny	23.07.2025	Den einzelnen vorgeschlagenen Punkten des Planentwurfs kann ich bis auf einen Punkt zustimmen! Dass wäre die Anregung einer Einengung des Fahrbahnbereichs in der OD Großholzleute, wegen der Anlegung einer Radfahrstreifens. Aus verkehrsrechtlicher Sicht ist es eine erhebliche Gefahr für die Radfahrer. Das große Verkehrsaufkommen, was dort durch die Ortschaft fährt, aber auch eine Engstelle, die nahe des Fußgängerüberwegs in Richtung Kempten auftritt, was auch die Einhaltung des Seitenabstands nicht möglich macht. Eine Verkehrsschau, die schon einige Jahre	Die Einengung des Fahrbahnbereichs der B 12 OD Großholzleute durch die Realisierung eines einseitigen Fahrradstreifens und die Pflanzung straßenbegleitender Bäume wird im Lärmaktionsplan als Anregung aufgeführt. Bauliche Maßnahmen können erst mittel- bis langfristig umgesetzt werden und erfordern ein gesondertes Planfeststellungsverfahren, welches außerhalb der kommunalen Lärmaktionsplanung weiter zu betrachtet ist.

Stellungnahme Nr.	Träger	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Wertung
			zurückliegt, hat deshalb eine Verlegung des Radverkehrs auf die Fahrbahn nicht befürwortet.	
VIII.1	Landratsamt Ravensburg, Bau – und Umweltamt	24.07.2025	Beteiligung der Behörden gemäß § 47d BImSchG Koordinierte Stellungnahme Landratsamt Ravensburg zu folgenden Belangen <u>Dokumentation der Änderungen bei erneuter Vorlage</u> Bei erneuter Vorlage von Planungsunterlagen sollten Veränderungen gegenüber der bisherigen Planung deutlich gekennzeichnet sein (z.B. als Liste der Planungsänderungen mit Verlinkung zu den entsprechenden Planunterlagen; Kennzeichnung im Dateinamen, farbliche Markierung im Text). A. Naturschutz Tel. 0751 85 4239 1. Rechtliche Vorgaben aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die im Regelfall nicht überwunden werden können, mit Rechtsgrundlage 1.1 Umweltbelange, Artenschutz, §§ 14, 15, 44 BNatSchG <u>Hinweise zu Lärmschutzmaßnahmen</u> a) <u>Geschwindigkeitsbeschränkungen</u> Die größten Effekte im Lärmschutz in der Stadt Isny werden durch Geschwindigkeitsbeschränkungen im Straßenverkehr erzielt. Diese haben keine naturschutzfachlichen Auswirkungen. b) <u>Lärmschutzwände/ - wälle</u> Einzelne Maßnahmen erfolgen durch Einbauten von Lärmschutzwänden, Transparenten Lärmschutzwänden oder Lärmschutzwällen: Bei der Errichtung der Bauten kann es zu Eingriffen im Artenschutz gemäß § 44 BNatSchG kommen, da u.a. bestehende Gehölz- und Baumstrukturen betroffen	Kenntnisnahme.
VIII.2				Bauliche Maßnahmen können erst mittel- bis langfristig umgesetzt werden und erfordern ein gesondertes Planfeststellungsverfahren, welches außerhalb der kommunalen Lärmaktionsplanung weiter zu betrachtet ist.

Stellungnahme Nr.	Träger	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Wertung
VIII.3			sein können. Dies muss bei der Umsetzung der Bau- maßnahmen in nachgelagerten Verfahren berücksich- tigt werden. <u>c) Flächenverbrauch</u> Ebenfalls relevant ist der Flächenverbrauch für Bauten. Diese sind, abhängig von der Größe, bei entsprechen- den Verfahren zu beachten und auszugleichen (bilan- zieren). Bei Pflanzungen sind einheimische und stand- ortgerechte Baum- und Straucharten entsprechend den beiliegenden Artenlisten (siehe Anhang) zu ver- wenden. Bei der Planung von Umgehungsstraßen sind die Fachbelangen im Rahmen des erforderlichen Ge- nehmigungs- bzw. Planfeststellungsverfahrens zu be- rücksichtigen.	Siehe Wertung unter Stellungnahme Nr. VIII.2
VIII.4			B. ÖPNV Tel. 0751 85 5203 Von den geplanten Geschwindigkeitsbeschränkungen im Bereich Rengers und Aigeltshofen sind die Busli- nien S95 (Schnellbus) und 7551 (viele Zwischenhalte) betroffen, welche beide Isny mit dem Mittelzentrum Leutkirch und dem dortigen Bahnhof verbinden. Auf- grund des im Vergleich zum MIV geringeren Beschleu- nigungsvermögens der Busse gehen wir bei beiden Li- nien von einem Fahrzeitverlust von ca. 30 s aus. Die Pünktlichkeit dieser Linien zur Hauptverkehrszeit kann aktuell als nur mäßig gut beschrieben werden. Daher ist es möglich, dass bei Einführung zusätzlicher Ge- schwindigkeitsbeschränkungen betriebsstabilisierende Maßnahmen ergriffen werden müssen, um einen zu- verlässigen Betrieb, das Erreichen der Zuganschlüsse am Bahnhof Leutkirch und die Einhaltung der Lenk- und Ruhezeiten des Fahrpersonals sicherstellen zu	Es wird vorab darauf hingewiesen, dass es keinesfalls Ziel der Lärmaktionsplanung ist, den ÖPNV zu schwächen. Im Gegen- teil führt eine erhöhte Nutzung des ÖPNVs durch vermiedene MIV-Fahrten gleichermaßen zu einer Reduzierung der Lärm- belastung. Es wird bestätigt, dass Geschwindigkeitsreduzierungen Aus- wirkungen auf die Reisezeiten und damit auf Anschlusssicher- heit und Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel haben. Da diese maßgeblich auch von anderen Faktoren wie Lage und Abstände der Haltestellen, Fahrgastwechsel usw. abhängen, sind pauschale Abschätzungen wenig hilfreich. Bei umfangrei- chen Anordnungen von Geschwindigkeitsreduzierungen (ist hier im Falle Isny im Allgäu nicht gegeben) sind Einzelfallbe- trachtungen der ÖPNV-Linien erforderlich. Hingegen genügt ein nur pauschaler Hinweis auf eine mögliche Beeinträchti- gung des ÖPNV regelmäßig nicht als Argument gegen die An- ordnung von Geschwindigkeitsbeschränkungen, sondern es

Stellungnahme Nr.	Träger	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Wertung
VIII.5			können. Betriebsstabilisierende Maßnahmen können das Auslassen von Zwischenhalten sein, sowie die Einkürzung der Linien auf die Endhaltestelle Isny Kurhaus/Busbhf., d. h. der Entfall des Fahrtanteils Felderhalde - Kurhaus/Busbhf. Ob solche Maßnahmen notwendig werden, zeigt sich jedoch erst im realen Betrieb. Zwar ist der rechnerische Fahrzeitverlust laut Kooperationserlass unerheblich, jedoch kann dieser Ansatz nicht grundsätzlich auf alle Linien des ÖPNV verallgemeinert werden. Es ist immer die konkrete Situation zu berücksichtigen, in diesem Fall liegt bereits ohne zusätzliche Geschwindigkeitsbeschränkung ein knapper Fahrplan vor. Im betroffenen Bereich befinden sich zwar Bushaltestellen, da diese jedoch selten frequentiert sind und die meisten Busse durchfahren, ist im Fahrplan kein entsprechender Puffer für das Anhalten- und Anfahren vorgesehen. Daher weisen wir ausdrücklich auf die möglichen Auswirkungen auf den ÖPNV und eventuell notwendige Konsequenzen hin. C. Verkehr Tel. 0751 85 5213 Zur Wirkungsanalyse und Abwägung der Geschwindigkeitsbeschränkungen des Berichts zur Offenlage vom 03.04.2025 der Lärmaktionsplanung der Stadt Isny im Allgäu (Stufe 4) nimmt das LRA-Straßenamt (Fachbereich Straßenverkehrsrecht) nach Anhörung und Abstimmung mit dem Polizeipräsidium Ravensburg und dem LRA-Straßenamt (Fachbereich Straßenrecht) wie folgt Stellung: Festsetzung einer ganztägigen Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h aus Lärmschutzgründen	bedarf stets einer Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalls, alles andere ist ermessensfehlerhaft (VG Berlin, 01.04.2019 – 11 K 250.16 – S. 13 f.; VG Berlin, 01.02.2019 – 11 K 394.18 –, juris Rn. 24; VG Berlin, 21.11.2007 – 11 A 38.07 –, S. 11). Eventuell sind kompensatorische Maßnahmen z. B. an den Haltestellen zu prüfen. Kenntnisnahme.

Stellungnahme Nr.	Träger	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Wertung
VIII.6			entlang der B 12 Großholzleute, beginnend und endend mit den Orts-/ausgängen Im Streckenabschnitt der B 12 in der OD Isny-Großholzleute ist zwischen der Wohnbebauung „Zur Hengelmühle 6“ und Hauptstr. 28 eine ganztägige Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h aufgrund der vorliegenden Lärmwerte von 66 – 72 dB(A) an 10 Wohngebäuden und insgesamt 36 Betroffenheiten geplant und kann somit über einen Streckenbereich mit einer Länge von ca. 500 m in der Abwägung als konform im Sinne des Kooperationserlasses Lärmaktionsplanung des Ministeriums für Verkehr B.W. vom 08.02.2023 bewertet werden. Einer ganztägigen Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h kann lediglich nur temporär bis zum Einbau bzw. Herstellung eines lärm mindernden Asphalts zugestimmt werden. Eine diesbezügliche verkehrsrechtliche Anordnung ist nach Herstellung eines lärm mindernden Asphalts erneut zu überprüfen und ggf. zurückzunehmen. Eine abschließende straßenverkehrsrechtliche Stellungnahme zu vorgesehenen straßenverkehrsrechtlichen geschwindigkeitsreduzierenden Maßnahmen in der OD Großholzleute, B 12 erfolgt nach Vorliegen der vom Gemeinderat beschlossenen finalen Lärmaktionsplanung der Stadt Isny im Allgäu. Festsetzung einer ganztägigen Geschwindigkeitsreduzierung von 50 km/h aus Lärmschutzgründen entlang der L 318 Bebauung Rengers (außerhalb OD), beginnend in Höhe Rohrdorfer Bach bis 110 Meter nördlich der Einmündung K 8017 Im Streckenabschnitt der L 318, außerhalb geschlossener Ortschaften, in Isny-Rengers kann zwischen der	Kenntnisnahme.

Stellungnahme Nr.	Träger	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Wertung
			Wohnbebauung Rengers 8 und Rengers 2 eine ganztägige Geschwindigkeitsbegrenzung auf 50 km/h aufgrund der vorliegenden, sehr hohen Lärmwerte von 70 – 74 dB(A) und insgesamt 19 Betroffenen über einen Streckenabschnitt von rund 130m in der Abwägung als konform im Sinne des Kooperationserlasses Lärmaktionsplanung des Ministerium für Verkehr B.W. vom 08.02.2023 bewertet werden. Eine über diesen Streckenabschnitt der L 318 hinausgehende Geschwindigkeitsreduzierung von 50 km/h – über eine Länge von rund 450m wie diese im Entwurf zur Lärmaktionsplanung zunächst beschrieben ist – kann aufgrund fehlender Wohnbebauung bzw. nicht erreichter Auslösewerte eine richtlinienkonforme Zustimmung nicht erteilt werden. Für den Bereich Rengers verkürzt sich somit der im Rahmen der Lärmaktionsplanung zunächst vorgesehene geschwindigkeitsreduzierte Bereich von ca. 450 m auf eine Streckenlänge von ca. 130 m, wodurch auch der ÖPNV-Fahrzeitverlust für diesen Streckenbereich auf ein absolutes Minimum reduziert werden kann. In diesem Zusammenhang wird ergänzend auf die Stellungnahme vom 03.07.2025 ÖPNV, Stabstelle Nachhaltige Mobilität verwiesen. Einer ganztägigen Geschwindigkeitsreduzierung von 50 km/h im oben beschriebenen Streckenabschnitt kann lediglich nur temporär bis zum Einbau bzw. Herstellung eines lärmmindernden Asphalts zugestimmt werden. Eine diesbezügliche verkehrsrechtliche Anordnung ist nach Herstellung eines lärmmindernden Asphalts erneut zu überprüfen und ggf. zurückzunehmen.	

Stellungnahme Nr.	Träger	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Wertung
VIII.7			Eine abschließende straßenverkehrsrechtliche Stellungnahme zu vorgesehenen straßenverkehrsrechtlichen geschwindigkeitsreduzierenden Maßnahmen in Isny-Rengers, L 318 erfolgt nach Vorliegen der vom Gemeinderat beschlossenen finalen Lärmaktionsplanung der Stadt Isny im Allgäu. Die Entscheidung für die Festsetzung von straßenverkehrsrechtlich geplanten Maßnahmen im Rahmen eines Lärmaktionsplans unterliegt für Streckenbereiche außerhalb einer Ortsdurchfahrt eines Zustimmungsvorbehalts der höheren Straßenverkehrsbehörde (Regierungspräsidium Tübingen). Festsetzung einer ganztägigen Geschwindigkeitsreduzierung von 50 km/h aus Lärmschutzgründen entlang der L 318, Bebauung Aigelthofen (außerhalb OD), beginnend 150 m nördlich der K 8021 Abzweig Rohrdorf bis 160 m südlich des Abzweiges K 8021 Im Streckenabschnitt der L 318 im Bereich Isny-Aigelthofen können die straßenverkehrsrechtlichen Voraussetzungen nach § 45 Abs. 9 StVO für eine Reduzierung der zul. Höchstgeschwindigkeit auf 50 km/h aufgrund der abgerückten Bebauung und teilweise vorhandenem Grüngürtel nicht erkannt bzw. eine Zustimmung hierzu nicht in Aussicht gestellt werden. Hier sind die Auslösewerte mit vorhandenen Lärmpegeln von 66 dB(A) bzw. 67 dB(A) lediglich geringfügig überschritten mit wenigen Betroffenen. Lediglich ein Gebäude weist einen Lärmwert von 69 dB(A) bei 2 Betroffenen auf. Auch unter Berücksichtigung der Belange des ÖPNV werden geschwindigkeitsreduzierende Maßnahmen in	Kenntnisnahme. Auf die Maßnahme wird im Rahmen der Lärmaktionsplanung Stufe 4 verzichtet.

Stellungnahme Nr.	Träger	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Wertung
VIII.8			Aigeltshofen kritisch erachtet. Hierzu wird auf die Stellungnahme vom 03.07.2025 ÖPNV, Stabstelle Nachhaltige Mobilität verwiesen. Eine abschließende straßenverkehrsrechtliche Stellungnahme zu vorgesehenen straßenverkehrsrechtlichen geschwindigkeitsreduzierenden Maßnahmen in Isny-Aigeltshofen, L 318 erfolgt nach Vorliegen der vom Gemeinderat beschlossenen finalen Lärmaktionsplanung der Stadt Isny im Allgäu. Die Entscheidung für die Festsetzung von straßenverkehrsrechtlich geplanten Maßnahmen im Rahmen eines Lärmaktionsplans unterliegt für Streckenbereiche außerhalb einer Ortsdurchfahrt eines Zustimmungsvorbehalts der höheren Straßenverkehrsbehörde (Regierungspräsidium Tübingen).	Die Stellungnahme der höheren Straßenverkehrsbehörde (Regierungspräsidium Tübingen) liegt der Stadtverwaltung Isny im Allgäu mit Datum vom 08.07.2025 vor. Siehe hierzu Stellungnahme Nr. IV.

Stellungnahmen der Öffentlichkeit zum förmlichen Beteiligungsverfahren

Stellung- nahme Nr.	Bürger:in	Stellung- nahme vom	Stellungnahme	Wertung
Im Zeitraum der Offenlage sind keine Stellungnahmen seitens der Öffentlichkeit eingegangen.				